Die Reichen in der BRD Seite 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 15 vom 16. April 1982 16. Jahrgang 1 DM

Bundesparteitag der SPD

Schmidt will Stationierung der US-Raketen durchsetzen

Massendemonstration in München

Am Wochenende tritt in München der SPD-Parteitag zusammen — vor dem Hintergrund einer sich immer weiter vertiefenden Krise der westdeutschen Sozialdemokratie. Helmut Schmidt und mit ihm der Bundesvorstand der SPD haben im Vorfeld des Parteitags schon deutlich gemacht, wo sie die Ursachen für die Krise sehen: in der „mangelnden Geschlossenheit" der SPD.

Nach ihrem Willen wird es keine Revision der gegen die Interessen der Werktätigen gerichteten Politik der SPD-Führung geben; ihre Parteitagsregie zielt vielmehr darauf ab, die Delegierten mit Druck und Erpressung und mit taktischen Manövern auf eine Unterstützung dieser Politik festzulegen. Das wird deutlich vor allem in den drei Bereichen, in denen sich gegenwärtig der größte Widerstand bei Basis und Anhängerschaft der Partei deutlich macht.

In der Wirtschaftspolitik hat der Parteivorstand einen Leitantrag unter der demagogischen Überschrift „Arbeit für alle" vorgelegt. Er ist jedoch keineswegs ein Kampfprogramm gegen die Massenarbeitslosigkeit, sondern schreibt — wenn man ihn seiner wohltönenden Phrasen entkleidet — die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Bonner Koalition fest. Aufgabe des Staates ist es nach diesem Antrag, für „unsere Wirtschaft" die „notwendigen Rahmenbedingungen für den Strukturwandel zu schaffen." Das könnte direkt aus einer Rede des Grafen Lambsdorff oder einer Denkschrift des BDI entnommen sein.

Gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung!
Samstag, 17. April, 12 Uhr München, Odeonplatz

Für die sogenannte Sicherheitspolitik schließlich liegt ein Leitantrag des Parteivorstandes vor, nach dem ein Beschluß über die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf einen Sonderparteitag im Herbst 1983 vertagt werden soll — das ist exakt der Termin, an dem nach den Vorstellungen der NATO-Strategen mit der Aufstellung der Raketen angefangen werden soll; mit dem Bau der Rampen wird ohnehin jetzt schon begonnen.

Auch innerhalb der SPD hat dieses üble Manöver Proteste hervorgerufen. Es ist ja mehr als deutlich, daß dieser Leitantrag allein den Zweck hat, in der Frage der US-Raketen vollendete Tatsachen zu schaffen und jeden innerparteilichen Widerstand gegen deren Stationierung mit einem entsprechenden Parteitagsbeschluß abzuwürgen. Gegen diesen Leitantrag wollen Erhard Eppler und andere Deligierte einen eigenen Antrag einbringen, der ein Moratorium (ein Einfrieren der Aufstellung von Mittelstreckenraketen) für die Dauer der Genfer Verhandlungen vorsieht; auch das ist aber keine wirkliche Alternative, vor allem deshalb, weil das Moratorium von massiven Abrüstungsmaßnahmen der sowjetischen Supermacht abhängig gemacht werden soll.

Die einzige wirkliche Alternative zu der von der SPD-Führung unterstützten Atomrüstungspolitik ist die bedingungslose Aufkündigung des NATO-„Nach"rüstungsbeschlusses. Dafür setzt sich eine auch von der KPD mitgetragene Demonstration ein, die anläßlich des SPD-Parteitags in München stattfindet.

Bittermark — dieser Name steht in Dortmund für mindestens 240 ermordete Antifaschisten. Deutsche und Zwangsdeportierte aus mehreren europäischen Ländern wurden wenige Tage vor dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur im Dortmunder Süden erschossen. Jedes Jahr am Karfreitag versammeln sich Antifaschisten in der Bittermark am Mahnmal, um dieser Opfer zu gedenken und den Schwur zu erneuern: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Etwa 2 000 waren es diesmal, trotz Kälte und Schneegestöber. Die KPD legte einen Kranz nieder. Das offizielle Programm bestand hauptsächlich aus unverbindlichen Reden des Dortmunder Oberbürgermeisters und Heinz Oskar Vetters sowie dem Auftritt ausgerechnet eines Polizeimusikzuges.

Drucktarifrunde spitzt sich zu

Arbeitskampf fast unvermeidlich

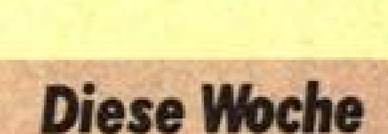
STUTTGART. — Ein Streik in der Druckindustrie scheint in greifbare Nähe gerückt. Die Schlichtungsverhandlungen am 5. April, die von Warnstreiks begleitet waren, wurden abgebrochen und vertagt. Nach wie vor weigern sich die Druckunternehmer, sich auf Verhandlungen über die von der Gewerkschaft geforderte neue Lohnstruktur einzulassen.

Die Führung der IG Druck und Papier hat das Ziel der Reallohnsicherung inzwischen preisgegeben und ihre Lohnforderung auf 4,2 Prozent reduziert. Die Unternehmer zeigten sich jedoch nicht bereit, dieses Zugeständnis zu honorieren.

Sie versuchten sogar, die Gewerkschaft zu erpressen, indem sie verlangten, daß die Verhandlungen über die geforderte neue Lohnstruktur um ein Dreivierteljahr verschoben und mit den dann anstehenden Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag verknüpft werden.

So wollen die Druckunternehmer das eine gegen das andere ausspielen. Gleichzeitig wollen sie sich die Möglichkeit für Abgruppierungen und für Kürzungen der Effektivlöhne weiterhin offenhalten. Nicht zuletzt ist die neue Lohnstruktur für die IG Druck deswegen wichtig, weil sie eine weitgehende Absicherung der tatsächlich gezahlten Löhne bringt, die in diesem Industriezweig weit über den Tariflöhnen liegen.

Während der Schlichtungsverhandlungen am 5. April war es zu Warnstreiks in Druckbetrieben von Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt, Köln, Hamburg und Itzehoe gekommen. In verschiedenen Betrieben schickten die Kollegen auch Telegramme an den Verband der Druckunternehmer, in denen sie ihre Bereitschaft betonten, „in den Arbeitskampf zu gehen". Die Schlichtungsverhandlungen werden am 21. April fortgesetzt.



Nach verbrecherischem Blutbad

Generalstreik im Westjordanland

JERUSALEM. — Der Aufruf zum totalen Generalstreik an der Westseite des Jordan, jenem von Israel widerrechtlich besetzten Gebiet, ist nach ersten Meldungen vollständig befolgt worden. Anlaß zu dieser erneuten, jetzt noch breiteren Protestwelle war die Ermordung zweier Palästinenser durch bewaffnete israelische Zivilisten. Das Blutvergießen wurde noch größer, als die israelischen Truppen wieder einmal mit äußerster Brutalität gegen sofortige spontane Protestaktionen vorgingen.

Eine Nachrichtensperre wurde verhängt über den sogenannten „Amokläufer", obwohl längst klar ist, daß er nur eines der beiden Opfer ermordet hat, während der andere ein Opfer einer bewaffneten israelischen Zivilbande wurde. Was hier als Amoklauf beschönigt worden ist, ist in Wirklichkeit das Ergebnis der wochenlangen Hetze und Aufstachelung durch die Begin-Regierung, die die zionistischen Fanatiker voll mobilisiert hat.

Im Anschluß an diese Ereignisse gab es Proteste im Gazastreifen, in Nablus, Bethlehem und Jerusalem, die dann von der Armee und Militärpolizei blutig erstickt werden sollten, was nicht gelang.

Immer heftiger schlagen die Wogen des Kampfes in den von Israel besetzten Gebieten, Begins Politik des Großisraels fordert einen immer größeren Blutzoll. Dabei wird immer deutlicher, daß nur der sofortige Rückzug Israels aus diesen Gebieten den Frieden in dieser Region sichern kann.

Im Einsatz für den Frieden

Hunderttausende bei den Ostermärschen!

Bislang größte Friedensaktionen der letzten Jahre

FRANKFURT/DORTMUND. — Die bisher größten Aktionen der Friedensbewegung in den letzten Jahren fanden über die Ostertage aus Anlaß der bundesweiten Ostermärsche statt. Nach unterschiedlichsten Angaben dürften sich an diesen Aktionen trotz widrigster Umstände etwa 400 000 Menschen beteiligt haben.

Dabei kam es vor allem in Frankfurt/Main und in Dortmund, wo der Ostermarsch Ruhr '82 endete, zu den größten Abschlußkundgebungen. In Dortmund, wo sich drei Züge aus Duisburg, Münster und Wuppertal trafen, beteiligten sich über 50000 Menschen an der Abschlußkundgebung.

Die Hunderttausende, die über die Ostertage über die Straßen der Bundesrepublik zogen, waren unabhängig von ihren sonstigen Anschauungen vereint in dem Willen, sich für die Erhaltung des Friedens nach Kräften einzusetzen.

Bei den zahllosen Auftakt-, Zwischen- und Abschlußkundgebungen wurde immer wieder der NATO-Nachrüstungsbeschluß kritisiert. Allerdings zeigten die Reden und Beiträge während der Ostermärsche auch die große Gefahr, daß diese Friedensbewegung zu einem Anhängsel der Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten gemacht wird, denn sehr viele der Redner verwiesen auf diese Treffen als einer angeblichen Möglichkeit, den Frieden zu sichern. (Siehe zu den Ostermärschen auch den Kommentar auf Seite 2.)



Der Ostermarschzug aus Duisburg kurz vor dem Ziel in Dortmund

Kommentar der Woche

Beeindruckend waren die Märsche über die Ostertage. Endlose Züge durchs Land, kleinere Züge in Gegenden, die selten oder nie zuvor eine Demonstration gesehen hatten. Massenkundgebungen zum Abschluß am Ostermontag. Ob es nun Hunderttausend mehr oder weniger waren ist dabei zweitrangig: Es waren jedenfalls die insgesamt bisher größten Massenaktionen für den Frieden, seitdem die politische Entwicklung erneut eine Friedensbewegung in diesem Land hervorgerufen hat.

Ohne Zweifel waren diese Aktionen ein Ausdruck des Verlanges nach Sicherung des Friedens und auch der Bereitschaft, über Partei- und Weltanschauungsgrenzen hinweg zusammenzustehen für dieses Ziel. Wenn es Anlaß zu Nachdenklichkeit über den weiteren Weg dieser Bewegung, über Schwierigkeiten im Kampf für den Frieden gibt, dann sicherlich nicht deshalb, weil es an Bereitschaft mangelt, sich für dieses Ziel einzusetzen, das hat dieses Ostern nachdrücklich unterstrichen.

Ostermarsch — und nun?

Aber dieser Ostermarsch hat auch deutlich gemacht, daß es sehr wohl Gründe gibt, über die Zukunft dieser Bewegung zu sprechen. Denn diese Ostermärsche wiesen, in ihrer Gesamtheit, mit einzelnen Unterschieden in den verschiedenen Gegenden, auffällige politische Schwächen auf. Nicht, wenn man es von dem Standpunkt aus betrachtet, daß man möglichst viele Menschen mit einer bestimmten Propaganda bearbeiten kann, wie es offensichtlich einige politische Kräfte tun. Wohl aber, wenn man sie an dem Kriterium mißt, welches Gewicht in dem Kampf um den Frieden sie haben können.

Die politischen Aussagen auf diesen Ostermärschen, das war der bleibende Eindruck sehr vieler Teilnehmer und nicht nur der Genossen der KPD, fielen hinter jene des 10. Oktobers letzten Jahres in Bonn zurück. Konkrete Kritikpunkte wurden entweder nicht formuliert oder traten bei der Durchführung der Aktion gegenüber allgemeinen Friedensappellen in den Hintergrund. Die Aktionen hatten nahezu keine Spur von Kampfcharakter, einer Bewegung, die mit aller Kraft bestimmte Forderungen erhebt und dies mit Nachdruck unterstreicht. Was schon die Auseinandersetzungen um die geplante Großdemonstration aus Anlaß von NATO-Gipfel und Reagan-Besuch am 10. Juni in Bonn charakterisiert hatte, das trat auch hier zutage.

Denn die Hauptsache an den Differenzen um jene Bonner Demonstration im Juni ist es ja nicht, ob man Polen und Afghanistan dabei kritisiert, sondern die Hauptfrage ist ja die, ob man eine politische Demonstration gegen die kriegstreiberische NATO-Politik, wie sie ja auch von der Bundesregierung mitgestaltet wird, organisieren will oder einmal mehr ein wachsweiches, um es provokativ zu sagen „Friede, Freude, Eierkuchen".

Und eben diese falsche Tendenz trat auf den Ostermärschen sehr stark in den Vordergrund. Wer im Juni in Bonn nicht gegen Reagan demonstrieren will, weil er eine Personalisierung ablehnt, der will eben an Ostern das auch nicht. Und das heißt eben auch, ob man das will oder nicht, daß man nicht gegen die Urheber von Kriegsgefahr antritt, sondern allgemeine Menschheitsappelle losläßt. Wer die Friedensbewegung nur auf ein einziges unmittelbares Nahziel orientieren will, auf die neuen amerikanischen Raketen, der wird eben auch solche Tendenzen in den Ostermärschen fördern, die das politische Lagebild verwischen. Wenn man bei diesen Punkten stehen bleibt, kann man nicht nur die Gefahr heraufbeschwören, daß diese Bewegung bei einer Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen aus Resignation zusammenbricht, sondern auch die Gefahr, bei einer Verhinderung der Stationierung alle Probleme für erledigt zu halten.

Es ist letztlich die Frage, ob man beim Kampf um den Frieden erkennt (oder eine solche Erkenntnis herbeiführen will bzw. sie verhindert), daß es dabei Gegner gibt, daß es die Kriegstreiber gibt, und wer sie sind. Es ist die Frage, ob man den Friedenskampf als Klassenkampf auffaßt oder nicht, oder ob man eine Entwicklung zu dieser Erkenntnis verhindert. Das ist, wie gesagt, letztlich die Frage. Zunächst ist es aber die Frage, ob man eine kämpferische Bewegung organisieren will, die mit Macht für bestimmte Ziele eintritt, deren politische Einheit ausgedehnt und nicht eingeengt wird, und die sich nur mit einem solchen Geist auf Dauer halten und weiterentwickeln kann. Darauf wird nicht zuletzt die Reagan-Demonstration eine Antwort geben. Die KPD wird sich sowohl für ihr Zustandekommen als auch für eine Beeinflussung der Aktion in einem solchen Sinne, im Sinne des Kampfes für den Frieden gegen die Kriegstreiber mit aller Kraft einsetzen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Trotz der gewerkschaftlichen Proteste

Zumutbarkeitsanordnung in Kraft gesetzt

BONN. — Auf Beschluß der Bundesregierung setzte Bundesarbeitsminister Ehrenberg die verschärfte Zumutbarkeitsanordnung, die heftige gewerkschaftliche Proteste ausgelöst hatte, praktisch unverändert in Kraft. Der DGB hatte zuvor angekündigt, er werde die Verschärfung auf keinen Fall hinnehmen.

Angesichts der Tatsache, daß die Statistik auf dem Arbeitsmarkt auf eine offene Stelle 15 Arbeitslose ausweist, bedeutet jede Verschärfung der Zumutbarkeit eine unverhüllte Entrechtung der Arbeitslosen und zugleich einen Angriff auf die Lage der Arbeiter und Angestellten insgesamt.

Besonders trifft dies auf die skandalöse Abstufungsklausel zu, die es den Unternehmern ermöglicht, nicht nur die Arbeitslosen als rechtlose Arbeitssklaven zu behandeln, sondern durch die sie zudem die Massenarbeitslosigkeit als Hebel benutzen zu können, um insgesamt das Lohnniveau zu senken und die Ausbeutung in den Betrieben zu verschärfen.

Die neuen Zumutbarkeitsregelungen waren deshalb sofort auf massiven Widerstand bei den Gewerkschaften gestoßen. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu breiten Protestaktionen. So demonstrierten am 19. März in Nürnberg, dem Sitz der Bundesanstalt für Arbeit, 10000 Gewerkschafter gegen die Anordnung.

Die Anordnung wurde deshalb nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Ende März in Kraft gesetzt. Vielmehr hieß es, die Anordnung würde überarbeitet und es würde vor allem die Abstufungsklausel entschärft.

Daraufhin wurde die Bundesregierung prompt von den Unternehmerverbänden scharf attackiert. Sie beschuldigten die Regierung der „Kapitulation vor dem Druck der Gewerkschaften". Und der kleinere Koalitionspartner in Gestalt der Minister Genscher und Lambsdorff beeilte sich, klarzustellen, man werde keiner inhaltlichen Änderung der verschärften Zumutbarkeitsanordnung zustimmen.

Zudem wurde Ehrenberg gezwungen, die von ihm eingeführte Meldepflicht für offene Arbeitsstellen wieder zurückzunehmen, sozusagen als „Buße" für den Rückzieher bei der Zumutbarkeitsanordnung bzw. als Versöhnungsbonbon für die erbosten Unternehmer.

Das Ergebnis des ganzen Bonner Kuhhandels war im Endeffekt dies, daß die verschärfte Zumutbarkeitsanordnung praktisch unverändert in Kraft gesetzt wurde. Es soll lediglich an die Bundesanstalt für Arbeit die Anweisung ergehen, daß sie einen zusätzlichen Erlaß herausbringen soll, der die Arbeitsämter anweist, die berüchtigte Abstufungsklausel „großzügig zu handhaben".

Damit ist die Regierung auf der ganzen Linie vor den Unternehmern zu Kreuze gekrochen. Dieser Beschluß ist eine Provokation gegenüber den Gewerkschaften, die auf keinen Fall hingenommen werden darf. Es ist genau so, wie Karl-Heinz Janzen, Mitglied des geschäftsführenden IGM-Hauptvorstandes, sagte: Lambsdorff hat jetzt zweierlei erreicht, nämlich sowohl die unveränderte Beibehaltung der verschärften Zumutbarkeitsanordnung als auch die Abschaffung der Meldepflicht für offene Arbeitsstellen.

Was Janzen und andere DGB-Führer vor einigen Wochen über die asolute „Unzumutbarkeit" dieser Anordnung alles gesagt haben, trifft nach wie vor voll zu. Wenn sich die Gewerkschaften nicht unglaubwürdig machen wollen, wenn sie der Entrechtung der Arbeitslosen und dem Abstufungskarussell wirklich entgegentreten wollen, müssen sie jetzt handeln.



Anti-Reagan-Demonstration

Reaktion verschärft Hetze gegen die Friedensbewegung

Im Vorfeld der für den 10. Juni geplanten Anti-Reagan-Demonstration haben die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik ihre Versuche verstärkt, diese Demonstration schon im voraus zu kriminalisieren und sie als einen von Moskau gesteuerten Aufmarsch zu diffamieren.

Schon Ende März kursierten in der bürgerlichen Presse sogenannte Erkenntnisse von „Sicherheitsorganen", nach denen bereits die Landung des US-Präsidenten gewaltsam verhindert und mit den Ostermärschen eine allgemeine „Phase der Gewalt" eingeleitet werden solle. Vor allem Politiker der Unionsparteien werden gegenwärtig nicht müde, „Befürchtungen" über Straßenschlachten in Bonn abzusondern.

Daneben wird von den gleichen Kräften behauptet, die Demonstration würde vom Kreml kommandiert. Verbunden ist das mit einem zunehmenden Druck auf die Koalitionsparteien — der Sprecher der CSU im Bundestag beispielsweise verlangte am Wochenende von SPD und FDP kategorisch, sie sollten alle Mitglieder ausschließen, die sich an der Bonner Demonstration beteiligen würden. Wie der „Rote Morgen" schon berichtete, hat der SPD-Vorstand bereits vor Wochen den Ausschluß aller Parteimitglieder beschlossen, die öffentlich zu der Demonstration aufrufen, beziehungsweise dort als Redner auftreten.

Was die angebliche prosowjetische Ausrichtung der Demonstration betrifft, haben sich die reaktionären Hetzer auf die jüngsten Erklärungen aus den Reihen der Grünen gestürzt, die sie nun als Beweise für ihre Diffamierungen anführen. Der Bundesvorstand der Grünen hat sich geweigert, den Aufruf für die Demonstration zu unterschreiben und diese Weigerung mit einer scharfen Kritik am Vorgehen der DKP in der Friedensbewegung begründet. Nun gibt es tatsächlich viele Gründe zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Aufruf. Wir haben die wichtigsten Gründe dafür, daß unsere Partei diesen Aufruf nicht unterzeichnen kann, in diesem „Roten Morgen" auf Seite 3 dargelegt.

Die Grünen jedoch haben weder bemängelt, daß der Aufruf eine notwendige Stoßrichtung gegen Reagan, gegen die NATO und die Bündnispolitik der Bundesregierung vermissen läßt, noch haben sie die darin enthaltene Orientierung auf die Genfern Verhandlungen zwischen den Supermächten beanstandet. Ihre Kritik zielt ausschließlich darauf ab, daß der Aufruf das sowjetischen Lager nicht entschieden verurteilt. Insbesondere wurde die Nichterwähnung der Friedensbewegung in der DDR „als geradezu skandalös" bezeichnet.

Wenn die Grünen jetzt im Zusammenhang mit der Aktionskonferenz, auf der der erwähnte Aufruf verabschiedet wurde, die Machtpolitik der DKP beklagen, dann sprechen sie damit eine in der Friedensbewegung tatsächlich vorhandene negative Erscheinung an. Es fragt sich allerdings, warum sie diese Politik nicht früher zur Kenntnis genommen haben. Es ist ja beispielsweise nicht zuletzt auf ihre Unterstützung zurückzuführen, daß der „Krefelder Appell" im Sinne der DKP formuliert wurde. So drängt sich der Verdacht auf, daß es dem Vorstand der Grünen bei seinen spektakulären Angriffen auf die DKP im wesentlichen darum geht, sich im Vorfeld der diesjährigen Landtagswahlen zu profilieren. Womit die Grünen genau das tun, was sie der DKP vorwerfen, nämlich die Friedensbewegung für parteipolitische Manöver auszunutzen.

Einen Eiertanz in bezug auf die Anti-Reagan-Demonstration führt gegenwärtig der Juso-Bundesvorstand auf. Er erklärt seine inhaltliche Unterstützung für den Aufruf, will ihn jedoch nicht unterschreiben. Auch als Veranstalter der Demonstration wollen die Jusos nicht auftreten. Ihre Beteiligung an den Aktivitäten vom 10. Juni machen sie davon abhängig, daß sich für die Demonstration eine „glaubwürdiger" Veranstalterkreis und entsprechende Redner finden. Eine endgültige Entscheidung soll erst am 2. Mai auf einer Sitzung des Bundesausschusses fallen.

Inzwischen treibt auch die Bonner Allparteien-Koalition ihre Vorbereitungen für den Besuch des amerikanischen Präsidenten voran. Bundestagspräsident Stücklen hat letzte Woche die offizielle Einladung für einen Auftritt Reagans vor dem Bundestag ins Weiße Haus geschickt. Reagan wird dort am 10. Juni sprechen — auf Wunsch aller drei Fraktionen des Bonner Parlaments. Diese Ehre ist bislang nur einem amerikanischen Präsidenten erwiesen worden: Dem Watergate-Gangster Nixon wurde 1969 ein Auftritt im Bundestag gewährt — auf dem Höhepunkt der amerikanischen Aggression gegen Vietnam.

3. Nationale Konferenz der Kommunistischen Partei Spaniens (M-L)

Am Wochenende des 20. / 21. März fand in Madrid die 3. Nationale Konferenz der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) statt, die im wesentlichen dazu diente, über den Kampf der Partei gegen die im letzten Jahr aufgetretene parteifeindliche Fraktionistengruppe Bilanz zu ziehen, und die Partei entsprechend auszurichten.

Neben der Parteiführung waren Vertreter der verschiedenen Landesbezirke und der Massenorganisationen der Partei anwesend. Im Namen des Exekutivkomitees der Partei verlas Genosse Raul Marco einen längeren Bericht, der eine Einschätzung der wirtschaftlich-sozialen Lage im Land, der Rechtsentwicklung nach dem Putschversuch des letzten Jahres, der Lage der Partei, der internationalen Lage und der marxistisch-leninistischen Weltbewegung umfaßte. Danach hielten Vertreter der Landesbezirke ebenso wie der Massenorganisationen Kurzberichte über die Lage in ihrem Arbeitsbereich und erklärten ihre Zustimmung zum Bericht des Exekutivkomitees.

Anwesend waren ferner neben einer Delegation unserer Partei Vertreter mehrerer marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen aus folgenden europäischen Ländern: Dänemark, Frankreich, Portugal, Schweden, Britannien sowie Vertreter von zwei italienischen marxistisch-leninistischen Organisationen, die sich nach dem Verrat der Dinucci-Gruppe und ihrem offenen Übergang auf die Positionen des Sowjetrevisionismus daran gemacht haben, die marxistisch-leninistische Partei wiederaufzubauen.

Mit der Abstimmung über den Bericht des Exekutivkomitees, der mit überwältigender Mehrheit - bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen wurde, endete die Konferenz.

Zum Aufruf für die Bonner Anti-Reagan-Demonstration

Wir dokumentieren auf dieser Seite den Aufruf in der bei der Aktionskonferenz vorgelegten Fassung. Im folgenden wollen wir noch einmal die Gründe darlegen, warum die KPD — wie schon im letzten „Roten Morgen" berichtet — diesen Aufruf nicht unterzeichnen wird.

Da ist zunächst die Frage, welche Stoßrichtung die Bonner Demonstration überhaupt haben soll. Sie findet ja nicht irgendwann statt, sondern zum Zeitpunkt einer NATO-Tagung, die auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung von Brüssel nach Bonn verlegt wurde. Es ist ja bekannt, daß Schmidt mit diesem Wusch — wie er selbst wiederholt erklärt hat — „Bündnistreue" gegenüber der NATO und insbesondere gegenüber dem US—Präsidenten Reagan (der in diesem passenden Rahmen zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt in die BRD kommt) beweisen will.

Dieser demonstrative Akt ist eine schwere Provokation der Friedensbewegung, aber auch der sich formierenden gewerkschaftlichen Bewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau. Es ist selbstverständlich, daß diese Provokation beantwortet werden muß. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll. Der hier dokumentierte Aufruf versucht die Stoßrichtung der Demonstration auf eine Kritik der Aufrüstung im Allgemeinen und eine Ablehnung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen im Besonderen zu begrenzen.

Im letzten „Roten Morgen" haben wir über die Vorbereitungen zur Anti-Reagan-Demonstration am 10. Juni berichtet und sind dabei auch auf die Auseinandersetzungen eingegangen, die sich bei der Aktionskonferenz am vorletzten Wochenende an dem vorgelegten Demo-Aufruf entzündet haben. Inzwischen hat dieser Streit auch Eingang in die bürgerlichen Medien gefunden, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die Grünen nach der Aktionstagung eine Pressekonferenz durchgeführt haben, bei der sie erklärten, sie könnten den erwähnten Aufruf nicht unterschreiben.

Wir meinen, daß eine solche Stoßrichtung gerade angesichts des konkreten Anlasses der Bonner Demonstration falsch ist. Denn in der Bundeshauptstadt werden sich doch mit Reagan an der Spitze diejenigen versammeln, die — auf westlicher Seite — für die gigantische Hochrüstung verantwortlich sind, diejenigen, die mit der Aufstellung immer neuer Massenvernichtungswaffen den Atomkrieg planen und vorbereiten. Also nicht abstrakt gegen die Waffen, sondern konkret gegen diejenigen, die mit diesen Waffen unser Leben bedrohen, muß sich die Demonstration richten.

Wir sind in diesem Zusammenhang schon früher (siehe RM 9/82) auf innerhalb der Friedensbewegung geäußerte Vorbehalte gegen eine „Personalisierung" der Demonstration eingegangen. Nun sind auch wir keineswegs der Meinung, daß die Ursachen für die verschärfte Kriegsgefahr in der Person beispielsweise eines Reagan liegen — sie sind vielmehr im Weltmachtstreben der beiden Supermächte zu finden. Aber Reagan ist als der gegenwärtige US-Präsident eben die entscheidende Figur, die auf amerikanischer Seite dieses Weltmachtstreben in die politische Praxis umsetzt. Und deshalb ist es notwendig, gegen ihn und gegen die von ihm vertrenene Politik zu demonstrieren.

Es ist weiterhin unerläßlich, daß sich die Demonstration gegen die NATO richtet. Wir müssen am Ort der Tagung dieses Militärpaktes klarstellen, daß die NATO für uns keine Schutzfunktion hat, sondern daß sie ein — von der amerikanischen Supermacht kontrolliertes — Instrument der Kriegsvorbereitung (und auch der reaktionären Formierung nach innen) ist. Wobei in diesem Zusammenhang gerade der Bonner „Bündnistreue", die, wie erwähnt, der Grund für die Verlegung des NATO-Gipfels ist, eine deutliche Absage erteilt werden muß.

All das ist aber aus dem Aufruf vollständig ausgeklammert worden. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Uns geht es nicht darum, die Aufnahme der richtigen Forderung nach einem NATO-Austritt der BRD zur Vorbedingung unserer Zustimmung für den Aufruf zu machen. Das haben wir ja auch bei anderen gemeinsamen Aktionen der Friedensbewegung nicht gemacht. Was wir kritisieren und nicht unterstützen können, ist die Tatsache, daß der Aufruf von der notwendigen grundsätzlichen Stoßrichtung der Bonner Demonstration — gegen Reagan, gegen die NATO — ablenkt und somit der Aktion den relativ unverbindlichen Charakter einer Bekundung für Abrüstung aufzwingen will.

Und hier kommen wir zu einem anderen wichtigen Kritikpunkt. So, wie der Aufruf die Verantwortlichen für das Rüsten und die Kriegsgefahr weitgehend außen vor läßt, so gibt er auch dem Friedenskampf insgesamt eine falsche Orientierung, indem er als dessen wichtigstes Feld durchgehend die Genfer Rüstungsverhandlungen bezeichnet. Der Friedensbewegung wird hier nur noch die Aufgabe zugewiesen, durch den Druck ihrer Aktivitäten auf diese Verhandlungen einzuwirken, damit — wie es an einer Stelle heißt — die USA „in Genf ernsthaft verhandeln" (bei der Sowjetunion wird eine solche Ernsthaftigkeit offenbar schon von vornherein vorausgesetzt).

Damit aber gibt der Aufruf eine nicht nur falsche, sondern auch äußerst gefährliche Orientierung. Zu Recht hat bei der Diskussion des Aufrufs beispielsweise auch der frühere SPD-Politiker Hansen auf die Erfahrungen der letzten Jahre hingewiesen, die gezeigt haben, daß noch jede sogenannte Abrüstungskonferenz der beiden Supermächte nur zu neuer Aufrüstung geführt hat. Und das kann auch gar nicht anders sein, weil es beiden Seiten eben nicht um das berüchtigte, immer wieder beschworene „Gleichgewicht des Schreckens" geht, sondern jeweils um eigene militärische Überlegenheit, um den Ausbau von Positionen und Waffensystemen, die im Kampf um die Weltherrschaft entscheidende Vorteile sichern sollen. Insofern ist das Scheitern auch der jetzigen Genfer Verhandlungen schon vorprogrammiert.



Auf diese Verhandlungen zu orientieren bedeutet also, die Friedensbewegung zu lähmen, sie genau auf den Kurs zu bringen, den ihr die SPD-Führer beispielsweise schon seit längerem aufdrängen wollen. Aber gerade angesichts der Tatsache, daß — wie Schmidt wiederholt erklärt hat — im Herbst 1983 die neuen Atomraketen stationiert werden, wenn Genf kein „befriedigendes" Ergebnis bringt, ist es doch dringend notwendig, daß sich die Friedensbewegung aus Illusionen über diese Verhandlungen löst. Denn nur in direkter Konfrontation mit den Herrschenden in diesem Land, durch einen massiven Druck auf die Bonner Regierung, könnte eine Rücknahme der Zustimmung zur Stationierung noch erzwungen werden.

Noch ein letzter Kritikpunkt an dem Aufruf: Er betrifft die Behandlung der sowjetischen Supermacht. Unsere Haltung zu dieser Frage ist klar und muß hier nicht wiederholt werden. Bei der Aktionskonferenz in Bonn hat der Vertreter der KPD diese Haltung dargelegt und auch noch einmal darauf hingewiesen, daß wir es grundsätzlich für richtig halten, daß die Friedensbewegung in ihren Aufrufen, ihrer Propaganda usw. stets auch die Kriegspolitik der Sowjetunion kritisiert (nicht zuletzt, um den von der Reaktion erhobenen Vorwurf der „Einäugigkeit" zu entkräften). Allerdings halten wir es in bezug auf die Anti-Reagan-Demonstration nicht für unbedingt erforderlich, daß der Aufruf alle Aspekte dieser Politik (Polen, Afghanistan, DDR-Friedensbewegung usw.) behandeln muß. Und dementsprechend würden wir das auch nicht zur Bedingung für eine Unterzeichnung machen.

Aber absolut unannehmbar sind für uns die jetzt in dem Aufruf enthaltenen Formulierungen zur sowjetischen Politik. Denn sie könnten in ihrer bewußt verschwommenen Form auch direkt aus Moskauer diplomatischen Noten abgeschrieben worden sein. Wenn auf diese Fragen eingegangen wird, dann muß unmißverständlich gefordert werden: Abzug der sowjetischen Besatzertruppen aus Afghanistan, sofortige Aufhebung des Kriegsrechts in Polen, vollständige Legalisierung der Arbeit von Solidarnosc usw.

Der Aufruf zur Anti-Reagan-Demonstration geht also weit hinter den vom 10. Oktober zurück. Zwar hatte auch dieser einige Schwächen, aber zum einen stand damals die richtige Forderung nach der Kündigung des NATO-Raketenbeschlusses ganz eindeutig im Vordergrund. Zum anderen enthielt er weder eine so deutliche Orientierung auf die Verhandlungskonferenzen der Supermächte, noch eine unverhohlene Rechtfertigung sowjetischer Machtpolitik wie der hier kritisierte Aufruf. Deshalb konnte unsere Partei trotz einiger Bedenken beim 10.10. als Mitunterzeichner auftreten, was jetzt absolut nicht möglich ist.

Unserer vollen Mobilisierung für die Demonstration am 10. Juni wird das natürlich keinen Abbruch tun.

Aufruf der „Großen Friedensorganisationen" zum 10. 6. in Bonn

Trotz der weltweit stattfindenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden Abrüstungskonferenz der UNO in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine Generation neuer atomarer Kriegsführungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1000 Milliarden Mark für Rüstung ausgegeben. Diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der dritten Welt, wo jedes Jahr Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern auf engstem Raum mehr Atomwaffen als sonst irgendwo auf der Welt. Neuartige Waffensysteme und die damit verbundene Strategie des begrenzten Atomkrieges erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die atomare Bedrohung wird bei den Genfer Verhandlungen zwischen USA und UdSSR nur dann verringert, wenn sie zur tatsächlichen Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West führt. Die angebliche Null-Option des amerikanischen Präsidenten führt nicht zu diesem Ziel. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr, als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit und die Achtung der Menschenrechte.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika und in anderen Teilen der Welt. Die Grausamkeiten, die von proamerikanischen Marionettenregierungen dort tagtäglich an wehrlosen Menschen begangen werden und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind Ergebnisse ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestritten Weltmacht Nr. 1 zu werden.

Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung in der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für eine Aufhebung des Kriegsrechtes und für eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen benutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt und jegliche ausländische Einmischung beendet.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen.

Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. bis 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf. Dies ist auch der Ausdruck unserer Verbundenheit mit dem „anderen" Amerika und der amerikanischen Friedensbewegung, die am 12. Juni eine Großdemonstration für Frieden und Abrüstung durchführt.

Kommt alle zur internationalen Großdemonstration am 10.6. in Bonn.

- Wir fordern das Einfrieren der Rüstungsausgaben in Ost und West
- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in Ost- und Westeuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozess in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden.

Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Null-Lösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen erreicht wird.

Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Druchsetzung all dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Bonn, 16. 3., Vorbereitungstreffen des Trägerkreises des 10. 10.

(Anwesend waren Vertreter folgender Gruppen: DFG/VK, Aktion Sühnezeichen, BBU, SHB, KOFAZ, SDAJ, Christen für Abrüstung, DKP, DFU, VVN, ESG, Hamburgerfriedenskoo., Grüne, SB, IB Nicaragua, Informationsstelle Lateinamerika, LHV, Informationsstelle für Friedensarbeit, Anti-Interventionsbewegung, AGDF, Föderation Gewaltfreier Gruppen, Ohne Rüstung leben, Russel-Gruppen, Judos, Jusos, Service Zivil International, MG, MSB Spartakus, AL Berlin, VDS, Frauen für den Frieden, SDJ — Die Falken und ein Beobachter des Göttinger AKs, der sich an der Diskussion, jedoch nicht an den Abstimmungen beteiligte, da er die Versammlung aufgrund der gezielten Einladungen und des Funktionärstermins am Dienstag um 11.00 Uhr für nicht legitimiert hielt.)

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.



Warnstreik der Arbeiter der BMW-Motorradwerke in Westberlin im Rahmen der Lohnrunde '82

Lohnrunde '82

Die Unternehmer haben Blut geleckt

Ausgangspunkt war das „Krefelder Modell", der mit 4,2 Prozent weit hinter der Teuerung herhinkende Tarifabschluß in der Metallindustrie. Er bedeutete die kampflose Preisgabe der Reallohnsicherung, die das erklärte lohnpolitische Ziel der IG Metall in dieser Tarifrunde war. Der weitere Verlauf der Lohnrunde macht jetzt zunehmend deutlich, wohin diese Politik führt: Die Unternehmer haben Blut geleckt.

Wohl selten hat ein Tarifabschluß im Lager der Unternehmer und Gewerkschaftsfeinde so viel Lob und Genugtuung ausgelöst, wie der Krefelder Metallabschluß. Das muß man sich unbedingt vor Augen halten. Gerade angesichts dessen, daß die Unternehmer jetzt speziell in den Bereichen, wo sie glauben auf keinen ernsthaften gewerkschaftlichen Widerstand zu stoßen, verbissen dafür streiten, die Abschlüsse noch erheblich tiefer zu drücken.

Gesamtmetall-Präsident Thiele hatte nach dem Krefelder Abschluß jubelnd erklärt, die Unternehmer seien „bei der Trendwende in der Lohnpolitik ein Stück weiter gekommen". Im Wirtschaftsmagazin „Capital", Ausgabe vom 12. März '82, hieß es: „Die Unternehmer können mit dem Krefelder Lohnergebnis ganz gut leben... Der gewinnträchtige Lohnkompromiß entspricht den internen Vorgaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände..." Und Bundeskanzler Schmidt bescheinigte den Loderer, Janßen, Karlheinz Bräuer und Konsorten, sie hätten „großes Augenmaß" bewiesen.

So gut die Unternehmer also auf der einen Seite nach eigenen Bekunden mit diesem „gewinnträchtigen Kompromiß" auch leben könnten, sowenig kann dies für sie andererseits Grund sein, nicht zu versuchen, jetzt sogar noch mehr für sich herauszuholen. Gerade die Tatsache, daß ihnen der 4,2-Prozent-Abschluß **kampflos** in den Schoß gefallen ist, hat die Beutegier der Lohnräuber angestachelt!

Das bekommen jetzt insbesondere die Kollegen in jenen Branchen zu spüren, wo die Gewerkschaftsführung in noch stärkerem Maße „kooperationsbereit" ist, als der IGM-Vorstand, was sich unter anderem daran zeigt, daß dort die Forderungen besonders niedrig liegen: Nicht bei 7,5 Prozent wie bei der IGM, sondern bei nur 7 oder gar 6,5 Prozent.

Zu diesen Gewerkschaftsführungen gehören die der IG Bau, Steine, Erden (7 Prozent) der IG Bergbau und Energie (6,5 Prozent), der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (6,5 Prozent). Natürlich ist hier auch die IG-Chemie-Führung zu nennen, die überhaupt auf die Aufstellung einer konkreten Lohnforderung verzichtet und den Unternehmern angeboten hat, die vorzeitige Abschiebung älterer Arbeiter aus der Lohnerhöhung der Chemie-Beschäftigten zu finanzieren.

Eine besondere Situation besteht im öffentlichen Dienst. Auch die ÖTV-Führung hatte mit ihrer Forderung von nur 6,5 Prozent ein ganz besonders großes „Augenmaß" demonstriert. Allerdings hat die Bundesregierung durch ihren Versuch, im öffentlichen Dienst einer einprozentigen Kürzung der Einkommen vorzunehmen und dadurch ein Signal in Richtung Lohnkürzung in die tarifpolitische Landschaft zu pflanzen, Heinz Kluncker in eine Kampfstellung gedrängt, die er eigentlich gar nicht hatte einnehmen wollen.

In der Bauindustrie wäre wohl bereits ein Abschluß von 4,0 Prozent perfekt, wenn es nur nach dem IG-Bau-Vorsitzenden Sperner ginge. Sperner hat längst bei den Schlichtungsverhandlungen seine Bereitschaft erklärt, 4,0 Prozent zu akzeptieren. Jedoch wurde er von seiner Großen Tarifkommission zurückgepfiffen.

Gewiß ist darin eine Nachwirkung der letzten Tarifrunde zu sehen. Damals hatte Sperner bei 4 Prozent bereits unterschrieben, aber die Basis hatte rebelliert und die IGB-Führung sah sich dann gezwungen, den bereits perfekten Abschluß zunächst wieder rückgängig zu machen.

Ganz übel sieht es gegenwärtig bei Chemie, sowie Textil und Bekleidung aus. Hier können die Gewerkschaftsbonzen es sich offensichtlich noch erlauben, ganz offen für einen Lohnverzicht zu plädieren, ohne einen Aufstand der Basis zu provozieren. Entweder weil die klassenkämpferische Opposition hier noch sehr schwach entwickelt (Textil und Bekleidung) oder aber weil sie durch brutale „Säuberungsmaßnahmen" momentan geschwächt ist (Chemie).

Gewerkschaften wie die HBV und die IG Druck hingegen werden von den Kapitalisten mit relativ großem Respekt behandelt.

Zwar sind die Vorstände dieser beiden Gewerkschaften keineswegs bereit, ihre Erklärungen, daß Reallohnsicherung absolut nötig sei und Lohnverzicht keinesfalls in Betracht käme, durch eine konsequente Haltung und mit entsprechenden Kampfmaßnahmen auch einzulösen. Aber die Kampfbereitschaft, die die Druckereiarbeiter in den letzten Jahren mehrfach eindrucksvoll durch Streiks bewiesen haben und die auch in Bereichen wie dem Einzelhandel unübersehbar anwächst, dämpft den Übermut der Unternehmer denn doch ein wenig.

Leider hat das von der IGM-Führung zu verantwortende "Krefelder Modell" der diesjährigen Lohnrunde gleich zu Anfang, eine Schlagseite zugunsten des Unternehmerlagers gegeben. Dieser 4,2-Prozent-Abschluß hat die Erwartungshaltung in den anderen Gewerkschaften gedrückt und die Chancen für die Entfaltung einer machtvollen Bewegung für Reallohnsicherung in dieser Lohnrunde reduziert.

Nichts aber wäre falscher, als jetzt resigniert zu sagen: Auf ein paar Zehntel-Prozent mehr oder weniger, kommt es jetzt auch nicht mehr an. Denn wehe wenn Profithaie einmal Blut gerochen haben...

Superprofite

Deutsche Bank zahlt 20 Prozent Dividende!

Während den Arbeitern die Reallöhne gekürzt werden, sahnen die Coupon-Schneider zum Teil ab wie nie zuvor! Die mit Abstand größte Bank in diesem Land, die Deutsche Bank, schüttet auch für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr pro 50-Mark-Aktie wieder zehn Mark Dividende aus. Das sind 20 Prozent! 20 Prozent dafür, daß man keinen Finger krumm gemacht, sondern „das Geld für sich arbeiten läßt". Im Klartext: Dafür, daß man die Arbeiter arbeiten läßt, bzw. an dem Mehrwert teilhat, den die Unternehmer in den Betrieben aus den Arbeitern herauspressen. Insgesamt schüttet die Deutsche Bank diesmal 240,5 Millionen Mark an Dividenden aus; gegenüber 222,8 vor einem Jahr. Diese Beträge stellen allerdings nur einen kleinen Teil des jeweiligen Jahresgewinns der Bank dar. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Deutsche Bank trotz wirtschaftlicher Depression nach eigenem Bekunden „an ihre erfolgreiche Entwicklung in den Vorjahren angeschlossen" hat und ihr Betriebsergebnis um sage und schreibe 29,7 Prozent steigern konnte. Diese glänzende Geschäftslage der Deutschen Bank zeigt, daß die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung den großen Haien des Finanzkapitals nicht nur die Erhaltung sondern sogar noch eine erhebliche Steigerung des Niveaus ihrer märchenhaften Gewinne gebracht hat. Mit anderen Worten: Der Reichtum der ganz Reichen wächst heute schneller denn je, wogegen die Masse der Werktätigen, vor allem die Arbeiter und kleinen Angestellten, ärmer werden. Sie mußten eine Senkung ihres Lebensstandarts hinnehmen. Auch andere Großbanken machten im abgelaufenen Geschäftsjahr verstärkt Gewinne, obgleich ihre Lage gegenüber der der Deutschen Bank weitgehend ungünstiger ist. Besonders zu nennen wäre noch die BHF-Bank, eine große Privatbank mit Streubesitz: Auch sie zahlt an die Aktionäre in diesem Jahr erneut wie im Vorjahr mit 9 Mark pro Aktie bzw. 18 Prozent eine sehr fette Dividende.

Resolution einer ÖTV-Gruppe

Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!

Die ÖTV-Mitgliederversammlung vom Bezirk West des Jugendamtes in Bremen verabschiedete am 13. Januar dieses Jahres die Resolution „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!" Aus der an die gewerkschaftlichen Leitungsgremien von ÖTV, GEW und DGB bis hin zu den Hauptvorständen und zum DGB-Bundesvorstand sowie an den Bremer Senat gerichteten Resolution bringen wir im folgenden Auszüge:

„Der Bremer Senat erließ am 14. Dezember '81 ‚im Interesse der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens' ebenfalls einen Zuzugstopp für Ausländer; der Senat kündigt eine weitere Verschärfung des Erlasses für den 1. April '82 an.

Diese jetzt erzwungene Familientrennung ist ein Schritt zur weiteren Verschärfung der bereits reaktionären Ausländergesetze.

Die schwerste ‚Nachkriegskrise' soll auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden. Regierungen und Medien spalten in Jung und Alt, Ausländer und Deutsche, immer nach dem Motto: Teile und herrsche!

Zum Beispiel einerseits hetzt man gegen die Asylanten, die aus der Türkei kommen und beschimpft sie als ‚Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge', andererseits unterstützt man die faschistische Militärjunta in der Türkei offen mit Geld und Waffen!

Die sogenannten ‚Sparprogramme' von Bund und Ländern treffen die ausländischen Familien besonders hart; die bereits miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen (z. B. Wohnung, Ausbildung, Erziehung, medizinische Versorgung und anderes mehr) verschlechtern sich so von Tag zu Tag mehr. (...)

Die neuen Ausländererlasse stoßen auf Widerstand. So demonstrierten in Berlin über 10000 Menschen; in Bremen demonstrierten viele ausländischen und deutschen Gewerkschafter am 24. 12. 81 auf Initiative des AK Türkei/Ausländerfragen ‚lautstark gegen den Senatserlaß'.

Die Parole der Faschisten ‚Ausländerstopp — Ausländer raus' diktiert die reale Politik der Herrschenden. (...)

Wir meinen, ein dauerhaftes Zusammenleben in Betrieb und Freizeit, Schule, Beruf und auch in der Gewerkschaft ist nur möglich auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen!

Wir fordern:

- **Sofortige Rücknahme der Ausländererlasse!**
- **Aufhebung der reaktionären Ausländergesetze!**
- **Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!**
- **Freie unabhängige Gewerkschaften in Ost und West!**
- **Keine Unterstützung von Militärdiktaturen!**

(...)



„Gegendruck", Zeitung der KPD für Stuttgarter Druckbetriebe

Warnstreiks fällig

Der 4,2-Prozent-Abschluß der IG Metall war ein Schlag unter die Gürtellinie. Nicht nur für die Metall-Kollegen, sondern auch für uns.

Die Führung der stärksten Einzelgewerkschaft hatte kampflos einen Abschluß weit unter der Inflationsrate unterschrieben.

Klar, die Gewerkschaften haben bei zwei Millionen Arbeitslosen und der ständigen Drohung mit weiteren Entlassungen, einer Regierung, die den Unternehmern nach der Pfeife tanzt, nicht die besten Karten. Aber wenn man die nicht einmal ausreizt...!

Ohne Zweifel: Nach dieser Niederlage ist für die kleineren Einzelgewerkschaften nur noch unter Schwierigkeiten mehr rauszuholen. Unsere Tarifkommission Papierverarbeitung ist ja auch schon voll auf das 4,2-Prozent-Angebot der Unternehmer eingestiegen und hat sofort zugestimmt. Und L. Mahlein hat am Wochenende schon Kompromißbereitschaft signalisiert.

Alles gelaufen?

Und eins ist klar: Wenn die Unternehmer dieses Jahr so leicht eine Reallohnsenkung durchsetzen können, werden sie nächstes Jahr nur noch unverschämter. Das Gespenst einer „Null-Runde" könnte Wirklichkeit werden, wenn wir uns nicht dagegen wehren.

Ein wichtiger Schritt dazu wäre, endlich eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie durchzusetzen!

Neue Lohnstruktur muß sein!

Damit wäre immerhin erreicht:

- Ein gewisser Schutz gegen die in Zukunft zu erwartenden Kürzungen der übertariflichen Lohnbestandteile.
- Eine Höhergruppierung würde sich auch auf die tarifliche Jahresleistung („Weihnachtsgeld") als Lohnerhöhung auswirken und für die Lohnprozente eine höhere Berechnungsgrundlage ergeben (von 25 Prozent mehr Kosten, wie die Unternehmer klagen, kann allerdings überhaupt keine Rede sein).

Darum darf die neue Lohnstruktur in dieser Tarifrunde auf keinen Fall unter den Tisch fallen oder auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden!

Die Unternehmer weigern sich, darüber überhaupt zu verhandeln. Darum wurden die Verhandlungen am 30.3. für gescheitert erklärt und zum 5.4. die Schlichtung angerufen.

Es ist jetzt klar:

Ohne Druck läuft nichts!

Der Landesbezirksvorstand der IG DruPa hat schon **„Schwerpunktbetriebe"** benannt, die im Falle des Fălles aktiv werden sollen, darunter fast alle größeren (über 100 Beschäftigte) Betriebe im Stuttgarter Raum.

Gut besuchte **„Arbeitskampf-Seminare"** haben stattgefunden, auf denen konkret Vor- und Nachteile verschiedener Arbeitskampfformen besprochen wurden. Fragebogen über die betriebliche Situation und die wirkungsvollsten betrieblichen Arbeitskampfmöglichkeiten gingen in die Betriebe. Es tut sich also was.

Aber es gibt auch Widerstände: So hüllen sich die Verantwortlichen der Schwerpunktbetriebe (meist die Betriebsratsvorsitzenden) oft in Schweigen. Zum Teil haben sie sich auch feige geweigert, ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen.

Jeder aktive Gewerkschafter, jeder Vertrauensmann (wenn er nicht nur auf dem Papier also solcher gelten will), **alle** Kolleginnen und Kollegen, die sich von den Unternehmern nicht die Butter vom Brot nehmen lassen wollen, sind aufgerufen, aktiv zu werden! Nur so kann auch dem Hauptvorstand klar gemacht werden, daß faule Kompromisse nicht drin sind!

- Erkundigt euch (am besten Abteilungsweise) bei eurem Betriebsrat über den neuesten Stand und die Arbeitskampfmöglichkeiten!
- Fordert Aufklärung über die betrieblichen Vorteile der neuen Lohnstruktur!
- Mindestens die 4,2 Prozent **und** die neue Lohnstruktur müssen drin sein!

Münchner Zeitungsverlag

Belegschaft kämpft gegen Massenentlassungen

„Münchner Merkur" konnte zweimal nicht erscheinen

MÜNCHEN. — Im Pressehaus an der Bayerstraße, wo die Tageszeitungen „Münchner Merkur" und „tz" hergestellt werden, legte das technische Personal in den vergangenen Wochen wiederholt die Arbeit nieder. Die Kollegen wehren sich gegen einen brutalen Rationalisierungsfeldzug und vor allem gegen die geplante Entlassung von rund 300 Beschäftigten.

Seit Anfang des Jahres hat der Münchner (MZV) Zeitungsverlag einen neuen Eigentümer: den aus dem westfälischen Hamm stammenden Verleger Dirk Ippen („Westfälischer Anzeiger"). Ippen ist als rücksichtsloser Rationalisierer bereits berüchtigt. So schreibt zum Beispiel der „Stern", Ippen habe „sich darauf spezialisiert, kleine und mittlere Zeitungen zu erwerben und aufzumöbeln... — immer sorgten Kündigungen und Rationalisierungen nach kurzer Zeit für Gewinne".

Ippen hatte den MVZ kaum übernommen, da legte er bereits eine Liste mit den Namen von knapp 300 Belegschaftsmitgliedern vor, die er auf die Straße setzen will. Das ist fast ein Viertel der 1300 Beschäftigten umfassende Gesamtbelegschaft. Betroffen von der Massenentlassung sind Beschäftigte aus Technik, Verlag und Redaktion.

Wie menschenverachtend und brutal dieser Kapitalist sein erklärtes Ziel angeht, „den Verlag innerhalb von sechs Monaten in die schwarzen Zahlen zu führen", zeigt sich besonders scharf, wenn man einmal Einzelfälle aus den knapp 300 geplanten (teils schon beantragten) Kündigungen betrachtet.

Zum Beispiel wurde einer Telefonistin gekündigt, die der MZV erst vor einem halben Jahr aus einer „sicheren Lebensstellung" abgeworben hatte. Daß die Kollegin erst so kurz bei MVZ ist, macht sie nun leicht kündbar. Ippen zögerte nicht, dies eiskalt auszunutzen!

Wie radikal Ippens den Betrieb durchrationalisieren will und was auch die von den Massenentlassungen nicht betroffenen Kollegen zu erwarten haben, läßt sich daran ermessen, daß beispielsweise aus dem Archiv von den bisher zwölf dort beschäftigten Arbeitskräften acht abgezogen werden sollen.

Ippens läßt es im übrigen auch völlig kalt, daß von seinem Entlassungsfeldzug eine Reihe von Druckern und Setzern betroffen sind, die erst vor einigen Jahren zuvor, bei der Schließung der Firma Süddruck, schon einmal ihren Arbeitsplatz verloren hatten.

Während die Arbeiter und Angestellten bluten sollen, damit die Herren Verleger entsprechend dicke Profite machen können, sahnen die aus dem Unternehmen ausgeschiedenen Altverleger Buttersack, Vogl und Huck auch nachträglich noch kräftig ab: Sie hatten sich vor dem Verkauf eine Betriebspension von monatlich 16000 Mark pro Nase gesichert!

Die Kollegen, die Ippen um ihren Arbeitsplatz bringen will, müßten hingegen ihr Leben fortan mit Arbeitslosenunterstützung fristen. Denn die meisten werden wohl keine Stelle mehr finden, schon gar nicht in ihrem Beruf.

Aber ob die Rechnung des Dirk Ippen in diesem Fall aufgehen wird, so wie sie in der Vergangenheit bereits bei kleineren Zeitungen wie der „Leine Deister Zeitung", dem „Diepholzer Kreisblatt" oder der „Offenbach-Post" aufgegangen ist —, das ist noch längst nicht ausgemacht! Denn die Belegschaft in der Bayerstraße ist kämpferisch und sie hat bereits mehrfach ihre Krallen gezeigt.

Als sich bei den Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat zeigte, daß Ippen an den Entlassungen nicht rütteln lassen, sondern lediglich über einen Sozialplan mit sich reden lassen wollte, hielten die Kollegen nicht mehr still. Am Donnerstag, den 18. März legte die Tagschicht von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr die Arbeit nieder.

Einen Tag später kam es während der Frühschicht zu einer spontanen Belegschaftsversammlung. Dabei verabschiedeten 300 Kollegen — vorwiegend aus der Satzherstellung, aber auch Angestellte und Redakteure — eine Resolution mit vier Forderungen.

Die wichtigste Forderung lautet: **„Sofortige Zurücknahme der beabsichtigten Massenentlassungen."**

Ippen und der am MZV mitbeteiligte Verleger des „Oberbayerischen Volksblatt" (Erscheinungsort Rosenheim), Döser, erschienen zu dieser Versammlung; jedoch nur um zu erklären, keine der Forderungen seien erfüllbar. Der ganze Auftritt der Verleger dauerte zwei Minuten. Daraufhin beschlossen die Kollegen, die Arbeit bis zum Schichtende — etwa zwei Stunden — nicht mehr aufzunehmen.

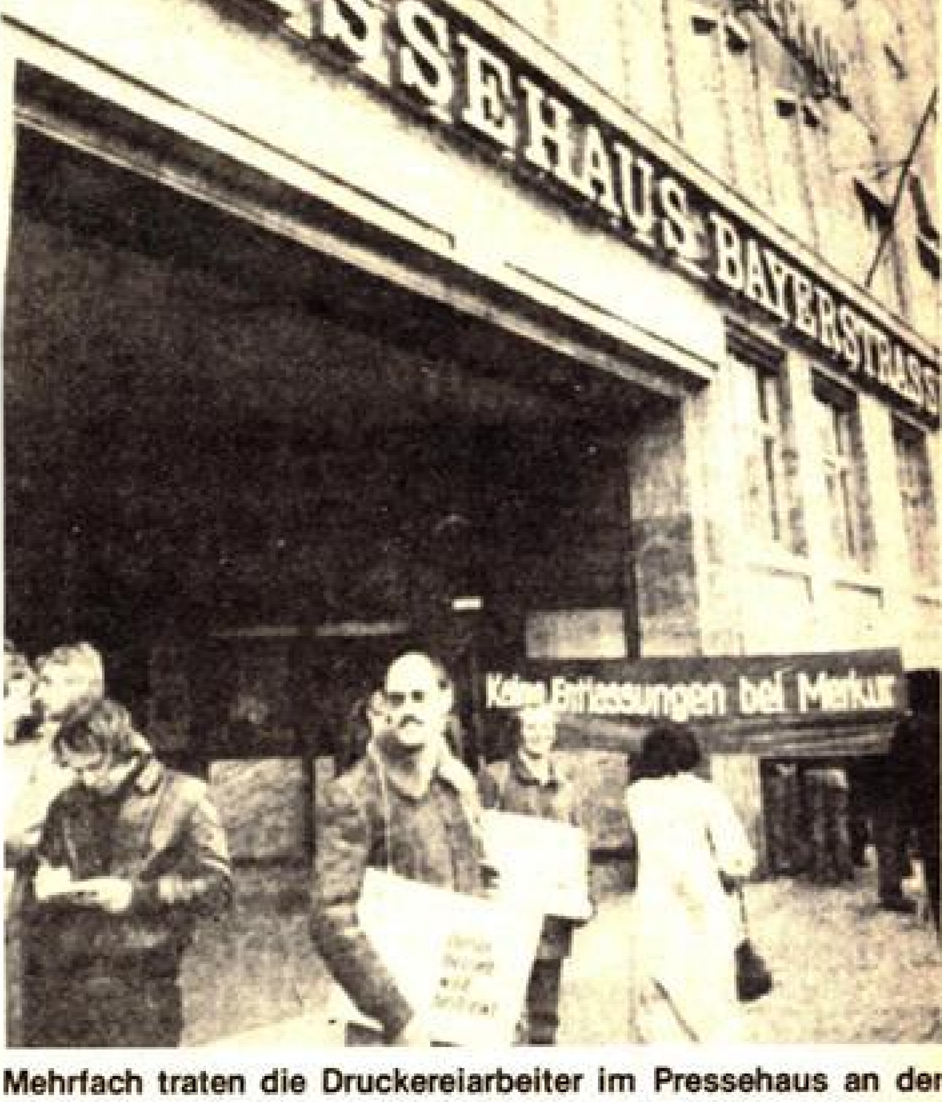
Als dann die Kollegen der Spätschicht zur Arbeit erschienen, beschlossen sie, mit der Arbeit erst gar nicht zu beginnen. Und zwar streikten nicht nur die Kollegen der Satzherstellung, sondern auch die Kollegen der Rotation. Das bedeutete, daß die Anzeigenträchtige Wochenendausgaben des „Münchener Merkur" und des Boulevardblattes „tz" nicht erscheinen konnten (Auflage beider Zeitungen zusammen: rund 350000 Exemplare!).

Der Versuch des Verlegers Döser, aus Rosenheim eine „Notmannschaft" herauszukarren, scheiterte an der Solidarität der Rosenheimer Kollegen. Die Kollegen reagierten auf den Plan, sie als Streikbrecher einzusetzen, mit Bummelstreik: Das „Oberbayerische Volksblatt" konnte erst mit zweieinhalbstündiger Verspätung angedruckt werden.

Am darauffolgenden Montag holte Ippen zum Gegenschlag aus. Zwei Vertrauensleute, die bei der spontanen Versammlung die Abstimmung durchgeführt hatten, wurden verwarnt. Am nächsten Tag jedoch zwang ein einstündiger Warnstreik die Geschäftsleitung dazu, diese Verwarnungen vor der versammelten Abteilung zu zerreißen.

Als am Donnerstag, den 25. März, bekannt wurde, daß die ersten sechs Kündigungsanträge vorliegen, antworteten die Druckereiarbeiter erneut mit einem Warnstreik von einer Stunde. Und am Mittwoch, den 31. März, mußten die Leser des „Merkur" und der „tz" zum zweiten Mal auf ihr gewohntes Blatt verzichten. Bei einer Informationsversammlung der Kollegen in der Satzherstellung am Dienstag hatten 90 Prozent der Setzer und Meteure beschlossen, erneut in den Streik zu treten. Auch die Spätschicht schloß sich dem Streik an.

Der Weg des entschlossenen Widerstandes, wie ihn die Kollegen beim MZV eingeschlagen haben, ist der einzig erfolgversprechende zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze. Jetzt heißt es, konsequent an der entscheidenden Forderung nach sofortiger und vollständiger Zurücknahme der beabsichtigten Massenentlassungen festzuhalten!



Mehrfach traten die Druckereiarbeiter im Pressehaus an der Bayerstraße bereits in den Streik. Zweimal konnten die Tageszeitungen „Münchner Merkur" und „tz" nicht erscheinen. Die Kollegen fordern die sofortige Zurücknahme der geplanten Massenentlassungen durch den Verleger Ippen.

Aus unseren Betriebszeitungen

„Frischer Wind", Betriebszeitung der KPD für HDW-Hamburg

Bankräuber auf der Werft

Kaum zu glauben. Still, heimlich und leise machten sie sich davon: Möller, der Leiter der Arbeitsvorbereitung, und einige Vorgesetzten der Neubauschlosserei.

Es sollte ein beispielloser Raub werden. Hunderttausende Mark sollten die Beute sein.

Der Plan war einfach: Man kürzt hinterrücks die Vorgabezeiten um bis zu 25 Prozent. Die doofen Arbeiter werden es schon nicht merken.

Nur, trotz aller Arbeit im Dunkeln unterlief den Verbrechern ein folgenschwerer Fehler.

Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Natürlich merkten die Opfer des Raubes diesen Raubzug rechtzeitig und schlugen Alarm.

Möller wurde vorgeladen. Er war geständig und der Coup wurde abgeblasen. Er versprach, es nicht heimlich wieder zu tun, denn **heimlich** die Vorgabezeiten zu kürzen, ist verboten.

Erlaubt ist, **gemeinsam** mit dem Betriebsrat die Zeiten zu kürzen. Dann ist das auch kein Raub mehr, sondern völlig legal, vor allem, wenn man, wie besagter Möller, so ehrenwerte Motive hat und das Ganze zur Sicherung der Arbeitsplätze macht.

Solche ehrenwerte Motive für diesen versuchten Lohnraub sollen auch bei einigen Betriebsräten nicht auf taube Ohren fallen, heißt es.

Offensichtlich muß ein wenig Druck gemacht werden, sonst machen sich noch verantwortliche Betriebsräte des Raubes mitschuldig!

Trotz brutalem Maßregelungsterror

Schornsteinfeger streiken

BREMEN. — Die Schornsteinfegergesellen in Bremen stehen im unbefristeten Schwerpunktstreik. Es geht um die Durchsetzung der berechtigten Forderungen nach mehr Urlaub und Erhöhung von Urlaubs-, Weihnachts- und Kleidergeld, die der Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen aufgestellt hat.

Bereits seit Monaten schwelt der Konflikt um einen neuen Manteltarifvertrag für die Schornsteinfegergesellen. Die Kollegen fordern vor allem eine Erhöhung des Jahresurlaubs von 23 auf 28 Tage. Zu Recht heißt es auf einem Transparent der Streikenden: **„23 Tage Urlaub sind ein Hohn — andere haben 30 schon!"**

Die Unternehmer jedoch haben lediglich eine Erhöhung auf 25 Tage angeboten. Sie gingen sogar soweit, einen neutralen Schlichter abzulehnen. In Bremen traten daraufhin die Schornsteinfegergesellen in der vorletzten Woche von Montag bis Freitag in einen befristeten Schwerpunktstreik.

Die Unternehmer reagierten mit Brutalität: Sie kündigten sämtlichen 74 streikenden Kollegen fristlos. Und zwar mit der Begründung: „Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit". Damit sprechen sie den Gesellen schlichtweg jedes Streikrecht ab. Eine Ungeheuerlichkeit!

Die Kollegen reagierten auf diesen Maßregelungsterror genau richtig: Bei einer Urabstimmung sprachen sich von den 74 organisierten Schornsteinfegergesellen Bremens 71 für den unbefristeten Streik aus. Jetzt geht der Schwerpunktstreik in Bremen also unbefristet weiter.

Am Montag letzter Woche (5. April) führten die Kollegen außerdem gegen die Maßregelungen einen Protestmarsch durch die Bremer Innenstadt durch. Daran beteiligten sich auch 60 Kollegen aus Hamburg und Niedersachsen, so daß die Demonstration ca. 130 Teilnehmer hatte.



In Bremen zogen 130 Schornsteinfegergesellen in einem Protestmarsch durch die Innenstadt. Für die Forderungen nach mehr Urlaub und anderen Verbesserungen des Manteltarifvertrages sind die Bremer Schornsteinfeger in den Schwerpunktstreik getreten. Die Unternehmer reagierten mit brutalen Maßregelungen.

Protest gegen Arbeitsplatzvernichtung bei der Wacker-Chemie



Den Verkehr blockiert

haben am Montagmorgen (5. April) Arbeiter der Wacker-Chemie in Köln vor den Werkstoren an der Emdener Straße. Etwa 30 Kollegen der Nachtschicht beteiligten sich an dieser Protestaktion, die sich gegen die geplante Stillegung von Werksteilen der Wacker-Chemie richtete. Rund 260 Arbeitsplätze stehen auf der Abschußliste der Wacker-Bosse. Betroffen ist der Bereich der Produktion von äthylenabhängigen Lösungsmitteln und Massenkunststoffen. Die Arbeiter hatten Transparente über die Fahrban gespannt, mit denen sie auf die drohende Arbeitsplatzvernichtung aufmerksam machten. Auch Flugblätter verteilten die Kollegen. Die Aktion dauerte etwa eine halbe Stunde. Erreicht wurde der Berufsverkehr in d.. Emdener Straße. Man kann davon ausgehen, daß die Aktion in so manchem Betrieb unter den Arbeitern zum Gesprächsthema wurde. Die protestierenden Kollegen ließen sich auch dadurch nicht von ihrer Aktion abhalten, daß die Wacker-Bosse sie vom Werksschutz fotografieren ließen.

DIE REICHEN SOLLEN DIE KRISE BEZAHLEN!

Das ist die Forderung, die die Kommunistische Partei Deutschlands erhebt. Das ist der Weg, den die Kommunisten vorschlagen, um ein Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen zu verhindern. Denn eines von beiden: Entweder die Arbeiter und Angestellten müssen immer neue Reallohnsenkungen und soziale Demontageprojekte über sich ergehen lassen, oder diejenigen, die seit Jahrzehnten von dieser Ordnung maßlos profitieren, werden gezwungen, die Folgen der Krise dieses Systems, das ihr ureigenstes System ist, zu tragen.

Das Zentralkomitee der KPD hat in seiner wirtschaftspolitischen Erklärung, die im letzten Jahr verabschiedet wurde, die entsprechenden Forderungen zusammengefaßt, die einen Ausweg aus der immer ernsteren Lage bieten, indem die Reichen zur Kasse gebeten werden.

Für viele Arbeitgeber stellt sich nun die Frage, wer denn diese Reichen eigentlich sind, ob das denn überhaupt geht, daß sie den Ausweg aus der Krise bezahlen. Von „die können doch auch nur ein Schnitzel essen" bis zu „die schaffen doch auch Arbeitsplätze mit ihrem Geld" sind hier Argumente der Unternehmerpropaganda in die Vorstellungen vieler Kollegen eingedrungen. Man sieht sie ja nicht mehr, die Leute, die Reichtum und Macht in ihren Händen haben. Früher stand man einem Unternehmer gegenüber, den man als Gegner in Lohnfragen und im Kampf um Arbeitsbedingungen usw. kannte. Heute, bei der Existenz der großen Aktiengesellschaften, der verschachtelten Konzerne und der Großbanken, ist dieser Gegner weit weniger sichtbar. Und man weiß auch kaum noch, wie sie leben. Für viele Arbeiter ist ein Reicher der Zahnarzt oder Rechtsanwalt — die natürlich, verglichen mit dem Lohn eines Arbeiters, reich sind. Davon kennt man welche und damit identifiziert man unwillkürlich den Begriff „Reicher". Aber verglichen mit den wirklich Reichen und Mächtigen dieses Landes, sind solche Leute bestenfalls wohlhabend, von Macht keine Spur.

Und die Reichen in der Bundesrepublik machen auch kein großes Aufheben. Sie bleiben lieber im Hintergrund, wohl wissend, daß die allgemeine Kenntnis über ihren Reichtum Unruhe hervorrufen würde.

Dies zu ändern, will der „Rote Morgen" mit dieser Serie über die „Reichen in der Bundesrepublik" einen Beitrag leisten. Wir beginnen mit einem allgemeinen Überblick.

Die Reichen in der Bundesrepublik:

»Unser das Geld - unser die Macht«

Wer ist der Reichste im ganzen Land? Diese Frage haben immer wieder Publizisten, Wissenschaftler und Gewerkschafter zu beantworten versucht — meist jedoch vergebens. Zu groß die Geheimhaltung, zu stark die Abschirmung der wahrhaft Reichen in diesem Land. Vor etwa 10 bis 12 Jahren, als die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung noch neu war, als noch zur großen Reform geblasen wurde, die niemals kam, da entstand über diese Frage ein regelrechter Streit. Angeregt von der — politisch entstandenen — Forderung jener Jahre „enteignet Springer" stellten damals einige Autoren (ohne die Berechtigung dieser Forderung zu bezweifeln) die Frage: "Warum eigentlich nicht: enteignet Flick?" Aber man hätte auch fragen können nach von Finck, von Siemens, von Thyssen, von Bismarck, von Thurn und Taxis, den Quandts, Haniels, Horten, Wehrhahn oder Oppenheimer.

All diesen Familien und Sippen ist eines gemeinsam: Sie haben ungeheuer viel Geld und sie wirken ganz entscheidend am Zustandekommen der bundesdeutschen Politik mit. Alle haben Hunderte von Millionen Mark Geldvermögen, haben Grundbesitz in großem Stil und Aktien, verfügen über riesige Aktienpaketen, kommandieren ganze Finanzreiche und haben beste Beziehungen zu den Spitzenpolitikern der Bonner Parteien, deren Karriere sie oft selbst organisiert haben. Milliardenschwer und einflußreich, das ist ihr gemeinsamer Nenner. Das ist der intimste Kreis der Superreichen unter den westdeutschen Großkapitalisten.

Ein Mann an der Haltestelle

Josef Wilhelm Wehrhahn — der Sohn seines Vaters Wilhelm — aus Neuß ist einer dieser Namen, die kaum jemand kennt und die doch die Geschichte der Bundesrepublik geprägt haben wie sonst nur wenige. Sein Schwiegervater war immerhin Bundeskanzler, denn er heiratete im Jahre 1950 das Fräulein Adenauer. Sein Vetter war Erzbischof von Köln. In diesem Rahmen lebte der Mann, wahrscheinlich glücklich und zufrieden. Und er fuhr jeden Tag mit der Straßenbahn zur Arbeit ins Büro. Der „Kaiser vom Rhein", wie ihn kritische Journalisten nannten, verfügte über Montanunternehmen (Rheinische Braunkohle) ebenso wie über Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk — RWE), über Baufirmen und Maschinenbauunternehmen, über Nahrungsmittelbetriebe und auch über Straßenbahnlinien, die er selbst benutzte. Aber: außer, daß er Straßenbahn fuhr, war über diesen Mann in der bundesdeutschen Presse nahezu nichts zu lesen.

Die Geschichte vom „Mann an der Haltestelle", die wir hier, ganz stark gerafft, nacherzählt haben, die könnte man durch zahlreiche andere Geschichten über andere Superreiche ergänzen. In der Regenbogenpresse bestenfalls steht etwas über sie und ihr Leben, sonst nirgends. Was dann in diesen farbigen Blätten steht ist klar: wie nett sie sind, wie normal, wie wenig superreich.

Manches aber schimmert selbst da durch. Ein Schloß, eine Jacht, ein Mercedes-Park, ein paar Flugzeuge, ein bißchen Wald, ein paar Millionen für den Schmuck der Gattin, eine Hochzeitsfeier für eine halbe Million Mark, eine Hazienda in Lateinamerika — das gehört so zur Standardausrüstung dieser Menschen. Sie können schon mehr als „auch nur ein Schnitzel essen", sogar wesentlich mehr. Sie können sich schnell eine Insel kaufen wie Herr Horten seiner Frau, oder an einem Nachmittag für sieben Millionen Mark Aktien wie einst Friedrich Flick. Sie können, wie Herrman Josef Abs, ablehnen, Minister in Bonn zu werden, weil „ich doch keinen sozialen Abstieg will" oder gleich in über ein halbes Dutzend Landsitze mit stets bereitem Personal besetzen.

Weil sie ja mal vorbeikommen könnten, wie die von Thurn und Taxis. Sie können in einer Stadt die größten Betriebe der Industrie und des Handels, der öffentlichen Dienstleistungen besitzen und so garantieren, daß in dieser westdeutschen Großstadt nichts passiert, was sie nicht wollen, wie Rudolf Oetker in Bielefeld. Oder sie können dafür sorgen, daß die großen Parteien jahrzehntelang keinen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters aufstellen, weil ihrer ja schon da ist: Arnulf Klett, der Kandidat der Familie Bosch in Stuttgart. Und sie können ihre „mißratenen" Kinder mit Millionen Mark Taschengeld ausstatten und sie ein sorgenfreies Leben führen lassen, ohne jegliche Bürde der „Unternehmerverantwortung" wie die Juniors der Häuser Krupp und Sachs.

Der eine hält gerne große Gesellschaften wie die Henkels, der andere mag das gar nicht wie die von Siemens. Der eine schickt seinen Generaldirektor in den Bundestag, wie einst Krupp Herrn Stoltenberg, der andere, vor allem der alte bayerische Adel, zieht lieber selbst ein, als Mitglied der CSU. Der dritte, wie der Milliardär Rodenstock, macht lieber Druck im Unternehmerverband. Sie haben aber fast alle studiert: Jura die allermeisten. Und sie waren Mitglieder von christlich orientierten, schlagenden Verbindungen.

Schöne andere Welt

Diese kleine Schicht von Menschen ist es, die heute die wahrhaft Reichen und Mächtigen im Lande sind. Unter den Hunderttausend Millionären, die es in der Bundesrepublik gibt, sind sie die hundert Familien. „Die Macht der Hundert" hieß deswegen ein in den sechziger Jahren viel beachtetes Buch. Ob es nun ein paar mehr oder weniger sind, darüber braucht man sich nicht zu streiten. Allzuviel allerdings verändert sich nicht. Die Allergrößten, das sind die Clans, die schon vor 80 Jahren, zur „guten alten Zeit", die Größten waren. Neureiche kamen nach dem Kriege — aber sie gingen auch wieder, die alten Herren blieben.

Sie leben in einer anderen Welt. Nicht nur Überfluß und Luxus herrschen dort, sondern vor allem die Religion des Geldes. Man hängt es nicht heraus, man hat es. Man hat privat einiges, aber das meiste ist natürlich investiert — bombensicher investiert sozusagen. Bei den drei Großbanken — selbstverständlich nicht bekannt — bei der Allianz und den einst gänzlich eigenen Unternehmen. Und noch einiges beträchtliches im Ausland, für alle Fälle sozusagen.

Diese Menschen, denen die Arbeiter nur als Dienstboten, Passanten auf der Straße oder als Lohnkostenfaktor ihrer Konzerne in hunderttausendfacher Zahl begegnen, für sie ist es nur natürlich, daß sie das Geschick der Arbeiter und ihrer Familien nicht in ihre Pläne einbeziehen. Sie sind für sie nur lästig. Friedrich Flick, gefragt was er denn dazu meine, daß er mehr verdient als 40 000 seiner Arbeiter, meinte nur: „Gar nichts". Das alles ist für diese Leute selbstverständlich. Dabei können sie durchaus tolerant sein, denn das meiste, was im Alltag passiert, berührt sie sowieso nicht.

Anders als die kleineren Kapitalisten, die vielleicht einige Millionen schwer sind, aber nocht selbst in ihren Betrieben anwesend sind, reagieren sie nicht schimpfend auf die Arbeiter — sie lassen reagieren. Wenn wir in dieser kleinen Reihe von Artikeln im wesentlichen auf die Allerreichsten eingehen, soll dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die große Zahl der vielfachen Millionäre, jener Tausenden, die in Saus und Braus leben, daß sie alle zu jenen gehören, die von diesem Gesellschaftssystem profitieren, reich dabei geworden sind, andere für sich arbeiten zu lassen.

Sie alle haben Geld noch und noch — sollen sie die Krise ihres Systems bezahlen und nicht diejenigen, mit deren Arbeit und oft genug auch mit deren Blut dies alles geschaffen wurde! Die Reichen sollen die Krise bezahlen!



Hermann Josef Abs — zusammen mit Wilhelm Wehrhahn einer der beiden Väter der Republik. Ihr Partner Pferdmenges war des ersten Kanzler Adenauer wichtigster Freund und Berater.



Nicht umsonst verkörpert die CSU von Franz Josef Strauß die Rechte in Bonn: bayerischer Adel und Finanzkönige bilden die Führung der Partei.

Forderungen der KPD

Unsere Partei schlägt allen Kolleginnen und Kollegen folgende Forderungen zum gemeinsamen Kampf gegen das Krisenprogramm der Unternehmer vor:

I. Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

• Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent! • Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken! • Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120 000 DM Jahreseinkommen! • Anhebung der Einkommens- und Körperschaftssteuer ab 80 000 DM Einzeljahreseinkommen! • Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener! • Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!

II. Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

• 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! • Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen! Für Schicht- und Schwerstarbeiter/innen 5 Jahre früher! • 6 Wochen Mindesturlaub! • Reform der Arbeitszeitordnung • Investitionen, die die Zahl und Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze verändern, müssen der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen! • Vetorecht des Betriebsrats bei Entlassungen! • Statt einfacher Anmeldungspflicht Genehmigungspflicht für Massenentlassungen! • Alle staatlichen Subventionen an Unternehmen müssen rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sein! Die Kontrolle erfolgt durch die Betriebsräte! • Die KPD fordert weiterhin, daß der Staat den Rahmen seiner tatsächlichen Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen, voll ausschöpft!

III. Für die Rechte der Arbeitslosen!

• Arbeitslosengeld für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit! • Ausweitung der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen! • Schaffung von Berufsausbildungsplätzen für arbeitslose Jugendliche durch den Staat! • Anerkennung des Rechts eines jeden Arbeitslosen auf Erhalt der durch Ausbildung und/oder Berufserfahrung erworbenen Qualifikationen! • Weg mit den Sperrfristen! • Schluß mit der Verschärfung der Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen! • Schluß mit dem Unternehmereinfluß in den Arbeitsämtern! Keine Berücksichtigung der Arbeitgeberverbände bei der Besetzung der Selbstverwaltungsorgane mehr!

„Ein sehr dynamisches Amt"

WIESBADEN. — Aus allen Ecken der Republik werden kriminelle Maßnahmen der Polizeibehörden bei der Datenspeicherung, bei Bespitzelungsaktionen usw. gemeldet. Im Zentrum dieser Machenschaften steht das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Die Verantwortlichen Politiker dieses Landes aber sind hocherfreut über die Arbeit ihrer Computerzentrale und der Polizei überhaupt. Das unterstrich Bundeskanzler Schmidt bei einem Besuch im BKA am 23. März 1982.

„Insgesamt hat sich heute mein Eindruck bestätigt, daß es sich um ein... sehr dynamisches Amt handelt", belobigte Schmidt BKA-Chef Boge und seine Mitarbeiter. Schmidt hob hervor, daß der wesentliche Ausbau des Amtes, „der richtige Aufschwung", erst im Laufe des letzten Jahrzehnts erfolgt sei, also während der Regierungszeit der SPD.

Das stimmt allerdings; nur wirft es ein sehr bezeichnendes Bild auf diesen „Sozialdemokraten", auf den rasenten Ausbau einer Überwachungszentrale stolz zu sein, deren langjähriger Chef Herold sich das Ziel gesetzt hatte, die Vision vom „gläsernen Menschen" zur Wirklichkeit zu werden zu lassen. Herold schrieb der Polizei eine „gesellschaftssanitäre Aufgabe" zu und schuf einen Apparat, den ein früherer Datenschutzbeauftragter der Bundesregierung mit den Worten beschrieb: „Hätten wir morgen eine faschistischen Schwenk, so wären alle rechtlichen und technischen Grundlagen angelegt, um das Ganze in relativ kurzer Zeit als ein gigantisches, aber unsichtbares Kontrollnetz zu mißbrauchen."

Herold ist inzwischen abgetreten. Wie aber würdigt Schmidt die heutige Situation? Nun, seine Worte können kein großes Erstaunen hervorrufen: „Gleichzeitig haben Sie Kontinuität in der Arbeit des Amtes bewiesen. Ich möchte dabei nachträglich gegenüber Horst Herold, ebenso gegenüber dem gegenwärtigen Präsidenten Heinrich Boge, der seit etwa einem Jahr im Amt ist, meine Anerkennung aussprechen."

Er unterstrich seine Wertschätzung noch mit den Worten: „Ich halte ... die seit neun Jahren definierte Zentralstellung dieses Amtes für eine unverzichtbare Einrichtung", und er hob — interessant in einer Zeit, in der die Werktätigen immer wieder zu Sparsamkeit und Verzicht aufgerufen werden — hervor: „(...) die Bundesregierung



„Gewaltbereit" und „voller Kraft": belgische Stahlarbeiter am 16. März in Brüssel. Wessen „Demokratie" ist hier in Gefahr?

(...) hat den Ausbau des Amtes selbst in Zeiten sehr angespannter Haushaltslage zielstrebig erweitert." Zielstrebig, fürwahr. Im Jahr 1970 belief sich der Etat für das BKA — bei etwa 1000 Angestellten — auf 25 Millionen Mark. Heute werden uns für seinen Unterhalt, für die organisierte Vorbereitung einer neuen faschistischen Diktatur — bei 3200 Angestellten — **270 Millionen Mark** in einem Jahr aus der Tasche gezogen. Und Schmidt kündigte an: „... wir (müssen) das heute Erreichte auch in Zukunft weiterentwickeln und entfalten." Bemerkenswerte Aussichten!

Wenn Schmidt einmal redet, dann redet er. Und so gab er bei der Gelegenheit weitausholend seine Meinung über die Polizei zum Besten. Zum Beweis dafür, wie gut er sich in die armen geplagten Polizeibeamten, denen ihr Dienst von unverständigen Menschen so schwer gemacht wird, hineindenken kann, fand er unter anderem folgende Worte:

„Einige von ihnen fühlen sich beschwert dadurch, daß die Polizei im Fernsehen immer nur von der falschen Seite abgebildet wird. Ich kann das gut nachempfinden. Was glauben Sie, wie oft ich mich im Fernsehen falsch abgebildet fühle?"

Wenn man diese Worte für sich nimmt, könnte man Schmidt direkt zustimmen. Aber er meint ja, die Polizei werde im Fernsehen fälschlicherweise und „immer nur" **negativ** dargestellt. Das allerdings bedeutet, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Die wesentlichen Verbrechen der Polizei erscheinen überhaupt nicht auf dem Bildschirm. Oder hat man, um nur ein Beispiel zu nennen, im Fernsehen sehen können, wie Polizisten in Frankfurt Startbahngegner zusammentrieben, viele der völlig wehrlosen Menschen bewußtlos prügelten und die restlichen Gassenlaufen ließ? Ist es nicht so, daß Fotografen und Filmer, wo immer sie solche Szenen festhalten wollen, angesichts der Behandlung durch die Polizei um Gesundheit und Leben fürchten müssen? Und wenn einmal geringe Eindrücke vom Polizeiterror auf den Bildschirm gelangen, wie vor Jahren nach einer Brokdorf-Demonstration, ist innerhalb der Sendeanstalten die Hölle los, wird die politische Zensur in Gang gesetzt... Nein, Herr Schmidt, das wirkliche Ausmaß der „Negativität", der Menschenfeindlichkeit unserer Polizei im Fernsehen darzustellen, dazu reicht die gesamte diesem Thema gewidmete Sendezeit nicht aus! Und wenn Sie die Berichterstattung über Ihre eigene Person gleichermaßen gewertet sehen wollen — bitte sehr...

Schmidt hob natürlich auf die Rolle der Polizei im Kampf gegen "Terroristen und Gewalttäter" hervor. Worum es ihm dabei eigentlich geht, darüber geben die folgenden Worte Aufschluß:

„Im Grunde steht eine große Mehrheit der Deutschen auf der Seite derjenigen, die Veränderungen auf friedlichem Wege zulassen wollen oder zum Teil auch erstreben. Es sind nur sehr kleine Minderheiten, die den Weg der Gewalt gehen wollen. Sie sind allerdings lautstark und voller Kraft.

Wenn wir zuließen, daß diese Gewaltbereitschaft um sich griffe, wenn demnächst auch Arbeitnehmer, die arbeitslos geworden sind, zu Steinen greifen würden: Unsere Demokratie wäre bald am Ende.

Deswegen muß auf solche Herausforderungen mit Festigkeit reagiert werden."

Davor hat er also eigentlich Angst, der Herr Schmidt. Vor der „Gewaltbereitschaft" der Arbeiter. Wenn die erstmal mit Steinen schmeißen... Und wo mögllich bleibt's nicht bei Steinen...

Nun erreichten uns gerade in den letzten Tagen Bilder steineschmeißender Arbeiter. Allerdings nicht aus der Bundesrepublik, sondern aus Belgien. Die Steine flogen aus den Händen von Stahlarbeitern, die sie ergriffen, noch bevor sie arbeitslos werden, die eben dagegen kämpfen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. In diesem Kampf steht ihnen die Polizei ihres Staates gegenüber; genau wie bei uns. Wie man sieht, ist Schmidts Furcht vor der „Gewaltbereitschaft" gar nicht so weit hergeholt. Und er weiß natürlich, daß es auch bei uns auf die Dauer nicht so „friedlich" bleiben wird. Im Augenblick jedoch ist es gerade der sozialdemokratische, der reformistische Einfluß, der sie manche bittere Pille schlucken läßt. Aber wer weiß... Wie sagte doch Schmidts Parteikollege Farthmann, Arbeitsminister in NRW, vor kurzem: „Der Arbeiter von Hoesch sagt sich: ‚Mein Bundeskanzler ist Sozialdemokrat, mein Ministerpräsident ist Sozialdemokrat, mein Oberbürgermeister ist Sozialdemokrat, und bei Hoesch ist sogar der Vorstandsvorsitzende Sozialdemokrat, der Betriebsratsvorsitzende ist Sozialdemokrat, und trotzdem fallen bei uns die Arbeitsplätze weg. Wie ist das möglich?' Das ist ihm nicht klarzumachen. Ich kann es nicht mehr." — Haben Sie Angst, Herr Schmidt? Wir tun gern alles, um zur Rechtfertigung dieses Zustands beizutragen...

Was Schmidt sagt, verdient ernst genommen zu werden. Schließlich haben die Worte eines Bundeskanzlers politisches Gewicht. So sollte man auch Bemerkungen wie diese mit dem gebotenen Ernst zur Kenntnis nehmen:

„(...) Ich teile die Meinung vieler Polizeibeamter: Irgendwann muß auch einmal Schluß mit den Rechtsmitteln und Rechtswegen sein. Wir haben das in der Bundesrepublik vielleicht etwas übertrieben. Hier muß langsam aber deutlich abgegrenzt werden."

Schmidt schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich will hier gerne versichern — und das kommt mir von Herzen —, daß ich vor der Aufgabe, die von Ihnen zu erfüllen ist, und vor der Art und Weise, wie sie diese Aufgabe erfüllen, Respekt habe. (...)

Staat und Gesellschaft sind darauf angewiesen. Sie können auf die Hingabe, auf innere Überzeugung und Engagement ihrer Polizeibeamten nicht verzichten."

So ist es. Dieser Staat kann auf die organisierte Bespitzelung seiner Bürger und auf Polizeiterror nicht verzichten. Schon gar nicht mehr, wenn die Arbeiter „gewaltbereit" werden. Wir wissen also, was uns erwartet, wenn wir stärker, besser und massenhafter als bisher für unsere Lebensinteressen kämpfen. Wir haben uns darauf einzustellen.

„Sicherheit vor Datenschutz"

KARLSRUHE/STUTTGART. — „Sicherheit vor Datenschutz!" Unter dieser offiziellen Parole kanzelte vor etwa zwei Wochen Generalbundesanwalt Rebmann die zaghaften Versuche verschiedener Datenschutzbeauftragter ab, sich gegen die unerträglichen Behinderungen bei der Ausübung ihres Amtes zu wehren. „Die Datenerfassung der Nachrichtendienste und des BKA ist praktisch nicht zu beanstanden", sagte er sinngemäß. Ja, wenn das so ist — dann könnte man die Datenschutzbeauftragten doch ganz abschaffen!

Ganz in Rebmanns Sinne wird es sein, was sich derzeit die CDU in Baden-Württemberg leistet: Sie will die Kompetenzen der Datenschutzbeauftragten Ruth Leuze, die in letzter Zeit erhebliche Mißbräuche beim Namen genannt hatte, drastisch einschränken. Der Zugriff auf Akten und Karteien unter anderem der Polizei soll ihr ganz verwehrt werden, Polizeidateien sollen künftig von der gesetzlichen Anmeldung bei der Datenschutzbeauftragten befreit werden. Auch Personalakten sollen keiner Kontrolle mehr unterliegen.

Gänzlich dem Mißbrauch preisgegeben werden persönliche Daten, wenn der Vorschlag Gesetz wird, daß im Rahmen des Datenaustausches zwischen verschiedenen Behörden die anfragende Stelle die Erforderlichkeit der Datenübertragung zu prüfen hat, nicht mehr die Stelle, die die Daten speichert und dementsprechend vor mißbräuchlichem Zugriff zu schützen hätte. (Sofern nicht die Speicherung schon ein Mißbrauch ist!) Dann gibt es praktisch keinen Schutz mehr, denn wenn irgendeine Stelle anfragt, dann doch nur, wenn sie meint, die Daten auch zu benötigen.

Bei den politischen Gegebenheiten in Baden-Württemberg ist zu befürchten, daß der Gesetzentwurf auch durchkommt. Das darf nicht unwidersprochen hingenommen werden!

„Spudok" muß weg

GÖTTINGEN. — Vor einigen Tagen wurde in einer Broschüre mit dem Titel „Lauschangriff" die unerhörte Datensammlungspraxis des Göttinger Polizei aufgedeckt. Eine Spezialeinheit, das „Aufklärungs- und Festnahmekommando" (Aufkdo), die ihre Aktionen weitgehend nach eigenem Ermessen durchführt, sammelt Daten über die linke und alternative „Szene". Trotz gegenteiliger Angaben geht die Schnüffelei munter weiter.

Aus dem Abhören des internen Funkverkehrs dieser Truppe ergab sich, daß das Aufkdo Namen und Autokennzeichen von Zeugen in Hausbesetzerprozessen, Rechtsanwälten, Stadtratskandidaten der Alternativ-Grünen Initiativen-Liste (AGIL), von Besuchern politischer Veranstaltungen und linken Kneipen und anderen sammelt. Sie werden gespeichert in einem eigenen Computersystem, „Spudok" (von „Spurendokumentation") genannt. Spudok-Daten lassen sich auch für die geplante bundesweite „Störer-Datei" verwenden; Spudok ist wohl auch dazu gedacht, so etwas schon vorzubereiten, bevor offiziell darüber entschieden ist.

Gegenüber der „taz" erklärte der zuständige Leitende Kriminaldirektor Spenst in Braunschweig, das Computersystem habe nur zur Aufklärung von 188 Ermittlungsverfahren dienen sollen, dazu sei es im Sommer 1981 eingerichtet und vor kurzem, nach Abschluß der ersten Strafverfahren, schon wieder geschlossen worden.

Dem widersprach der Göttinger Polizeichef Mogwitz. Spudok wird seinen Angaben zufolge weiterhin eingesetzt, weil die Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen seien und immer wieder neue Verfahren „im Zusammenhang mit Straftaten aus der militanten Hausbesetzerszene" angestrengt würden. Das niedersächsische Innenministerium bezeichnete Spudok gar als „eine durchaus übliche Praxis Niedersachsens". Der Göttinger Datenschutzbeauftragte Tebarth erklärte unter anderem: „Wenn es zutrifft, daß am Wochenende ein Gebäude der Göttinger Polizei mit einem Molotow-Cocktail beworfen wurde, dann könnte das ein Tatbestand sein, der zur Weiterführung der Datei berechtigt."

Das Spudok-System in Göttingen und alle ähnlichen Systeme in ganz Niedersachsen müssen aufgelöst werden, die gespeicherten Daten vernichtet werden!

Freiburger Öko-Institut beweist:

CS ist ein tödlicher Kampfstoff

FREIBURG. — Das Freiburger Öko-Institut hat in einer Studie mit dem Titel „Reiz-Kampfstoff CS — Eigenschaften, Wirkungen, Einsatzbedingungen" die schweren gesundheitlichen Schädigungen, die der Einsatz von CS hervorruft und die zum Tode führen können, nachgewiesen.

Auf einer Pressekonferenz legte der Diplomchemiker Rainer Grießhammer die Ergebnisse der Untersuchung seines Instituts dar. Dabei führte er unter anderem aus:

Mit CS-Gas besprühte Personen bekommen einen Lidkrampf und könne nichts mehr sehen. Sie geraten in Panik und bekommen Atemschwierigkeiten bis zu einem Atemstillstand von zehn Sekunden Dauer. Als Reaktion auf den Kampfstoff werden darüberhinaus Bindehautentzündungen, Hautbrennen, Erbrechen, Blutdruckanstieg, Durchfall, Allergien, Asthmaanfälle und chronische Bronchitis festgestellt.

CS gehört zu den „alkylierenden" Verbindungen, die allen bisherigen Erkenntnissen zufolge Krebs erzeugen. Bei Überdosierungen und beim Einatmen größerer Mengen kann es zu schweren Lugenschäden und Kreislaufstörungen mit tödlichem Ausgang kommen.

Da von CS-Gas getroffene Personen zum allergrößten Teil fluchtunfähig sind, tritt ein solches Einatmen großer Mengen bei jedem Einsatz bei vielen Menschen auf.

Besonders gefährdet sind Personen mit Bluthochdruck, Heufieber, Allergiker sowie ältere Menschen und Schwangere.

Grießhammer unterstrich, daß Polizisten wegen der komplizierten Verteilungsarten von CS auf keine Fall in der Lage sind, auch nur die geforderten Einsatzbedingungen für den Kampfstoff einzuhalten. Selbst Wissenschaftler in den Laboratorien haben Schwierigkeiten gehabt, eine bestimmte CS-Konzentration aufrechtzuerhalten.

Scharfe Angriffe richtete Grießhammer gegen das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Fraunhofer-Institut. Diese Einrichtung hatte 1979 in einem Gutachten, das von der Polizei-Führungsakademie in Münster in Auftrag gegeben worden war, dem CS-Reizstoff weitgehende „Ungefährlichkeit" bescheinigt. Dieses Gutachten betrachten die Innenminister der Bundesländer als Entscheidungsgrundlage über die Einführung des Kampfstoffes für ihre Polizei. Bayern und Baden-Württemberg haben es schon, andere CDU-Länder drängen nach, und auch in den Ländern, die es noch nicht einführen wollen, wird die bereits vor dem neuen Gutachten aus Freiburg mehrfach wissenschaftlich bewiesene tödliche Gefährlichkeit des CS, das eigentlich sowieso nach geltendem Völkerrecht geächtet ist, nicht anerkannt.

Die Freiburger Wissenschaftler werfen dem Fraunhofer-Institut eine „skandalöse Grenzwertermittlung" vor. Anstatt den in der Wissenschaft üblichen Sicherheitsfaktor einzuführen, schrieb es dem Menschen ohne jeden Beweis (und unter bewußter Negierung des Gegenbeweises im konkreten Fall, muß man hinzufügen) eine höhere Widerstandskraft gegen CS als den Versuchstieren zu. Außerdem behauptet das Institut völlig verantwortungslos, diejenigen, gegen die das Gas eingesetzt werde, könnten die CS-Aufnahme ja durch Flucht „selbst begrenzen". Das ist eben gar nicht möglich, selbst wenn der Wille zur Flucht vorhanden ist.

Das Gutachten aus Freiburg ist ein weiteres Argument für die Gegner der Aufrüstung der Polizei durch das Kriegsgas CS. Der Widerstand muß weitergehen.

15 Jahre ROTER MORGEN

Wir laden ein zum Pressefest:

11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. **Preis — Ein Diaprojektor**
2. **Preis — Ein Epidiaskop**
3. **Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)**

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.

Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:

1. **Preis — Eine Spiegelreflexkamera**
2. **Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro**
3. **Preis — Ein Buchpreis**

Schöne Ostern gehabt?



Diese Karikatur entnahmen wir dem Kalender „Karicartoon '82", erschienen bei Elefanten-Press

Auf Wohnungssuche in Hamburg

Arbeiterkorrespondenz

Liebe Genossen Redaktionsmenschen,
vielen Dank für euere Arbeit, die ihr leistet, um den „Roten Morgen" zu schreiben. Heute will ich euch mal etwas zuschicken, was ihr vielleicht verwerten könnt.

Bis Ende '81 wohnte ich mit meiner Frau in einer geräumigen, zwar lauten, aber im Prinzip billigen Wohnung.

Eines schönen Tages flatterte so mir nichts, dir nichts die Kündigung ins Haus. Wat nu? Einen Monat Zeit!

Als erstes ging ich zum Amt und besorgte mir einen P 5. Das ist übrigens unbedingt jedem zu empfehlen, der gekündigt ist. („P 5" ist eine „Bescheinigung über die Wohnberechtigung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau nach § 5 des Wohnungsbindungsgesetzes" — Red.) Daraufhin wurde mir eine 3-Zimmer-Wohnung plus Nebenräume zugestanden. Ich muß dazu sagen: ich gelte bei der Behörde als jung verheiratet. Ferner bekam ich von der Behörde eine Liste mit Genossenschaften auf den Weg. So ausgestattet kann ja nichts schiefgehen!

An einem Wochentag rief ich vormittags bei den Genossenschaften an.

Aber wie sollte es auch anders sein; jeder wollte meine Frau und mich in seine Genossenschaft aufnehmen: Bedaure, Aufnahmestopp; wir nehmen noch auf, aber vier Jahre Wartezeit; ja, wenn Sie sofort 10 000 Mark Genossenschaftsanteile übernehmen...

Mir war immer noch übel über soviel Anteil an meinem Schicksal, als ich mir sagte: So kommst du nicht weiter. (Ich duze mich nämlich!) Also schloß ich mich mit meiner Frau einem Ring für Wohnungssuchende an.

Zuerst einmal bezahlte man 85 Mark Bearbeitungsgebühr, plus 14 Mark für Porto; für die Wohnungsadressen 99 Mark. Nun bekommt man einmal wöchentlich einen Zettel mit Wohnungen zugesandt. Dasselbe Lotteriespiel wie auf dem Zeitungsmarkt: „Hasch mich, Knete, hier bin ich!" — Also wieder ein Volltreffer — ins Leere!

Trotzdem möchte ich die Ringe der Wohnungssuchenden empfehlen, da sie wesentlich billiger sind als Makler. Aber ich war enttäuscht, daß es wieder nichts war.

Zur selben Zeit guckten meine Frau und ich in die Zeitung, ins HA, „Hamburger Abendblatt". Hier habe ich auch einiges erlebt:

Meine Frau und ich hatten im HA eine Wohnung gefunden. Nach der Arbeit schnell hin. Auto parken. Kein Parkplatz vor der Tür. Macht nichts, nächste Querstraße rein. Eine kleine Lücke frei. Schwieriges Einparken. Fünf bis zehn Minuten später in der Wohnung jubiliert das Herz! Die Wohnung ist **frei!** (Noch.) Von den 50 anderen Leuten in der Wohnung natürlich abgesehen. In der Wohnung muß alles gemacht werden. Und der Preis — 500 Mäuse für ein Loch mit Balkon, Altbau versteht sich, Abstand 2 000 Mark. Sozial, die Miete — für die Brieftasche des Unternehmers (Vermieters)! Also Tee trinken und nicht abwarten, nein, weitersuchen.

Von ein paar Parteigenossen bekam ich den Tip: Geh' zur Neuen Heimat Nord. — Also nischt wie hin. „Tach auch, Onkel Vietor, haste nich 'ne Wohnung für mich?" — „Klar doch!" Von seinen Laufburschen bekam ich auch nach den üblichen Formalitäten eine 3-Zimmer-Wohnung plus Nebenräume in...na, ihr wißt vielleicht schon: Mümmelmannsberg. Mit original Tele-Therm-Anschluß (-Ärger). Ist doch bombig, was — mitten in den Wogen des Klassenkampfes zu stehen?

Bin auch gleich zur Mieterinitiative gegangen und habe die erste Rate an die Tele-Therm-Gangster „unter Vorbehalt" überwiesen.

Ich will euch das mal kurz skizzieren: Mü-Berg: ca. 2 000 Einwohner total, weder Verwaltung noch U-Bahn, alles ab Billstedt, ein popeliges EKZ mit Lebensmittelgeschäften, vier SB-Märkten; ein kleines Restaurant und Cafe, zwei Dröhnkneipen, ein kneipenartiger Imbiß; kaum ausreichende Kinderspielplätze vor der Haustür, dafür aber jede Menge Parkplätze; mehr Tiefgaragen wären zwar teurer, würden aber das Problem lösen. Also spielen die Kinder in den Pflanzungen, die dabei kaputt gehen und somit ständig erneuert werden müssen.

Um gegen alle diese Sachen gegenanzugehen, gibt es hier eine Mieterinitiative, die zwar zur Zeit in DKP-Hand zu sein scheint, aber das müßte doch zu ändernsein, oder? — Die anderen Sachen muß man mal abchecken.

Tschüß
Euer Axel

Kongreß gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Initiiert von den „FALKEN NRW" und der Gruppe „REVIER" fand am Wochenende 3./4. April in Oer-Erkenschwick ein „Kongreß gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung" statt. Anwesend waren neben den Initiatoren Vertreter verschiedener Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik, darunter der Gruppe „Aufschrei" Hamburg, des „Münchener Appells", des „Rotstifttribunals" Dortmund, der „Gelsenkirchener BI gegen Arbeitsplatzvernichtung", der „Arbeitslosentreffs" der ev. Kirche, der Initiative „Arbeitersiedlungen".

Nach der Vorstellung der Initiativen wurde in den drei Arbeitsgruppen „Betrieb, Gewerkschaft, Arbeitslosigkeit', „Sozialpolitik" und „Jugend" über den Kampf gegen den Sozialabbau in den verschiedenen Bereichen diskutiert. Einhellig waren die Teilnehmer (zum großen Teil Vertrauensleute und Betriebsräte) der Meinung, daß die Frage des Sozialabbaus und der Arbeitsplatzvernichtung zu einer immer zentraleren Frage in den Kämpfen der Arbeiter und anderer Schichten wird und der Widerstand gegen die „Operation 83" rechtzeitig vorbereitet werden muß. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß der Plan der Gewerkschaftsführung, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche durch die Tarifrente zu ersetzen, durchkreuzt werden muß, indem bereits jetzt Druck von unten in den Gewerkschaften erzeugt wird. Deshalb wurde auch befürwortet, daß es — auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus — notwendig ist, die Kräfte des Widerstandes zu koordinieren.

Der Vorschlag, eine breite bundesweite Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung am 12. November in Gelsenkirchen zu organisieren, wurde allgemein begrüßt. Für den 12. Juni wurde eine erneute Vorbereitungskonferenz angesetzt. Organisatorischer Träger ist neben den „Falken NRW" die Gruppe „Revier", Siegstr. 14, 41 Duisburg, Tel.: (0203) 340083.

Auch wir sollten die Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstration nach Kräften unterstützen und uns dafür einsetzen, daß die Mobilisierung eine klare klassenkämpferische Orientierung erhält.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Arbeitslos

Arbeitslos — etwa zwei Millionen Werktätige sind nach den offiziellen Statistiken zur Erwerbslosigkeit verurteilt. In den bürgerlichen Medien tauchen sie nur als statistische Ziffern auf, immer dann, wenn Josef Stingl die neuesten Zahlen der Nürnberger Bundesanstalt bekanntgibt. Was Arbeitslosigkeit konkret bedeutet, wie sie das gesamte Alltagsleben der davon betroffenen Menschen verändert, das schildert anschaulich die folgende ausführliche Korrespondenz, die uns von einer Kollegin aus Hannover eingesandt wurde.



Stellungssuchende im Arbeitsamt

Ich lebe im Großraum Hannover, bin 51 Jahre alt, alleinstehend, gelernte Bürogehilfin. 27 Jahre lang war ich als kaufmännische Angestellte beschäftigt. Seit über zwei Jahren bin ich arbeitslos. Ein Jahr bekam ich Arbeitslosengeld, jetzt Arbeitslosenhilfe 207,— DM pro Woche, ca. 850 DM pro Monat, wenn man alle drei Monate noch eine Woche dazurechnet. Mit 850,— DM stehe ich noch „gut" da im Verhältnis zu vielen anderen Arbeitslosen. Doch was weiter? Wird mein Antrag auf Arbeitslosenhilfe, den ich jedes Jahr erneut stellen muß, jetzt wieder genehmigt? Was, wenn er abgelehnt wird? Reihe ich mich ein in das Heer der Sozialhilfeempfänger? Über zwei Jahre ohne Arbeit — was hat sich in dieser Zeit alles in meinem Leben verändert? Äußerlich? Und ich selbst? Ich bin, wie meine Nachbarin sagt, plötzlich anders, „politisch" geworden. Doch ich will hier einmal der Reihe nach, von Anfang an erzählen:

Die Entlassung

Meine Entlassung erfolgte im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen. Kündigungsschutz erhielt ich nach dem bei uns geltenden Angestellten-Kündigungsschutzgesetz aus dem Jahre 1926 (!): Bei einer Beschäftigungsdauer von mindestens acht Jahren vier Monate, ausgesprochen zum Schluß eines Kalendervierteljahres. War die Kündigung „sozial ungerechtfertigt", wie es im Betriebsverfassungsgesetz heißt? Ich hätte klagen müssen. Gewiß, es waren da zwei Kollegen, die jünger waren als ich, auch noch nicht so lange bei der Firma. Aber sie hatten Kinder, waren verheiratet. Kann überhaupt ein Kollege vor Gericht gehen und einen anderen von seinem Arbeitsplatz verdrängen? Ich hätte es nicht gekonnt. Der Betriebsrat hatte meiner Kündigung, wie auch einzelnen anderen, zugestimmt. Ich hatte etwas anderes erwartet. Heute ist mir klar: Private Verbindungen zwischen dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Personalleiter, Saufabende und sogenannte „Arbeitsessen" zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat insgesamt, ließen nichts anderes zu. „Immerhin", sagte mir der Vorsitzende, „habe ich in der Verhandlung mit der Geschäftsführung noch eine Abfindung von 8 000 Mark für Sie rausholen können." — Für über 8 Jahre Firmenzugehörigkeit, hätte es nicht mehr sein können? Auch um dieses Mehr hätte ich klagen müssen. So ging ich. Damals noch in der Hoffnung, naja, in vier Monaten wirst du eine neue Arbeit haben. Der Betriebsrat gab mir noch den Rat: „Legen Sie doch die 8 000 Mark fest an, das bringt dann noch Zinsen" — und er rechnete mir aus, wieviel. Ich antwortete nicht darauf und dachte im stillen: du kannst mich mal. Später, nach den ersten Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt legte ich tatsächlich das Geld auf ein Sparkonto an. Aber Zinsen hat es mir nicht mehr gebracht und nichts ist davon geblieben, alles mußte ich verwenden, um mein „neues, bescheideneres, arbeitsloses Leben" überhaupt leben zu können.

Ich melde mich beim Arbeitsamt

Es ist wirklich so, wie ich es damals gelesen hatte: Man hat ein merkwürdiges Gefühl, wenn man zum Arbeitsamt geht. Hundertmal hatte ich mir vorher gesagt: Das Arbeitslosengeld ist kein Almosen, es ist dein Recht, so wie dir dein Gehalt zugestanden hat. Dennoch ist die Scheu und Erniedrigung da.

Ich bin morgens eine halbe Stunde vor Öffnung auf dem Arbeitsamt. Vor mir sind noch zwei Arbeitslose: Ein Arbeiter in meinem Alter, eine junge Ausländerin mit einem Kind. Wir brauchen nicht lange zu warten. Pünktlich werden wir eingelassen. Ich erkläre dem Sachbearbeiter, daß ich mich arbeitslos melden will. „Erwerbslos", belehrt er mich, „sagen wir hier". Ich frage, wo da der Unterschied ist, er antwortet nicht. Sein Ton wird merklich kühler. Ich hätte das wohl besser nicht sagen sollen.



BfA-Boß Stingl

Ich erhalte eine Stammnummer, das Merkblatt für Arbeitslose, die Tabelle, anhand der ich das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe selbst nachrechnen kann. Zeugnisabschriften, einen ausgefüllten Fragebogen, Lebenslauf und Paßbilder muß ich noch nachliefern, alle anderen Papiere wie Lohnsteuerkarte, Arbeitsbescheinigungen usw. habe ich schon mitgebracht. Auf meine Frage, ob ich die Kosten für die Zeugniskopien und die Paßbilder ersetzt bekomme, sagt mir der Sachbearbeiter „nein", da müsse ich erst einen Antrag stellen, ebenso für Fahrgeld. Innerlich koche ich vor Wut, aber ich lächle. Bloß nicht allzusehr auffallen — ich habe diesen Sachbearbeiter ja anscheinend schon verärgert.

Dann erzählt er mir einiges über die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt. „Kaufmännische Berufe" erklärt er mir „sind schwer zu vermitteln. Wir haben keine Stellen zur Zeit". Was vorliegt, sind mehr Anfragen aus dem Gaststättenbereich. Und überhaupt. Das sei schon deshalb schwierig, weil ja die kaufmännische Tätigkeit heute sehr umstritten sei. Jeder könne sich bei einer eingermaßen guten Allgemeinbildung in jeden kaufmännischen Bereich einarbeiten, das sei in der Konjunktur so gewesen. Deshalb werde von Firmen oft gar keine Ausbildung wie Bürogehilfin oder Industriekaufmann verlangt. Da sind Zeugnisse und Kurse entscheidend. Umgekehrt sei es natürlich auch so, jeder kaufmännische Angestellte könne sich auch in Berufe wie Verkäufer oder Kellner einarbeiten. Worauf dieser Sachbearbeiter hinaus will? Er sagt es nicht direkt, aber indirekt meint er, ich könne ja im Gaststättengewerbe oder auch als Verkäuferin arbeiten.

Am liebsten möchte ich ihm sagen, wenn das so ist, tauschen wir, ich übernehme diesen Platz hier und sie den des Kellners. Natürlich sage ich das nicht. Wieder schlucke ich die Wut runter. „Ja", sagt er dann nach einer kurzen Pause zu mir, „das kommt ja nicht für Sie in Frage". Ich sage darauf nichts und auch sonst nichts mehr. Jetzt scheint ihm die Sache etwas peinlich zu sein. Das Telefon klingelt. Es ist ein Privatanruf für ihn. Er beendet ihn schnell und nervös. Dann schlägt er mir vor, einen Termin beim Arbeitsberater für mich zu vereinbaren. Ich stimme zu. Damit ist er mich erst einmal los.

Während er telefonierte, habe ich in dem „Merkblatt für Arbeitslose", das ist auch die Überschrift, geblättert. Ich kann mir jetzt doch nicht verkneifen, ihn zum Schluß noch einmal zu fragen, was der Unterschied zwischen „erwerbslos" und „arbeitslos" ist und mache ihn darauf aufmerksam, daß ja die eigenen Schriften vom Arbeitsamt die Arbeitslosen als „arbeitslos" und nicht als „erwerbslos" bezeichnen. Er antwortet darauf wieder nicht, sondern öffnet die Tür und ruft: „Der Nächste bitte!"

Beim Arbeitsberater

Wenn ich heute an diese Gespräche zurückdenke und an andere, spätere, dann kann ich zusammenfassen: Es gibt eine ganze Reihe Sachbearbeiter auf den Arbeitsämtern, die unqualifiziert und keinesfalls in der Lage sind, arbeitslose Menschen zu beraten oder ihre Probleme zu erfassen.

Der Arbeitsberater gehörte nicht zu ihnen. Er war ein Sachbearbeiter, dem man vertrauen konnte. „Beim Arbeitsamt berät man Sie, hilft Ihnen weiter und vermittelt Sie auch gern, welchen Beruf Sie auch immer ausüben..." hatte ich gelesen. „Schön wär das", sagt mir der Berater „das wird alles so leicht gesagt. Bei uns hängen noch mehr solcher Sprüche". Tatsächlich sind an den Wänden der Flure und Sitzecken Sprüche wie:

- „Arbeitsvermittlung, damit Sie den richtigen Arbeitsplatz finden."
- „Der Gesetzgeber legt Wert auf Ihr berufliches Fortkommen."
- „Wiedereingliederung in das Arbeitsleben."
- „Mit der Zeit gehen, darauf kommt es an. Jeder kann es. Niemand ist zu alt dazu. Das Arbeitsförderungsgesetz ebnet die Wege."
- „Die Zukunft meistern... Richtig gestartet ist halb gewonnen."

zu lesen.

...das Arbeitsförderungsgesetz ebnet die Wege. „Nur die Umschulung kann ich Ihnen anbieten" erklärt mir der Arbeitsberater. „Und nur eine Förderung, einen Kursus in Schreibmaschine und Stenografie. Ob Sie dann aber noch Chancen haben in ihrem Alter als Anfängerin quasi?" Er ist ehrlich. Er erzählt mir, daß viele junge wie ältere arbeitslose Frauen, aber auch viele Hausfrauen, diese Umschulung oder Förderung in Stenografie und Schreibmaschine mitgemacht haben. Die meisten sind dafür gar nicht geeignet, meint er. Weinend und nervlich am Ende haben einige diese Umschulung dann abgebrochen. Andere haben keine 100 Silben und keine 200 Anschläge auf der Maschine erreicht. „Mit solchen Ergebnissen haben diese Frauen keine Chancen." Eine Umschulung in technische Berufe kommt für mich nicht mehr in Frage. So empfiehlt mir der Arbeitsberater, zu versuchen, mich selbst zu bewerben, falls ich eine entsprechende Anzeige lese oder sonst etwas höre.

Auf das Arbeitsamt solle ich mich lieber nicht verlassen, sie haben wenig Möglichkeiten. Damit ist praktisch die Arbeitsberatung beendet. Wir unterhalten uns dennoch fast anderthalb Stunden lang über die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Und er berichtet mir auch von vielen Schwierigkeiten, die sie als Arbeitsamt haben. In erster Linie mit den Unternehmern, mit denen sie von Zeit zu Zeit ebenfalls „Arbeitsessen" veranstalten, um die Arbeitsmarktsituation zu beraten.

Mag sein, daß er viele Dinge nur sagt, um mich moralisch aufzurüsten. Es fällt ihm aber bei dieser Unterhaltung eine Firma ein, die eine Sachbearbeiterin gesucht hat. Er ruft sie in meinem Beisein an, verlangt den Personalleiter und beruft sich dabei auf ein solches „Arbeitsessen" bei dem der Dr. X geäußert habe, daß er eine Mitarbeiterin suche. Ihm wird geantwortet, daß das erledigt sei, jetzt suche man keine Kraft mehr. Dennoch bleibt der Arbeitsberater hartnäckig. Er spricht über meine Qualifikation, über meine Zeugnisse, wie lange ich bei welchen Firmen war und so weiter. Es ist alles so peinlich. Ich empfinde hier zum ersten Mal, daß ich wie eine Ware angeboten werde.

Ein paar Tage später erhalte ich eine schriftliche Aufforderung, mich bei dem Dr. X vorzustellen. Ich unterhalte mich lange mit dem Personalleiter, der Dr. X ist nicht da. Der Personalleiter scheint nicht uninteressiert. Wir verbleiben so, daß ich Nachricht erhalten soll. Und dann kommt der Brief, daß sie meine Bewerbung „bei der Vielzahl der eingegangenen Bewerbungen" nicht berücksichtigen konnten. Welch eine Heuchelei! Diese Firma hat überhaupt keine Mitarbeiterin mehr gesucht, sie hatte gar keine Stelle mehr ausgeschrieben. Die Vorstellung kam allein aufgrund des Telefonats des Arbeitsberaters zustande. Also kann auch gar keine „Vielzahl von Bewerbungen" eingegangen sein. — Solche Lügen soll ich aber später noch öfter hören.

Die weitere Betreuung durch das Arbeitsamt

Fast ein halbes Jahr lang höre ich nichts mehr vom Arbeitsamt, außer der 14tägigen Überweisung meines Arbeitslosengeldes. Einmal erhalte ich eine Aufforderung, dort zu erscheinen. Ich muß mich persönlich melden und des Unterschrift im Beisein des Sachbearbeiters unter ein Formular setzen, auf dem steht, daß ich nach wie vor arbeitslos bin und keine anderen Einnahmen, als das Arbeitslosengeld habe. Man informiert mich, daß meine Bewerbungsunterlagen auch an andere Arbeitsämter im Großraum Hannover gegeben wurden, falls sich bei mir Firmen melden sollten. Aber es meldet sich niemand.

Nach einem dreiviertel Jahr erhalte ich einen Anruf vom Arbeitsamt. Man hat eine Stelle für mich bei einer Behörde. Ich frage konkreter. Näheres kann mir der Sachbearbeiter nicht sagen. Er bittet mich, selbst mit der Behörde telefonisch Verbindung aufzunehmen. Da die Arbeitsstelle in der Provinz liegt, frage ich, ob ich die Telefonkosten ersetzt bekomme. Nein, sagt man mir, auch das geht alles nur über Anträge, über den Formularweg. Ich spreche mit dem zuständigen Vorgesetzten der mir angebotenen Position. Es stellt sich heraus, daß ich zwei Stunden Hinfahrt und zwei Stunden Rückfahrt habe, dreimal umsteigen muß und noch eine viertel Stunde Fußmarsch. Beide sind wir uns einig, daß das nicht geht. Also wieder nichts.

Danach höre ich vom Arbeitsamt bis zur Beantragung der Arbeitslosenhilfe nichts mehr. Jetzt wird mir regelmäßig die Arbeitslosenhilfe überwiesen. Wie lange noch?

Ein paar Tage Hoffnung...

Hoffnung, wie oft wird sie betrogen, und doch — was ist das Leben ohne Hoffnung, ohne Wünsche? Jedesmal, wenn ich eine Bewerbung weggeschickt hatte, wenn ich zu einem Vorstellungsgespräch fuhr, stellte ich mir in Gedanken eine Wunschliste zusammen, was ich von meinem ersten Gehalt kaufen wollte. Bescheidene Wünsche: Am ersten Gehaltstag wollte ich richtig gut essen gehen, so wie ich das mit Kollegen früher manchmal getan hatte. Dann wollte ich einen ganzen Tag im Zoo verbringen, so mit allem Drum und Dran, mit viel Fotoaufnahmen, Kaffeetrinken

Fortsetzung auf Seite 10

Arbeitslos

Fortsetzung von Seite 9

und anderen Dingen, die da geboten werden. Ein paar Stiefel wollte ich mir kaufen, und mit 100 Mark mir ein Sparkonto anlegen. Das Sparkonto verwarf ich dann wieder, nein, das erste Gehalt wollte ich doch lieber ganz und gar ausgeben.

Die Wünsche blieben Wünsche, sie zerplatzten wie Seifenblasen, wenn nach ein paar Tagen Hoffnung wieder eine Absage kam. Fast immer die gleiche Begründung: „Bei der Vielzahl der eingegangenen Bewerbungen...“, „...wir haben inzwischen einer anderen Dame aus dem eigenen Hause den Vorzug gegeben...“, „...wir haben uns für eine andere Bewerberin entschieden...“. „Bei der Vielzahl der eingegangenen Bewerbungen...“ — als ich das zum ersten Mal las, sank mein Mut doch ganz erheblich. Bei Vorstellungsgesprächen merkte ich später, daß das alles gar nicht stimmte. Für die meisten Firmen war ich zu alt und damit zu teuer.


Antragsstelle für Arbeitslose

Ich hatte als Bürogehilfin früher nicht sehr viel verdient im Vergleich zu anderen Sachbearbeitern. Immer so um die 2350 bis 2400 Mark brutto. Jetzt hatte ich eine Gehaltsvorstellung von 2200 Mark. Das ist fürwahr nicht sehr hoch, für viele Unternehmen dennoch „zu teuer“. „Die Mehrheit der Firmen“ erklärte mir mein Sachbearbeiter auf dem Arbeitsamt „zahlt für Berufe wie Bürogehilfin, Stenotypistin oder Phonotypistin 1800 Mark bis 2000 Mark brutto.“ „In der Überzahl sind dies natürlich sehr junge Leute“, mußte er zugeben.

Wenn ich bei 2000 Mark brutto als Alleinstehende, nicht verheiratete Person, ohne Kinder, mir die Abzüge wegdenke, hätte ich in etwa so viel netto wie mein Arbeitslosengeld. Nein, das kann ich nicht machen. So schreibe ich in meine Bewerbungen weiterhin meinen Gehaltswunsch von 2200 Mark.

Was sich Firmen in Sachen Bewerbungsunterlagen alles leisten, geht auf keine Kuhhaut und kann einen Arbeitslosen schon veranlassen, keine eigene Initiative mehr zu entwickeln. Es gibt Firmen, die überhaupt nicht auf Bewerbungen antworten und auch keine Unterlagen zurücksenden. Auf telefonische Anfrage ist mir zweimal gesagt worden, sie hatten gar keine Unterlagen erhalten. Andere Firmen schickten mir die Unterlagen ohne Begleitschreiben zurück, einfach so. Dann gab es welche, die hatten ihre Notizen auf meine Unterlagen geschrieben. Unterstreichungen, Kaffee- und Fettflecken waren nicht selten. Ich hatte meine Bewerbungsunterlagen stets sauber und in einer stabilen DIN-A-4-Klarsichtmappe versandt. Drei Firmen — darunter eine Behörde — behielten gleich die Klarsichtsmappen und schickten mir die Unterlagen, geknickt und abgelocht zurück. Zweimal fehlte mir bei der Rücksendung ein Zeugnis und einmal hatte man mir ein fremdes Zeugnis mitgesandt.

Nach diesen Erlebnissen wurde mein Zorn immer größer. Zumal alles viel Geld für mich kostete. Da sind die ständigen nicht gerade billigen Zeugniskopien, die Passbilder, die jedesmal neu zu schreibenden Lebensläufe, die Anschreiben, die Einschreibebriefe — ich mußte ja nach den Erfahrungen, daß einige Firmen mir glatt sagten, sie hätten keine Unterlagen erhalten, sämtliche Bewerbungen per Einschreiben aufgeben. Auch die Zeitungen am Mittwoch und am Sonnabend mit den Anzeigen-Seiten waren ja nicht umsonst. Oft wollte ich diesen Firmen meine Meinung schreiben, aber dann dachte ich doch immer: Du erreichst damit ja doch nichts, das kostet auch noch Porto und wer weiß, welche Beziehungen zum Arbeitsamt bestehen, am Ende bezeichnet man dich als renitent und aufmüpfig.

Was konnte ich noch unternehmen, um wieder zu arbeiten? Das Arbeitsamt hatte mich noch aufgefordert, stets die Schwarzen Bretter auf den Arbeitsämtern zu beachten und die beim Arbeitsamt ausgelegte Zeitschrift „Markt & Chance“ durchzusehen. Doch was war da? An den Anschlagtafeln hingen in der Regel immer nur vier bis fünf Stellenausschreibungen. Meistens technische Berufe, ausgesprochene Männerberufe. Wochenlang hingen hier die gleichen Stellenangebote, also ein Zeichen, daß hier miserable Unternehmen suchten. Oder es waren Stellenausschreibungen für Ingenieure, Köche, Landschaftsgärtner. Für mich gab es da nichts. Die Anzeigen in der Zeitschrift „Markt & Chance“, herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit, bietet Stellen aus dem gesamten Bundesgebiet einschließlich Westberlin an. Auch hier werden überwiegend Techniker, Ingenieure, Fachkräfte für Land- und Forstwirtschaft, Kräfte aus dem medizinischen Bereich oder aus der Gaststättenbranche gesucht. Nur ab und zu auch eine Position auf dem kaufmännischen Sektor. Fast alle diese Stellen sind mit einem Umzug in eine andere Stadt oder ins Ausland verbunden. Auch sind die Angebote, so zwischen 400 und 600 Stellen in einer Zeitschrift, für das ganze Bundesgebiet ein Tropfen auf den heißen Stein. Für mich also ein Markt ohne Chance.

Wo gab es noch Möglichkeiten?

Die Gewerkschaft

„Der soziale Rechtsstaat hat die Verpflichtung, die Grundlagen für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu schaffen. Die Vollbeschäftigung und ihre Erhaltung sind hierzu wesentliche Voraussetzungen. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes, des Berufes und der Ausbildungsstätte ist uneingeschränkt zu gewährleisten.

Die Arbeitnehmer und ihre Familien sind, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, auf ein Arbeitseinkommen angewiesen, das ausreicht, sie wirtschaftlich zu sichern und ihnen die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen.“ Mit diesen Grundsätzen der Gewerkscahft in der Tasche ging ich zum Gewerkschaftshaus, immerhin war ich seit 21 Jahren Mitglied.

Ich trug dem zuständigen Sekretär meine Probleme vor, der Kassierer und zwei Mitarbeiterinnen saßen daneben. Teilnahmsvoll nickten sie jedesmal, wenn der Sekretär mir erklärte, wie die Gewerkschaft mir helfen wollte. Natürlich könne sie mir keine Arbeit besorgen. Ja, wenn ich geklagt hätte, hätten sie den Anwalt gestellt und die Kosten getragen. „Sie“ — das hörte sich schon so an, als wenn sie mich gar nicht mehr auf der Rechnung hatten. Was dabei herauskam, war mehr eine Belehrung. Ich brauchte nur als Arbeitsloser 2 Mark Gewerkschaftsbeitrag zu bezahlen, die erworbenen Ansprüche blieben natürlich bestehen. Welche? Etwa die Freizeit-Unfallversicherung? In großer Not könnten sie auch eine finanzielle Hilfe leisten. Das wäre aber bei Bezug von Arbeitslosengeld noch nicht die Regel. Nun, deshalb war ich auch nicht gekommen. Ich hatte aber wirklich gedacht, daß die Gewerkschaft hier und da zu Betrieben Verbindung hätte, um mir vielleicht Hinweise und konkrete Unterstützung durch die Gewerkschaft im Betrieb oder den Betriebsrat bei Bewerbungen geben zu können.

Zu den Grundsätzen sagte mir der Sekretär, ja, das seien ja allgemein gültige Grundsätze. „Durchdrungen von der Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern“, wie es in der Präambel der Gewerkschaft heißt, schienen dieser Sekretär und seine nickenden Damen nicht zu sein. Man drückte mir ein Heft in die Hand mit Informationen für Arbeitslose, wie ich sie auf jedem Arbeitsamt erhalte. „Bewerbungstips“ und „Bewerbungshinweise“ erhielt ich noch, wenn „Wer sich bewirbt, muß überzeugen“. Wie denn? Soll ich mich 30 Jahre jünger machen? Soll ich mich anstelle der Bürogehilfin oder Sachbearbeiterin als Ärztin bewerben?

Von dem Besuch im Gewerkschaftshaus hatte ich die Nase voll. Da hatte ich nun 21 Jahre lang meinen Beitrag bezahlt, immer die tatsächlich vorgegebenen Prozente und dann wirst du behandelt wie ein Stück Dreck. Ich hatte mich nie aktiv gewerkschaftlich betätigt, ich war auch nicht eingetreten in die Gewerkschaft, weil ich diese als Kampforganisation sah, sondern so, weil meine Kollegen drin waren, der Betriebsrat darauf gedrängt hatte — und ich schon der Meinung war, daß man sich gewerkschaftlich organisieren müsse. Trotzdem hatte ich, wie auch vom Betriebsrat in Sachen meiner Kündigung, von der Gewerkschaft etwas anderes erwartet. Wutentbrannt fuhr ich nach Hause, setzte mich an die Schreibmaschine und schrieb meinen Austritt. Das Kapitel Gewerkschaft war für mich erledigt.

Andere Veränderungen

Was Arbeitslosigkeit wirklich heißt, kann nur ermessen, der selbst arbeitslos ist. In den Zeitungen, im Fernsehen — wo ich auch früher immer von Arbeitslosigkeit hörte, ignorierte ich, überhörte ich es. Im Betrieb fiel schon hin und wieder mal das Wort „arbeitslos“, aber wir diskutierten nicht näher darüber. Auch dann nicht, als die ersten Entlassungen erfolgten. Jeder dachte ja: Mich betrifft es ja nicht.

Auch zu Beginn meiner Arbeitslosigkeit, als ich mit anderen Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt zusammenkam, erkannte ich die ganze Lage noch nicht, die da auf mich zukam. Erst zwei Monate vor Beginn der Arbeitslosenhilfe wurden mir die Folgen der Arbeitslosigkeit klar, die da immer näher immer näher kamen. Was sollte ich bloß machen? Konnte ich denn noch auf Arbeit hoffen? Es gab keine Aussicht — ein paar Wochen noch und ich konnte meinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, obwohl ich während der letzten Monate meinen ganzen Lebensstandard im Vergleich zu früher schon eingeschränkt hatte. Ich grübelte und grübelte und kam nur zu dem Schluß: noch mehr einschränken, noch mehr sparen, sparen, sparen. Und zwar nicht mehr einfach so, allgemein, sondern nach Plan. Ich mußte mir einen Plan machen, wo ich sparen mußte.

Nie hatte ich allein Alkohol getrunken, sondern stets in Gesellschaft. Jetzt setzte ich mich hin, trank ein Glas Wein nach dem anderen, rund um mich ausgebreitet meine persönlichen Papiere, sichtete und machte einen Sparplan. — Wollte ich meine Sorgen im Alkohol ertränken? Sorgen sind gute Schwimmer — der Wein machte sie leichter.

Das Ergebnis, so traurig das war, konnte sich dennoch sehen lassen: Als erstes mußte ich die Ratenzahlungen bei der Bank regeln, auf meinen Kleinwagen konnte ich verzichten, aber die Wohnung. Meine 50 Quadratmeter hatte ich mir im Laufe der Jahre mit sehr viel Liebe und Mühe eingerichtet. Hier hatte ich viele Erinnerungen. Sollte ich sie tauschen? Es ging nicht anders. Ich mußte eine kleinere, eine billigere Wohnung nehmen. Im Turnverein gab es nur eine Kündigungsfrist von drei Monaten, aber die Hausratsversicherung konnte ich erst in zwei Jahren kündigen. Und meine Lebensversicherung? In acht Jahren wird sie mir ausbezahlt — ich muß die 25 Mark im Monat halten. Die Pakete an meine zwei Schwestern in die DDR kann ich nicht mehr schicken — das würden sie verstehen. Gab es noch mehr? Das waren die wesentlichen, die großen Dinge, wo ich sparen konnte.

Mein kleiner Fiat, mein „Floh“, wie ich ihn nannte, ging als erster weg. Die Kündigung im Turnverein machte keine Schwierigkeiten. Eine Regelung der Raten hatte ich mir in Form von einer Stundung oder Verlängerung vorgestellt. Ich schilderte dem Bankangestellten meine Lage. Nichts war da zu machen. Sicher, er war kein Unmensch, er versuchte bei mehreren Stellen eine Lösung zu meinen Gunsten zu erreichen. Es gelang ihm nicht. Ein Arbeitsloser, in nächster Zeit Arbeitslosenhilfeempfänger, hat keine Sicherheiten. Ein Teil meiner Abfindungssumme ging so für die Rückzahlung der Raten drauf. Ich löste sie auf einmal ab, damit ich die Zinsen sparte.

Mit der Wohnung hatte ich ein Riesenglück. Ich sprach zuerst mit dem Vermieter darüber, der viel Verständnis zeigte. Durch seine Beziehung gelang es mir, eine 35 Quadratmeter große Wohnung für 210 Mark zu erhalten, natürlich kalt. Ich war heilfroh, mit Gas, Heizung, elektrisch und anderen Verpflichtungen kam ich jetzt alles inklusive auf 430 Mark. Dem Vermieter zeigte ich die „Information für Arbeitslose“ von der Gewerkschaft, wo es schriftlich unter Punkt Miete heißt: „Es gibt glückliche Arbeitslose, die wohnen im eigenen abgezahlten Häuschen. Aber was machen die anderen? Keine Angst! Viele Vermieter stunden die Miete.“ Über diesen Schwachsinn schüttelte er nur den Kopf.

Es verblieben mir nun zum Leben noch 420 Mark pro Monat. Das sind pro Tag 14 Mark. Wenn man das so hört, scheint es nicht wenig zu sein. Doch ist das bei den hohen Preisen nur Schein. Jede kleinste Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kostete schon 2 Mark — mit Rückfahrt also 4 Mark. Weite Strecken, etwa ein Ausflug oder so war nicht mehr möglich. Einen Blumenstrauß für den Besuch bei meiner Bekannten bekam man nicht mehr unter 10 Mark und an Süßigkeiten für ihre Kinder war gar nicht zu denken. Schuhzeug und Kosmetika, Körperpflegemittel, Reinigungsmittel für die Wohnung, die Reinigung der Kleidung, ein bißchen Lektüre zum Lesen, ein Besuch beim Friseur, die Reparatur der Schuhe, und viele, viele andere Kleinigkeiten mußten von den 14 Mark bezahlt werden, auch das Fernsehen und das Telefon, das ich behalten hatte. Ich konnte also die 14 Mark nicht nur für Lebensmittel rechnen.

Also mußte ich auch an Nahrung sparen. Ich kam auf die merkwürdigsten Sparmaßnahmen. Eine Woche im voraus legte ich immer fest, was ich essen wollte, ich ging nur noch mit einem vorher angefertigten Einkaufszettel los, an den ich mich strikt halten mußte. Fertiggerichte kann ich jetzt nicht mehr kaufen. Bevor ich eine Ware kaufe, vergleiche ich erst die Preise in anderen Geschäften. Und Sonderangebote natürlich, auf diese muß ich jetzt besonders achten. Dabei fallen mir Sachen auf, die ich früher nie sah. Beispielsweise sind viele Sonderangebote oft mit einem Haltbarkeitsdatum ausgezeichnet, das schon lange abgelaufen ist. So bei den Rindfleischdosen aus Lagerbeständen. Hier sind in der Regel Haltbarkeitsdaten aus den Jahren 1976 und 1977 zu finden. Ich staune nur immer, was da alles dem Verbraucher angeboten wird. Und leider müssen viele auf diese Billigangebote zurückgreifen.

Ich will hier nicht all die Sparideen aufzählen, die ich mir einfallen ließ und lasse, aber zwei noch, so lächerlich sie auch klingen mögen. Eine Packung Staubsaugerbeutel kostet für meinen Staubsauger 30 Mark. Damit komme ich ca. 1/2 Jahr aus. Jetzt mache ich jeden Staubsaugerbeutel sauber, also werfe sie nicht mehr weg und spare so jährlich 60 Mark. Auf meinem Klo hängt auch wieder graues Papier.

Für Essen gehen oder andere kleine Freuden ist kein Geld mehr da, auch nicht mehr für die Anschaffung neuer Kleider. Meine Stiefel bleiben Wunschtraum.



Demonstration für Arbeitsplätze

Zum Hintergrund des Streites um die Falkland-Inseln

Was ist dran am „Krieg um einen Felsenhaufen"?

Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen vor Ostern überschlagen. Britannien schickt in bester Kanonenbootmanier eine riesige Flotte auf den Weg, die größte, die die Welt seit der Suez-Krise gesehen hat. Der Außenminister tritt zurück, und in der ersten Sondersitzung des britischen Unterhauses an einem Wochenende seit 25 Jahren wird unverhohlen das letzte Jahrhundert britischer Imperialmacht beschworen: „Rule, Britania". In Argentinien Freudenkundgebungen, in England Bilder wie man sie aus der Geschichte Deutschlands vom Beginn des ersten Weltkriegs kennt.

Das Problem der Falkland-Inseln ist eines sicher nicht: plötzlich in die Beziehungen zwischen England und Argentinien getreten. Bereits vor dem Putsch der argentinischen Generale hatte die Regierung Peron Mitte der siebziger Jahre die diplomatischen Beziehungen zur britischen — damals —Labour-Regierung abgebrochen, eben wegen dieser Inseln.

Die Geschichte beider Staaten, ihre gegenseitige wirtschaftliche Verbindung und die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Inseln, das sind die Faktoren, die bei diesem Streit eine Rolle spielen. Was die Geschichte beider Staaten betrifft, so liegen die Tatsachen auf der Hand. Mit dem Zerfall der feudalen spanischen Kolonialmacht machten sich nämlich in Lateinamerika nicht etwa sofort die USA, sondern zuerst der britische Imperialismus breit. Als Argentinien im Jahre 1810 seine Unabhängigkeit erklärte, war dies bereits verbunden mit Handelsprivilegien für England. Insbesondere was Ölsuche und Zollfreiheit betraf, hatten hier die britischen Kapitalisten lange Jahrzehnte hindurch, um nicht zu sagen über hundert Jahre lang, besondere Rechte, die sie sowohl gegenüber Kapitalisten aus anderen Ländern als auch gegenüber einheimischen argentinischen Kapitalisten und Händlern eindeutig in Vorteil brachten. Die Besetzung der „Islas Malvinas" durch britische Truppen im Jahre 1833 waren denn auch nicht der einzige offene kolonialistische Akt Englands.

Als Mitte des letzten Jahrhunderts eine große Volksbewegung die argentinische Regierung dazu trieb, die Zollvorteile für die englischen Handelshäuser zu beseitigen, da setzte man schon zum zweiten Mal die königlichen Seeräuberschiffe in Marsch, die Buenos Aires beschossen und so die Rücknahme dieses Erlasses erreichten.

In der Zeit nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg begannen die USA England als imperialistische Vormacht dieses Kontinents endgültig abzulösen, was sich vorher schon angebahnt hatte. Dabei nützten die US-Diplomaten und Agenten in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten des öfteren den vorhandenen Haß gegen den britischen Imperialismus aus, um daraus entstehende Bewegungen für die eigenen imperialistischen Ziele arbeiten zu lassen.

Daß in den Staaten Lateinamerikas eine breite patriotische antiimperialistische Stimmung herrscht, daß dort heftig nach nationaler Souveränität verlangt wird, ist eine Tatsache, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Politik auch der allerreaktionärsten, landesverräterischen Regierungen geprägt hat, die stets mit nationaler Demagogie arbeiteten.

So war es beispielsweise in Argentinien die populistische Peron-Regierung, die in den vierziger und fünfziger Jahren die Frage der Falkland-Inseln


Britische Soldaten trainieren an Bord der Hermes, mit Kurs auf Südamerika

wieder aufs Tapet brachte und damit durchaus eine Grundstimmung des argentinischen Volkes ausdrückte.

Und Tatsache ist es ja auch, daß Argentinien bis heute gegenüber England ein abhängiges Land ist. Die Politik der Generale in Buenos Aires hat, wie auch die ihrer Gesinnungsgenossen Pinochet oder Figueredo in Chile oder Brasilien, nur zur Verstärkung des Ausverkaufs der jeweiligen Länder an den Imperialismus geführt. Vor allem eben an den US-Imperialismus, aber auch an den britischen, westdeutschen, französischen und japanischen Imperialismus.

So haben die britischen Finanzkapitalisten Aktienkapital in der Höhe von ungefähr 1 Milliarde Mark in Argentinien angelegt, so viel wie sonst nirgend in Lateinamerika. Vor allem Monopole wie Unilever haben die reichen Erträge der argentinischen Landwirtschaft zu maßlosem Profit verarbeitet. Lloyds Bank kontrolliert einen beträchtlichen Anteil der argentinischen Geldmenge und hat maßgeblich an der rasenden Infaltion — 140 Prozent jährlich lich — verdient, in die die Generale das Land getrieben haben. Die Verschuldung Argentiniens hat sich in den Jahren der Generalsdiktatur vervielfacht und England ist einer der Hauptgläubiger.

Diese andauernde wirtschaftliche Abhängigkeit Argentiniens, inder eben hinter den USA Britannien sozusagen die zweite Geige spielt, ist natürlich auch ein ganz wesentlicher Faktor dafür, daß sich mit solchen Gebietsfragen auch heute noch — wie man deutlich gesehen hat — breiteste Massen der Argentinier mobilisieren lassen.

Und schließlich ist es ja auch nicht so, daß dies wirklich alles nur ein „Felsenhaufen" wäre. Nicht nur die unmittelbare Umgebung dieser Inseln gilt als möglicherweise reich an Öllagern und Manganknollen. Schließlich wird auf der anderen Seite des schmalen Landstreifens am Ende Südamerikas, vor der chilenischen Küste bereits eifrig Öl gefördert — von US-Gesellschaften natürlich, und dies schon seit einigen Jahren.

Es kommt hinzu, daß dieses Gebiet auch in die antarktische Zone hineinreicht, also entsprechend den bestehenden internationalen Vereinbarungen, deren Zustandekommen ein anderes Thema sind, größere Ansprüche auf Anteile bei der Ausbeutung der unermeßlichen Rohstofflagern des „unerforschten Kontinents" rechtfertigen. Und man mußauf die strategische Lage der Inseln am Ende des Kontinents hinweisen, die eine Rolle bei der Beherrschung des Seewegs um Kap Horn spielen können. Zumal der Streit ja auch die weiter westlich liegenden von England Südgeorgien genannten Inseln umfaßt, was die Kontrollfähigkeit auf den Südatlantik ausweitet.

Auch die Reaktion der anderen Staaten zeigt diese Aufteilung eindeutig. Es ist klar, daß alle imperialistischen europäischen Kräfte das Recht Englands auf diese fernen Inseln betonen und das arme Albion um diese Schande, „von der dritten Liga besiegt" („The Times") zu werden, bedauert. Während also die britischen Imperialisten übelste Hetztiraden anstimmen und bereit sind, ihre angemaßten Rechte mit einem Seekrieg zu verteidigen, geschieht auf der anderen Seite dasselbe.

Die argentinischen Generale, deren Armee übrigens nach den USA die meisten Waffen aus England, an dritter Stelle aus der Bundesrepublik bezogen haben, spekulierten nun voll auf die nationalen Gefühle der Argentinier. General Galtieri, der im Dezember letzten Jahres an die Macht kam, hatte diesen Schlag vom Tag seiner Amtsübernahme an vorbereitet. Und wo wenige Tage zuvor noch Straßenschlachten gegen die Polizei und Armee-Einheiten stattgefunden hatten, versammelten sich Zehntausende zur Freudenkundgebung. Galtieri, ein in Panama von den USA ausgebildeter Offizier, hat denn auch bereits unterstrichen, daß die USA von dieser Aktion informiert gewesen seien. Was insofern einsichtig ist, als in Argentinien nichts größeres passiert, ohne daß die USA zumindest Bescheid wüßten. Und natürlich spekuliert Reagan im fernen Washington darauf, daß die Inseln in argentinischer Hand den USA wesentlich mehr bringen als unter britischer Herrschaft. Denn Rohstoffe in argentinischer Hand, egal ob um die Inseln herum oder in der Antarktis, würden Schürf- und Förderrechte für US-Monopole bedeuten.

Bezeichnenderweise ist der von der Junta ernannte neue argentinische Gouverneur der Inseln der bisherige Kommandant des größten politischen Konzentrationslagers Argentiniens, von dessen 12000 Insassen bereits, in typisch argentinisch-faschistischer Manier, mehr als Tausend spurlos verschwunden sind. Wahrhaftig also keine Figur, die Freiheit und Unabhängigkeit für die Bewohner der Inseln bedeuten würde.

Und so machte man in Buenos Aires ja nicht einmal den Versuch, die Sache so darzustellen, als ob man sich um die Meinung und Willen der dortigen Bevölkerung auch nur eine Spur kümmern würde. Das werde sich schon alles arrangieren mit der Zeit, das war die einzige Äußerung des Herren KZ-Kommandanten.

Sicherlich gibt es dabei Einschränkungen, die absolute Vorherrschaft des britischen Textilmonopols auf den Inseln betreffend, dessen Angestellten die meisten Siedler sind. Aber trotz solcher Einschränkungen bleibt die Tatsache, daß die Junta keine wahrhaften nationalen Gefühle mobilisiert und ihnen Ausdruck gibt. Denn da müßte man als allererstes feststellen, daß es ganze Serien von Problemen gibt, deren Bedeutung für die Souveränität des Landes von ganz entschieden wichtigerer Bedeutung sind als diese Inseln. So vor allem das Problem des USA-Imperialismus im eigenen Lande. Diese Aktion stellt für die Generale in Buenos Aires ein nahezu klassisches Ablenkungsmanöver und dies in jeder Beziehung dar.

So wird deutlich, daß es sich bei diesem Konflikt um einen Streit handelt, in dem keiner das Recht auf seiner Seite hat, weder die britischen Kolonialisten noch die argentinischen Faschisten. Um was es geht, könnte nur das Recht der Bevölkerung sein, deren zahlenmäßige Größe dabei vollkommen unerheblich ist, denn es dreht sich dabei um ein demokratisches Prinzip der Selbstbestimmung. Garantieren könnte dies aber nur eine Abstimmung unter der Aufsicht der Vereinten Nationen — auf keinen Fall eine Militäraktion von einer der beteiligten reaktionären Parteien.

Bekräftigt wird diese Charakterisierung des Vorgehens der argentinischen Generale auch durch ihr gleichzeitiges Vorgehen gegen Chile, in dessen Gewässern provokativ ein Kriegsschiff Argentiniens patrouilliert. Denn dort gibt es Ansprüche auf den Beagle-Kanal. Und auch hier mag der Fall geschichtlich längst nicht eindeutig sein, dennoch erweist es sich, daß die zunehmend aggressive Politik Argentiniens seit Galtieris Machtantritt ein Unruhefaktor im südlichen Atlantik ist.

FDR-Erklärung zu den Wahlen in El Salvador

Eine gescheiterte Farce

Alle Reaktionäre haben die Meldung über die Wahlen in El Salvador dazu benutzt, die Lüge zu verbreiten, die Befreiungsbewegung sei in Wirklichkeit isoliert, man müsse mit den gewählten Parteien zusammenarbeiten. Dabei tat sich in der Bundesrepublik neben der CDU, die diese Position schon vorher hatte, auch der Bremer Bürgermeister Koschnick (SPD) hervor. In einer Erklärung der Befreiungsfront FDR wird jetzt nochmals unterstrichen, daß es eine Wahlfarce war.

Die FDR unterstreicht zunächst, daß es drei amtliche Mitteilungen über die endgültige Wahlbeteiligung gibt: Am Montag nach der Wahlwurden 376000 Wähler angegeben, am Dienstag war diese Zahl auf 747000 angewachsen und der Botschafter in den USA sprach von 1,2 Millionen Wählern, obwohl nur 800000 Wahlscheine gedruckt worden waren.

Ferner wird auf den Wahlzwang hingewiesen: Nicht nur, daß allgemeine Wahlpflicht verhängt worden war, die Beamten und Bankangestellten bekamen ihre Märzgehälter nur ausbezahlt, wenn sie im Ausweis einen Wahlstempel vorweisen konnten. Die langen Wählerschlangen, die im Fernsehen so wirksam ausgeschlachtet worden waren, werden vor allem auf die Tatsache zurückgeführt, daß es im ganzen Land nur 13(!) Wahllokale gab.

Schließlich weist die FDR auch daraufhin, daß mit d'Abuisson der bekannteste Faschist und Massenmörder die Wahl gewann und daß er am Morgen nach der Wahl bereits mit US-Botschafter Hinton die Bildung einer Allparteienregierung durchsprach.

So sind diese Wahlen eine gescheiterte Farce, die nur im Ausland zur Propaganda für die Faschisten benutzt werden kann — der einzige Sinn, den sie erfüllen konnten, bei allem anderen sind sie gescheitert.

Auf dieser Grundlage, so die FDR-Erklärung, wird man den Befreiungskampf fortsetzen, wobei man stets, wie auch in der Vergangenheit, zu ehrlichen Verhandlungen bereit sei.


Genosse Hardial Baines, Vorsitzender der KP Kanadas/ML

IV. Parteitag der Kommunistischen Partei Kanadas / Marxisten-Leninisten

Vor kurzem hielt die KPK/ML (Kommunistische Partei Kanadas/Marxisten-Leninisten) ihren IV. Parteitag ab. Zum öffentlichen Abschluß des Parteitages und aus Anlaß des 12. Jahrestages der Gründung der KPK/ML fand am 3. April in Montreal eine internationalistische Vernanstaltung statt. An der Veranstaltung nahm eine Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung des Genossen Enver Halili, Mitglied des ZK der PAA teil und Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen aus folgenden Ländern: Britannien, Dänemark, Dominikanische Republik, Ekuador, Indien, Irland, Island, Mexiko, Portugal, Spanien, Trinidad und Tobago, Türkei. Mit Ausnahme der albanischen und der isländischen Delegation hatten die ausländischen Delegationen, zu denen auch eine Delegation unserer Partei gehörte, auch Gelegenheit, an den Arbeiten des Parteitages selbst teilzunehmen. Der Parteitag billigte einstimmig den Politischen Bericht des ZK und den Bericht der Kontrollkommission, vorgetragen vom Vorsitzenden der KPK/ML, Genossen Hardial Baines, nahm einige Änderungen am Statut vor und wählte ein neues Zentralkomitee und eine neue Parteikontrollkommission. Genosse Hardial Baines wurde erneut zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Neue Erkenntnisse der Wissenschaft

Stammt Reagan vom Affen ab?

Kommt der Sohn von der Schule nach Hause und berichtet seinem Vater: „Wir hatten heute im Biologieunterricht Darwin und der sagt, daß der Mensch vom Affen abstammt." Meint der Vater daraufhin: „Du vielleicht, aber ich nicht." Kann man über den Witz lachen? Sollte man meinen. Doch das Lachen bleibt im Halse stecken, betrachtet man den Kreuzzug der „Creativ Science", der gegenwärtig in den USA geführt wird.

- Im frommer Art und Weise werden rassistische Witze in der Öffentlichkeit verbreitet, zum Wohle der höherstehenden weißen Rasse.
- Begleitet von frommen Gesängen, werden Rock-&-Roll-Schallplatten als Teufelswerk auf Scheiterhaufen verbrannt.
- Ebenfalls in solchen Flammen verkokeln die Bücher „kommunistischer" Schriftsteller wie Arthur Miller und Aldous Huxley.
- Und da in der Bibel nichts z.B. von Geburtenregelung zu finden ist, werden Aufklärungsbroschüren darüber gleich mit den Flammen übergeben.

Diesen Geist wollen nun die sogenannten Fundamentalisten, religiöse Fanatiker, staatlich absichern. Ziel dieser Leute ist es, über eine „Creativ Science" (Schöpfungswissenschaft), neben dem normalen Biologieunterricht — dem gottlosen Darwinismus — die wahre Schöpfungsgeschichte aus der Bibel als Schulfach einzuführen. Und im Staat Arkansas ist das tatsächlich schon Gesetz geworden. Gegen dieses Gesetz wurde von einer fortschrittlichen Bürgerrechtsvereinigung geklagt, in deren Reihen auch Geistliche verschiedener Konfessionen zu finden sind. Bundesrichter William Ray entschied gegen die Fundamentalisten. Das Schulfach „Schöpfungswissenschaft" verstoße gegen amerikanische Verfassungsgrundsätze, die unter anderem eine Trennung von Kirche und Staat vorschreiben. Also erst einmal eins zu null für Darwin. Doch das kann sehr leicht beim Rückspiel vor dem Obersten Gericht in einen Punktevorteil der Fundamentalisten umschlagen. Denn immerhin gibt es ähnliche Bestrebungen aus 20 Bundesstaaten, dem sogenannten Bibelgürtel, zu verzeichnen.

Haben die Amerikaner im 20. Jahrhundert die ersten Menschen auf dem Mond landen lassen, so wurde ebenfalls in Nordamerika noch 1925 (20. Jahrhundert) ein Lehrer von einem Gericht verurteilt, weil er seinen Schülern von Darwins Theorie erzählte. Auch Western-Präsident Ronald Reagan nahm an dieser „wissenschaftlichen" Diskussion in bekannter Art und Weise teil, indem er auch seinerseits Zweifel an der Darwinschen Evolutionstheorie bekundete — auf einem Kongreß der Fundamentalisten.

Aber mit dieser geistvollen Äußerung, die ihm als Präsident gut zu Gesicht steht, befindet er sich erstaunlicherweise nicht in Isolation. 1982 noch glaubten 30 bis 60 Millionen Amerikaner daran: So wie die Bibel im ersten Buch Moses die Erschaffung der Welt darstellt, hat Gott in einer Sechstagewoche die Erde und alles, was auf ihr kreucht und fleucht, geschaffen.

Von dieser Strapaze mußte er sich dann am siebten Tag gründlich ausruhen — allein die Fundamentalreligiösen ruhen nicht. Seit Herr Reagan auf dem Präsidentenstuhl geruht hat Platz zu nehmen, wird nicht nur im sozialen Bereich aufgeräumt, sondern auch ein ideologischer Großangriff auf liberale Errungenschaften in den USA geführt.

Daß diese fundamentale Bewegung gegen den „Niedergang der moralischen Ordnung" faschistische Züge hat, ist unverkennbar und nicht verwunderlich. Treibt doch die zunehmende wirtschaftliche Krise nicht nur in den USA die Kapitalisten dazu, mit zunehmender politischer Unterdrückung auf die wachsenden Kämpfe der Massen nicht nur zu reagieren, sondern sie mit allen möglichen Mitteln zu verhindern. Und daß die amerikanische Bourgeoisie sich dabei gerade auf „religiöse" Kräfte stützt, hat in diesem Land schon Tradition.

Nachdem die Schwarzen durch den Bürgerkrieg im 19. Jahrhundert „freie" Menschen wurden, begann der Kampf gegen ihre Gleichberechtigung besonders unter dem Mantel der Religion. Man denke nur an den Ku Klux Klan, der gerade unter dem Zeichen des Kreuzes seine unzähligen Verbrechen begangen hat.

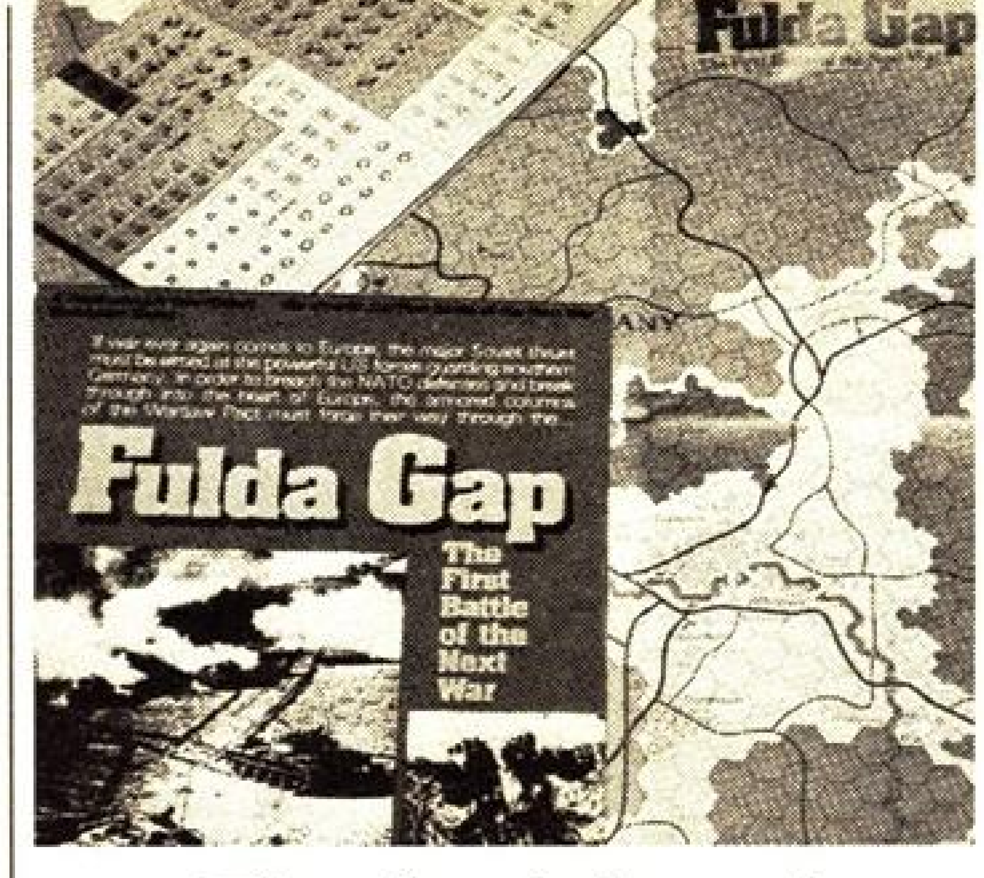
Auch die Fundamentalisten mit ihrer „Creative Science" eignen sich in diesem Kampf besonders gut. Sie können die religiösen Gefühle, die gerade in Nordamerika in einer besonders bigotten naiv-religiösen Form existieren und die daraus resultierende politische Unreife und Rückschrittlichkeit, bei vielen Menschen ausnutzen und ihrem reaktionären Ziel unterordnen. So ist auch der Kampf um die Schulen zu verstehen. Und es ist kaum zu glauben, mit welcher Dreistigkeit diese Reagan-Freunde ihrem Feldzug gegen die Naturwissenschaften betreiben.

- Wurde etwa bisher in heidnischer Weise behauptet, das Erdzeitalter betrage über vier Milliarden Jahre — festgestellt anhand von radioaktiven Messungen, die an Steinen vorgenommen wurden —, so erklären die „Schöpfungswissenschaftler" verblüffend einfach, daß Gott, als er Himmel und Wasser trennte, die Steine bewußt und im vornhinein so alt schuf, daß sie eben wie vier Milliarden Jahre alt wirken. Richtiger sei vielmehr — Quelle: Bibel —, daß die Erde höchstens 10000 Jahre alt ist.
- Der unwissenschaftlichen These, die Erde, die Flora, die Fauna und daraus schließlich der Mensch haben sich allmählich von primitiven Formen zu höherer Stufe entwickelt, wird entgegengehalten, daß nach der Sintflut alles Leben auf der Erde schon so wie heute bestand. Als zusätzlicher Beweis: angebliche versteinerte Fußabdrücke von Dinosauriern und Menschen sollen belegen, daß beide gleichzeitig existierten. Nun ja, vielleicht paßten die Dinosaurier nicht in die Arche hinein.
- Auch die Sprache war von Anfang an da. „Schöpfungswissenschaftliche" Beweisführung: Adam benannte schon im Paradies (da war er noch allein, ohne Gehilfin Eva und mit vollzähligen Rippen) alle Tiere bei ihren Namen. Basta!

Feierte der in Washington versammelte Verband der amerikanischen Naturwissenschaftler und Naturwissenschaftslehrer noch den Sieg der Wissenschaft über den Staat Arkansas, so mußte er doch zugeben, daß trotz dieses richterlichen Urteils gegen die „Schöpfungswissenschaftler" diese schon andere wichtige Positionen erobert haben. Im US-Staat Iowa z.B. wird neuen Biologielehrern freigestellt, die Evolutionstheorie zu lehren — aber nicht in Iowa, falls ihnen ihr Beruf wichtig ist.



Der Schimpanse Bonzo war Reagans Partner in dem 1952 gedrehten Film „Bedtime for Bonzo"



„Eine faszinierende Zukunftsgeschichte"

Im Februar (Nr. 7/82) berichtete der „Rote Morgen" über einen amerikanischen Dokumentarfilm mit dem Titel „Die Verteidigung der Vereinigten Staaten". Reporter der US-Fernsehgesellschaft CBS beschrieben darin ein amerikanisches Atomkriegsmanöver.

„Verteidigt" wurden die USA bei diesem Manöver — wie könnte es anders sein — in Mitteleuropa, konkret: in der hessischen Fuldasenke. Hier nämlich wurden, so das Drehbuch der Militärübung, zwei Lance-Atomraketen abgefeuert, um einen „sowjetischen Aggressor" zu stoppen. Jede dieser Raketen verfügt über die Vernichtungskraft von zwei Hiroshima-Bomben. Ihre Zielpunkte lagen in der Fuldasenke, eines dieser Ziele war der Ort Hattenbach. In der Manöverplanung wurde das 600 Einwohner zählende Dorf als „Ground Zero" (Nullpunkt) bezeichnet — seine Vernichtung durch amerikanische Atomraketen markierte den Beginn des Dritten Weltkriegs.

Der erwähnte US-Fernsehfilm ist in der Bundesrepublik nie offiziell gezeigt worden. Einwohner von Hattenbach erfuhren nur durch Zufall von seiner Existenz und konnten dann auf einer Videokopie, die sie sich besorgten, den Untergang ihres Dorfes auf dem Fernsehschirm miterleben. In den USA dagegen wird über solche Manöver wie das hier beschriebene in aller Offenheit berichtet. Wohl nicht zuletzt darum, weil dort die Bevölkerung nicht nur an einen kommenden Atomkrieg gewöhnt werden soll. Man will ihr offenbar auch das beruhigende Gefühl vermitteln, daß sich ein solcher Krieg ja nur weit hinten in Germany abspielen würde.

Ein besonders makabres Produkt der psychologischen Kriegsvorbereitung in den USA ist ein Würfelspiel, das schon seit einiger Zeit auf dem Markt ist. Es trägt den Titel „Fulda Gap" (Fuldasenke), und geworben wird dafür mit den Worten „Eine faszinierende Zukunftsgeschichte — die erste Schlacht des nächsten Krieges." Jeder Amerikaner kann sich für ein paar Dollar dieses Spiel kaufen und zu Hause am Küchentisch nachvollziehen, was die NATO-Strategen zuvor im Sandkasten geübt haben.

Entlassung bei der „Hamburger Morgenpost"

„Ein sogenannter Randgruppenjournalismus"

Die Tageszeitung „Hamburger Morgenpost" könnte eine Alternative sein auf einem Markt, der sonst vollständig vom Springer-Konzern beherrscht wird. Daß sie das nicht wurde, dafür hat ihre Eigentümerin gesorgt. Und das war bis 1980 die SPD. Sie brachte das Blatt politisch auf den Hund, gab dann die Position in der Springer-Domäne Hamburg ganz auf, und verkaufte die „Morgenpost" an einen Schweizer Unternehmer namens Greif.

Der räumte dann vollständig auf mit allem, was es an kritischem Potential in der Redaktion noch gab. Jüngstes Opfer war der Reporter und Betriebsrat Wulf Beleites, der mit der Begründung auf die Straße gesetzt wurde: „Herr Beleites vertritt einen sogenannten Randgruppenjournalismus, der mit der vom Verleger bestimmten Tendenz unserer Zeitung nicht in Einklang zu bringen ist."

Was die „vom Verleger bestimmte Tendenz" ist, wird aus den Tagesbefehlen des Herrn Greif an die Redaktion allzu deutlich. Da heißt es etwa: „Besondere Sorgfalt verlange ich bei allen Berichten und Reportagen, die die Wirtschaft und die darin handelnden Personen angehen." Hier dürfe nicht ein „mühsam in Wirtschaftskreisen neu aufgebauter Goodwill für die Morgenpost kaputtgemacht werden."

Aber was ist dann „Randgruppenjournalismus"? Vielleicht eine Berichterstattung, die auch die Interessen all derer berücksichtigt, die nicht zu den „Wirtschaftskreisen" gehören? Vor dem Arbeitsgericht, wo Beleites gegen seinen Rausschmiß klagte, wußte jedenfalls der Vertreter des Herrn Greif auf die Frage der Richterin, was denn dieser „Randgruppenjournalismus" nun sei, nur zu antworten: „Ich weiß das nicht."

Der Klage des gefeuerten Redakteurs auf Wiedereinstellung wurde stattgegeben. Trotzdem legte sich Greif quer. Zunächst wollte er Beleites trotz des Urteils nicht einstellen, dann schob er ihn in die Anzeigenabteilung ab. Dann aber mußte Beleites etwas erleben, was wohl sogar in westdeutschen Betrieben ziemlich einmalig sein dürfte. Für den Februar kam keine Gehaltsüberweisung auf sein Konto. Und als er sich bei der Verlagsleitung darüber beschwerte, wurde ihm bedeutet, er habe ja gar keinen Anspruch auf Gehalt. Denn das Arbeitsgerichtsurteil habe nur seine Wiedereinstellung verfügt, von Geld sei darin nicht die Rede gewesen.



Samstag, 17. April
10.03 Uhr, ZDF
Der gebrochene Pfeil. Delmer Daves' 1950 gedrehter Western über den Apachenhäuptling Cochise war einer der ersten amerikanischen Filme, in denen die Indianer nicht nur als Statisten fungierten. Mit Jeff Chandler und James Stewart.

***

Samstag, 17. April
20.15 Uhr, NDR III
Die Schöpfung. Zum 250. Geburtstag des Komponisten Joseph Haydn sendet der NDR das Oratorium in einer Aufnahme mit dem Orchester Collegium Aureum und dem Arnold-Schönberg-Chor. Gesangssolisten sind Arleen Auger, Peter Schreier u.a. Vorher gibt es eine Einführung in das Werk.

***

Samstag, 17. April
22.20 Uhr, ARD
Der Schlachter. In diesem Film über die problematische Beziehung zwischen einer Lehrerin und einem Schlachter, der sich als Mörder entpuppt, hat Claude Chabrol die Atmosphäre der französischen Provinz eingefangen. Mit Stephane Audran und Jean Yanne.

***

Sonntag, 18. April
20.15 Uhr, NDR III
Charles Darwin Die Revolution dauert an. Bericht von Albrecht Fölsing zum 100. Todestag des bedeutenden britischen Naturforschers, dessen wissenschaftliches Werk auch heute noch von religiösen Fanatikern angefeindet wird (siehe Artikel auf dieser Seite).

***

Dienstag, 20. April
20.15 Uhr, HR III
Die Marquise von O. In seiner Reihe mit Werken von Heinrich von Kleist bringt der HR diese gelungene Verfilmung der gleichnamigen Novelle durch den französischen Regisseur Eric Rohmer. Mit Bruno Ganz und Edith Clever.

***

Mittwoch, 21. April
21.45 Uhr, WDR III
Kriegstagebuch. Reportage von Thomas Nell über den Bürgerkrieg in Guatemala.

***

Mittwoch, 21. April
22.15 Uhr, WDR III
Der Eindringling. In diesem Spielfilm behandelt Roger Corman den Terror der Rassisten in den amerikanischen Südstaaten. Mit William Shatner und Frank Maxwell.

***

Donnerstag, 22. April
22.00 Uhr, ARD
Bericht vom SPD-Parteitag. Der Münchner Kongreß ist sicher einer der wichtigsten Parteitage der SPD in der Nachkriegszeit — der Kurs, den die SPD-Führer dort absegnen lassen wollen, stößt vor allem in der sogenannten Sicherheits- und in der Wirtschaftspolitik auf erheblichen Widerstand der Basis. Das ZDF bringt am Freitag um 21.15 Uhr einen ausführlichen Bericht über den Parteitag.

Zwei Schallplatten aus der Friedensbewegung

Lieder für den Frieden

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, eine der wichtigsten politischen Erscheinungen der letzten Jahre, hat schon längst ihren Niederschlag auch in den Produktionen von Liedermachern, Rock- und Folkgruppen gefunden. Jetzt sind zwei Doppel-LPs auf den Markt gekommen, die einen guten Überblick über diese Seite des gegenwärtigen Musikschaffens geben.

„Künstler für den Frieden" ist der Live-Mitschnitt einer großen Kulturveranstaltung, mit der im vergangenen November das 2. Forum der Krefelder Initiative abgeschlossen wurde. Es ist eine hörenswerte Sammlung von sehr unterschiedlichen Beiträgen dabei herausgekommen; der Bogen spannt sich von einem während des Dreißigjährigen Krieges komponierten Schütz-Choral über antifaschistische Partisanenlieder bis zu Liedern der heutigen Friedensbewegung. Die musikalischen Beiträge dominieren (hier sind unter anderem vertreten: Udo Lindenberg, die Bots, F.J. Degenhardt, Hannes Wader, Erika Pluhar, Ludwig Hirsch, Klaus Hoffmann, Fasia Jansen, Dieter Süverkrüp); daneben gibt es auch einige Wortbeiträge, zum Beispiel Gedichte von Brecht oder Borchert oder kurze Kabarettszenen von Helmut Ruge.



Abschlußveranstaltung des 2. Krefelder Forums

„Wir wollen leben" ist ein von Carsten Linde und Martin Jeremias mit viel Geschick zusammengestellter Sampler, der ausschließlich Lieder enthält (von den 23 Titeln sind nach Angaben der Produzenten übrigens nur ganze vier schon auf anderen Platten veröffentlicht). Vertreten sind auch hier Liedermacher wie Wader, Süverkrüp, Moßmann, Hüsch oder Lerryn; daneben aber wesentlich stärker als auf der Krefelder LP Rock- und Folkgruppen: Schmetterlinge, Lilienthal, Cochise, Zupfgeigenhansel, Bots, Schwoißfuß, Bernies Autobahnband, Floh de Cologne, Liederjan und andere.

Es ist hier natürlich nicht möglich, auf alle Beiträge zu diesen beiden Platten im einzelnen einzugehen. Einige kritische Bemerkungen aber müssen schon gemacht werden. Es zeigt sich nämlich bei beiden LPs eine durchgehende Schwäche. Sie besteht darin, daß viele Beiträge nicht über ein allgemeines Bekenntnis zum Frieden hinauskommen. Die Bedrohung durch Bomben und Raketen wird angeprangert; der Refrain oder die Schlußstrophen drücken dann zumeist die Zuversicht aus, daß die Friedensbewegung schon irgendwie siegen werde. Alles andere aber bleibt ausgeklammert: die konkreten Ursachen des jetzt drohenden Krieges, die realen politischen Fragen des gegenwärtigen Friedenskampfes, dessen Zusammenhang mit den anderen Fronten des Klassenkampfes usw.

In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, daß etwa auf der Krefelder LP ausgerechnet der amerikanische Topstar Harry Belafonte als einziger auf die Notwendigkeit hinweist, den Kampf für das Überleben mit dem Kampf für ein Leben ohne Armut, Unterdrückung usw. zu verbinden. Aber der hier kritisierte Mangel ist eben eine Schwäche der Friedensbewegung insgesamt. Und so ist es denn auch nicht verwunderlich, daß sich in den Liedern der Bewegung auch solche extremen Positionen widerspiegeln, die darauf hinauslaufen, die Kriegsgefahr zunächst einmal in der eigenen Seele zu bekämpfen. Auf der Krefelder LP bietet dafür der unsägliche André Heller ein Beispiel, der seinen Zuhörern den Frieden verspricht, „wenn in unseren Seelen die Mörderwaffen ruhn / Wenn wir Gewalt verweigern, in Sprache, Not und Streit." Auf der LP „Wir wollen leben" geht es Hanns Dieter Hüsch darum, „das Böse zu entfernen ... in Herz und Hirn und Seel."

Aber das sind dann doch glücklicherweise Einzelfälle. Insgesamt bieten beide Platten doch auch eine Fülle von wirklich schönen Liedern. Bei der Krefelder LP wären hier etwa zu nennen Hannes Waders „Es ist an der Zeit", in dem die Geschichte eines Soldaten erzählt wird, das von Taksin Incici vertonte und von Eva Mattes auf türkisch gesungene Hikmet-Gedicht „Das kleine tote Mädchen" oder das sowjetische Partisanen-„Lied von der Soija".

Während diese Platte insgesamt deutlich im Rahmen des Krefelder Appells bleibt (es fehlt auch nicht eine von Degenhardt vorgetragene Umfälschung der sowjetischen Bedrohung in ein Hirngespinst westlicher Militaristen), geht es auf der LP „Wir wollen leben" wesentlich frischer zu. Auffällig ist hier eine ganze Reihe von witzigen und satirischen Liedern, in denen unter anderem das „Gleichgewicht des Schreckens" und die Absurdität der sogenannten Friedensverhandlungen entlarvt werden. Besonders gelungen ist hier „Tiefer Frieden" von Hammer & Harfe, eine aktualisierte Fassung des „Gasliedes", mit dem das Rote Sprachrohr in den zwanziger Jahren bekannt wurde.

Eröffnet wird die Doppel-LP mit einer Aufnahme von den Schmetterlingen: „Zwischen zwei Kriegen" aus dem neuen Programm der Wiener Gruppe (siehe auch „Roter Morgen" 46/81); dieses Lied ist nicht zuletzt deshalb eines der überzeugendsten auf der Platte, weil es nicht beim allgemeinen Beschwören der Kriegsgefahr stehen bleibt, sondern auch die Kräfte benennt, die ein reales Interesse am Krieg haben. Gelungen ist auch Walter Moßmanns Ballade „Chriese-Zytt" (Kirschenzeit), in der er das Idyll eines Ausflugs an den Rhein verschränkt mit der Erinnerung an den letzten Weltkrieg und den Zeichen, die heute allerorten auf die Vorbereitung eines neuen Krieges hinweisen.

Auf ein letztes Lied dieser LP soll hier noch verwiesen werden: Es ist „Der Graben" von Tucholsky/Eisler in einer ausgezeichneten Interpretation von Liederjan. Es ist dies sozusagen das Muster eines wirklich gelungenen Friedensliedes. Tucholsky spricht hier nicht in allgemeinen Formeln über den Krieg und seinen Schrecken, sondern er macht seine zerstörerischen Wirkungen auf die einzelnen Menschen so plastisch deutlich, daß sie von jedem ganz unmittelbar nachvollzogen werden können. Er nennt die Verantwortlichen für das Völkermorden und läßt sein Gedicht in einem Appell an die Verbrüderung der Werktätigen ausklingen. Hanns Eisler hat dazu einen langsam voranschreitenden Marschrhythmus gefunden, der unmittelbar anspricht und dem Lied seinen besonders kämpferischen Charakter verleiht.

Ein letzter Hinweis: „Außer einem Lied von Dieter Süverkrüp über den US-Außenminister Haig gibt es auf den beiden hier besprochenen Doppel-LPs keine Überschneidungen.

Künstler für den Frieden. Zu beziehen über Josef Weber, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60, Preis: 20,— DM.

Wir wollen leben. Folk Freak FF 3005/6

Neue „linkskurve" erschienen

Diskussion über Brecht

Wieder einmal wird gegenwärtig Bertolt Brecht für tot erklärt. Nicht wie in den fünfziger Jahren von den kalten Kriegern, denen er nicht in das von ihnen verordnete antikommunistische Weltbild paßte; nicht wie in den siebziger Jahren von Kritiker-Päpsten, die ihn als angeblich angestaubten Klassiker in die Rumpelkammer abschieben wollten — dieses Mal sind es Theaterleute, namentlich die führenden Leute der Westberliner „Schaubühne", die Brecht für überholt erklären.

Die neue „linkskurve" dokumentiert in ihrem Werkstatt-Teil einige dieser jüngsten Attacken auf den sozialistischen Stückeschreiber. Tobbi Weißert fühlt den Kritikern in einer gelungenen Polemik auf den Zahn; der Stuttgarter Regisseur Hansgünther Heyme verteidigt Brecht aus der Sicht des Theater-Praktikers. Insgesamt eine sehr aufschlußreiche Diskussion, die im übrigen in der nächsten Nummer mit einem Aufsatz von Alfred Kirchner (Schauspielhaus Bochum) fortgesetzt werden soll.

Neben der Brecht-Diskussion bildet das Thema „Wende zur Restauration" den Schwerpunkt der neuen „linkskurve". Hier wird die kulturelle Situation im Westdeutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet — es geht um den immer gerne zitierten „Nullpunkt", den es in Wahrheit nie gegeben hat. Ulrich Enzensberger hat zu diesem Thema mit dem Schriftsteller Walter Kolbenhoff gesprochen; Joachim Hackethal berichtet über seine Erfahrungen in der damals sehr beliebten Kabarett-Gruppe „Die Amnestierten"; Jörg Aufenanger schreibt über die Künstlergruppe „Der Turm", die sich nach dem Krieg in Wuppertal zusammengefunden hatte; Jürgen Weber stellt den bruchlosen Übergang von der Nazi-Kunst zur abstrakten Kunst der fünfziger Jahre dar usw.

In diesen Beiträgen spiegeln sich sehr lebendig all die Hoffnungen und Utopien der damaligen Intellektuellen, aber auch ihre Befangenheit in politischer Naivität und Illusion wider — während die alten und neuen Herren des Landes im Bündnis mit den Besatzern die Wende zur Restauration einleiteten.

Außer diesen beiden Schwerpunktthemen bringt das Heft eine ausführliche Dokumentation der „Berliner Begegnungen zur Friedensförderung" (u.a. mit Texten, die noch nicht veröffentlicht waren), Kulturnotizen, Tips, Rezensionen und vieles andere mehr.

Einzelheft 7,— DM, Jahresabo 25,— DM (vier Hefte).

Zu beziehen bei: Verlag Neue Zeit, Postfach 4304, 2300 Kiel





Nazim Hikmet (2. von rechts) 1951 bei den Weltjugendfestspielen in Berlin

Bildband über Nazim Hikmet

„Sie haben Angst vor unseren Liedern"

Zum 80. Geburtstag des großen türkischen Dichters Nazim Hikmet hat der Westberliner Verlag Elefanten Press einen zuerst 1977 erschienenen großformatigen Band mit Texten von und über Hikmet jetzt neu aufgelegt.

Der türkische Dichter, 1963 im Exil gestorben, hat 14 Jahre seines Lebens in den Gefängnissen der Türkei verbracht. So wollte die herrschende Klasse ihn, der sich auf die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung gestellt hatte, zum Schweigen bringen. Bis 1965 war sein Werk in der Türkei verboten, heute wird es von der faschistischen Junta wieder unterdrückt.

Obwohl in über 40 Sprachen übersetzt, ist Hikmet auch in der BRD relativ unbekannt geblieben (sein Hauptwerk „Menschenlandschaften" immerhin ist in einer vom Hamburger Buntbuch-Verlag herausgegebenen deutschen Übersetzung erhältlich). So ist der jetzt neu aufgelegte Band eine gute Gelegenheit, Nazim Hikmet kennenzulernen.

Neben Erinnerungen an den Dichter und Aufsätzen über sein Werk — unter anderem von Neruda, Sartre und Enzensberger — enthält er eine Auswahl von Gedichten Hikmets und auch einige Prosatexte. Alle Beiträge in dem Band sind auf deutsch und türkisch abgedruckt. Das Buch enthält darüber hinaus viele Bilder vom Leben und den Kämpfen der Werktätigen in der Türkei und Fotos von Hikmets verschiedenen Lebensstationen.

Nazim Hikmet: Sie haben Angst vor unseren Liedern; Verlag Elefanten Press, 300 Seiten, 29,80 DM.

Dieses Gedicht hat Hikmet Mitte der 50er Jahre zur Unterstützung der Unterschriftensammlungen für den Stockholmer Friedensappell geschrieben.

Das tote Mädchen

Ich klopf an deiner Tür an,
—bei wieviel Türen ich schon war! —
wenn mich auch keiner sehen kann;
denn die Toten sind unsichtbar.

Ich lebte in Hiroshima.
Das ist zehn Jahre her.
Jetzt bleib' ich für immer sieben Jahr'.
Tote Kinder wachsen nicht mehr.

Zuerst fing das Feuer mein Haar,
dann sind mir die Augen verbrannt,
die Hände —, mein Blut ist verdampft.
Bis ich nur mehr Asche war.

Nichts Liebes mehr tun könnt ihr mir.
Nichts, nichts. Ihr müßt bedenken,
ein Kind ist verbrannt wie Papier.
Ihr könnt ihm nichts mehr schenken.

Leis' klopf' ich an eure Türen.
Gebt mir eure Unterschrift.
Daß es nie mehr Kinder trifft,
daß nie mehr Kinder verbrennen,
und daß sie Bonbons essen können.

„Das kleine dicke Liederbuch"

Als Heide Buhmann und Hanspeter Haeseler unter diesem Titel ihre Sammlung von „aufsässigen, zornigen, witzigen und lebensfrohen Volksliedern" herausbrachten, war die erste Auflage schnell vergriffen. Die besonderen Qualitäten dieses Buches hatten sich wohl rasch herumgesprochen. Denn obwohl im Zuge der Wiederentdeckung des Volkslieds in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Liederbüchern erschienen sind, war dieses doch nicht zuletzt wegen der großen Fülle der darin versammelten Texte einmalig.

Nun ist eine zweite Auflage erschienen. Und damit ist das „Kleine dicke Liederbuch" um weitere 160 Seiten dicker geworden. Die Herausgeber haben vor allem eine Reihe von Tänzen neu hinzugefügt und ihr Buch bei den zeitgenössischen Liedern auf eine aktuellen Stand gebracht. Man findet darin jetzt auch neue Lieder von den Schmetterlingen, von den Bots, von Walter Moßmann usw.

Das Buch hat einen festen Einband, ist 800 Seiten stark und reich illustriert. Das alles gibt es für einen Preis von 15,— DM.

Zu beziehen bei Heide Buhmann, Besungen Str. 90, 6100 Darmstadt.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 15, 16 Nisan 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



BITTERMARK. — Bu, Dortmund'ta en az 240 anti-faşistin barbarca katledildiği yerin ismidir. Burada Hitler faşizminin yenilgisinden kısa bir süre önce Alman anti-faşistleri ve çeşitli ülkelerden zorla sürgüne gönderilen insanlar kurşuna dizilmiştiler. Bundan ötürü her yıl nisan ayı içerisinde, Paskalya bayramından önceki cuma günü (Karfreitag) Bittermark'taki İhtar anıtının önünde katledilenleri anmak ve faşizme karşı su yeminlerini dile getirmek için anti-faşistler bir araya gelmekteler: Bir daha ne faşizm nede savaş! Hava şartları kötü olmasına rağmen, Hitler faşistleri tarafından hunharca katledilenleri anmak için bu yıl 2 000 anti-faşist bir araya geldi. KPD İhtar anıtına bir çelenk. koydu. Anıtın önünde yapılan resmi konusmaların ise katledilenlerle yakından uzaktan bir bagı yoktu.

SPD'nin Merkezi Parti Kongresi

Schmidt, ABD füzelerinin yerleştirilmesini gerçekleştirmek iştiyor!

Bu hafta sonu SPD Münih'te Parti Kongresini yapacak. Bu kongre, Batı Almanya'daki Sosyal Demokrasinin içinde bulunduğu krizin giderek derinleştiği bir dönemde yapılıyor. Helmut Schmidt ve diğer Merkez Yönetim Kurulu üyeleri Parti Kongresinden önce SPD'nin içinde bulunduğu krizin nedenlerinin bir tahlilini yaptılar: SPD içerisinde „yetersiz bir birlik" mevcut.

SPD Yöönetiminin isteklerine bakılırsa, emekçilerin çıkarlarına aykırı olan politikalarını değiştirmek diye bir şey söz konusu değildir. Yönetimin şimdi parti kongresini yapması;onların daha ziyade bu kongreye katılacak delegelere baskı ya da şantaj yaparak veyahut çeşitli taktiki manevralara başvurarak işçi ve emekçilere karşı olan politikalarını destekleme stratejisini amaçlamaktadır. Bu, özellikle şimdi tabanın ve taraftarların direnişinin en yüksek olduğu üç alanda daha da belirgin bir şekilde kendisini göstermektedir.

Parti Yönetimi ekonomi politikasında demagojik bir başlık altında "Herkese İş" adlı temel bir öneri vereceğini açıkladı. Fakat bu öneri kitlesel işsizliğe karşı asla bir mücadele programı değildir. Aksine onu bazı süslemelerinden arındırarak ele alacak olursak, o zaman bu şu an izlenen Bonn'daki koalisyon politikasının desteklenmesinden başka hiçbir anlam taşımamaktadır.

Enerji politikasına gelince, bu noktada Schmidt ve şürekası parti kongresinde Bonn'un atom programının devamını tespit etmek istiyorlar. Ancak bu alanda iki yıl boyunca atom santralları yapımının durdurulması için en fazlasından bir uzlaşmaya gitme ortamı da mevcut ki, bu da enerji politikasında kayda değer hiçbir değişikliğe yol açmamaktadır.

> **Federal Hükümetin silahlanma politikasına karşı yürüyüş!**
> **17 nisan, cumartesi günü, saat 12'de Münih, Odeonplatz'da**

Güvenlik politikasında ise SPD Parti Yönetimi, ABD yeni orta menzilli füzelerinin yerleştirilmesinin 1983'ün sonbaharında yapılacak olan özel bir parti kongresinde karar altına alınmasını öneriyor. Bu tarih tam da NATO elebaşılarının füzeleri yerleştirmeyi amaçladıkları tarihtir ki, zaten şimdiden bile rampaların yapımına başlanılmış durumda.

SPD içerisinde bile yönetimin bu adice manevrası protestolara yol açtı. ABD orta menzilli füzelerinin yerleştirilmesi üzerine parti içerisindeki tartışmaların erteleme önerisinin tek bir amacı vardır: Bu da füzelerin yerleştirilmesi için ön şartları hazırlamak ve parti içerisinde gelişebilecek muhtemel bir direnişi önlemek. Yönetimin önerisine karşılık Erhard Epler ve diğer delegeler de başka bir öneride bulunmak istiyorlar. Bu öneri orte menzilli füzelerin yerleştirilmesi kararının Cenevre'de yapılacak silahlanmayı sınırlandırma görüşmeleri sürdüğü sürece dondurulmasını içeriyor. Bu öneri de alternatif bir öneri değildir. Çünkü her şeyden önce yapılan görüşmelerde Batının silahlarını sınırlandırma adımları Sovyetler Birliği'nin silahlarını sınırlandırmasına bağlı kılınmaktadır.

SPD Yönetiminin önerisine karşı tek ve doğru alternatif öneri, NATO "Ek" silahlanma kararının kayıtsız şartsız reddedilmesi önerisidir. İşte bu talepler uğruna SPD'nin Münih'teki parti kongresi dolayısıyla aralarında partimiz KPD'nin de yer aldığı bir yürüyüş yapılacak

(„Schmidt will Stationierung der US-Raketen durchsetzen")

Basım dalındaki toplu sözleşmeler kızışıyor

Greve gidilmesi kaçınılmaz bir hal almıştır

STUTTGART. — Basım dalında greve gidilmesi artık kaçınılmaz bir hal almıştır. 5 nisan'da yapılan uzlaşma görüşmelerinde bir anlaşmaya varılamadı ve görüşmeler ileri bir tarihe ertelendi. Görüşmelerin sürdügü aynı dönemde basım işçileri uyarı grevlerine gittiler. Basım işverenleri önceden olduğu gibi şimdide sendika tarafından ileri sürülen yeni ücret grupları talebi üzerine görüşmeyi reddetmekteler.

Basım ve Kağıt Sendikası Yönetimi de gerçek ücretlerin güvence altına alınması hedefini terk ederek, ücret zammı talebini yüzde 4.2'ye indirdi. Ne var ki, patronlar buna rağmen tavizin karşılığını vermeye hazır değiller. Bırakalım patronların bu taviz üzerine geri adım atmasını bir yana, onlar sendika yönetimine şantaj bile yapmaya kalkıştılar. Basım patronları, sendikanın ileri sürdüğü yeni ücret grupları üzerine görüşmenin 9 ay daha ertelenmesini ve aynı dönemde yapılacak olan işyeri anlaşmaları ile birlikte ele alınmasını talep ettiler.

Patronlar böylece talebin birini diğerine karşı kullanmaya yeltenmekteler. Onlar aynı zamanda ücretlerin daha düşük gruplara bölünmesi ve düşürülmesi için kendilerine açık bir kapı bırakmak istemekteler. Basım ve Kağıt Sendikası için ayrıca yeni ücret gruplaşmalarının şundan ötürü de küçümsenemez bir önemi vardır: Bunların gerçekleştirilmesi ile basım dalında toplu sözleşme anlaşmalarının üzerinde de ödenen ücretler de garanti altına alınmış olur.

Uzlaşma görüşmelerinin sürdüğü 5 Nisan'da Stuttgart'ta, Darmstadt, Köln, Frankfurt, Hamburg ve Itzehoe şehirlerinde çeşitli matbaalarda uyarı grevleri düzenlendi. Ayrıca bunun yanı sıra çeşitli işletmelerde işçi arkadaşlar Basım İşverenleri Birliği'ne bir telgraf çektiler. Bu telgrafta işçi arkadaşlar "gerektiğinde çeşitli eylemler düzenlemeye hazır olduklarının" altını çizmekteler. Yeni uzlaşma görüşmesi 21 Nisan'a ertelendi.

(„Drucktarifrunde spitzt sich zu")

Bu hafta

Batı Şeria'da genel grev

KUDÜS. — İsrael tarafından ilhak edilen Batı Şeria'da yapılan genel grev çağrısına elimize ulaşan ilk haberlere göre herkes uymuştur. Batı Şeria'da genel greve gidilmesinin nedenini, İsrail'in silahlı çetelerinin iki Filistinliyi katletmesi oluşturmaktadır. Filistin halkının genel greve gitmesi üzerine İsrail ordusu en vahşi bir şekilde saldırıya geçti.

"Cinnet geçirerek" halkın üzerine ateş eden kişiye ve olaya yönelik haberlerin verilmesi yasaklandı ki, "cinnet geçirdiği" ileri sürülen şahıs katledilen iki Filistinliden birini öldürmüştü. İkinci Filistinli ise İsrail'in silahlı sivil çetelerinin kurşunları ile katledildi. Burada "cinnet geçirme" olarak ileri sürülen olay, gerçekte ise siyonist yobazları seferberliğe iten İsrail Hükümeti tarafından haftalardan beri sürdürülen kışkırtma kampanyasının bir ürünüdür.

Bu olayların ardında başta Kudüs olmak üzere çeşitli şehirlerde yaygın protesto gösterileri düzenlendi. Bu gösterilere İsrail polisi ve ordusu vahşice saldırarak bastırmaya kalkıştıysa da başarılı olamadı.

İsrail'in işgal altındaki bölgelerde mücadele dalgaları her geçen gün yeni boyutlar kazanmaktadır. Ne varki Filistin halkının özgürlük istemini büyük İsrail devleti kurma politikası izleyen Begin rejimi kanlı katliama girişerek bastırmaya çalışmaktadır. Bundan ötürü burada barışın sağlanması ancak ve ancak İsrail işgal kuvvetlerinin bölgeyi terketmesi ile mümkündür.

(„Generalstreik im Westjordanland")

Geleneksel Ostern yürüyüşleri düzenlendi

Barış için yüz binler yürüdü

FRANKFURT/DORTMUND. — Barış hareketinin şimdiye kadar düzenlenen en büyük eylemlerinden birini de, paskalya tatilinde Federal Almanya çapında yapılan Ostern barış yürüyüşleri oluşturmaktaydı. Yapılan bu eylemlere yaklaşık olarak 400 bin insan katıldı.

Ostern Barış yürüyüşlerinin sona erdiği Frankfurt/Main ve Dortmund'ta yapılan mitinglere özellikle büyük bir kitle katılımı oldu. Münster'den, Duisburg'dan ve Wuppertal'dan gelen yürüyüş kollarının birleştiği Dortmund'da kapanış mitinginde 50.OOO'i aşkın insan yer aldı.

Paskalya tatilinde sokaklara dökülen farklı dünya görüşlerinden insanları biraraya getiren noktayı, hepsinin barışın korunmasını olanaklar dahilinde istemesi oluşturuyordu.

Yürüyüş ara mitinglerinde ve kapanış mitinginde yapılan konuşmalarda sürekli NATO'nun Ek Silahlanma kararı eleştirildi. Ancak bunun yanı sıra barış yürüyüşlerinde yapılan konuşmalar, barışın korunması sorurunu iki süper devlet arasında Cenevre'de yapılan görüşmelere tabii kılma eğilimlerini de taşıyordu. Çünkü yapılan birçok konuşmada, konuşmacılar barışın korunmasının sözümona bir imkanı olarak bu görüşmelere işaret ettiler.

(„Hunderttausende bei den Ostermärschen!")



Ostern barış yürüşü



1964 yılındaki darbeden kısa bir süre önce düzenlenen köylü yürüyüşleri. Bu yürüyüşlerin temel talebi şuydu: „Ya toprak reformu, ya da biz toprakları işgal ederiz".



Grev, yürüyüş ve militan gösteriler Brezilya'da günlük yaşama damgasını vurmakta ve diktatörlüğün mevzilerini sarsmaktadır.

Brezilya Komünist Partisi 60. mücadele yılına girdi

Geçen ay Brezilya Komünist Partisi 60. kuruluş yılını doldurdu. Ve ayrıca Brezilya kardeş partimiz yeniden inşaasının da 20. yılını doldurdu. Brezilya Komünist Partisi, modern revizyonizme karşı mücadelede oldukça önemli bir rol oynadı. O bir tarafta parti içerisinde modern revizyonistlere karşı mücadeleyi başarılı bir şekilde sürdürür ve partinin çoğunluğunu MarksistLeninist cizgiye kazanırken, öbür tarafta ise enternasyonal alanda iktidarda olmayan tek Marksist-Leninist parti olarak modern revizyonizme karşı mücadelenin başarı kazanmasını sağladı ve partiyi yeniden inşaa etmeyi başardı.

Brezilya Komünist Partisi, Brezilyalı devrimciler ve işçi hareketi için tarihsel bir öneme sahip olan bu iki günü; 1964 yılında inşaa edilen diktatörlüğün en zayıf olduğu ve yıkılması için gerçek şartların daha da olgunlaştığı bir dönemde kutluyor.

Brezilya Komünist Partisi geniş bir yurtsever-demokratik birleşik cephe politikasi ile toplumsal yaşamın her alanında;hem işyerinde,hem sendikada, hem okulda,hem köylüler arasında örgütlediği eylemleri ile devrim mücadelesini bir adım daha ileriye götürmektedir.

Brezilya Komünist Partisi Merkez Komitesi partinin kuruluşunun 60. yıldönümü (25. Mart) ve yeniden inşaasının (18. Şubat) ise 20. yıldönümü dolayısıyla tüm üyelerini, taraf tarlarını, sempatizanlarını, işçileri sınıf olarak ve tüm halkı, Brezilya işçi ve devrimci hareketi için tarihsel bir öneme sahip olan bu iki tarihi günü kutlamaya çağırmaktadır.

Brezilya Komünist Partisinin tarihi tam 60 yıllık şanlı mücadele tecrübeleri ile doludur. O, Marks-Engels, Lenin ve Stalin'in öğretilerine sadık kalarak yılmadan ve yorulmadan işçi sınıfının, köylülüğün, emekçi halk yığınlarının çıkarı için mücadele etti ve hala da etmektedir. Özgürlük, milli kurtuluş ve sosyalizm mücadelesi için tam 60 yıllık kahramanca ve şanlı mücadelesinde nice yiğit komünist önderlerini yitirdi. Ama buna ragmen bir an olsun yılmadı, aksine proletaryanın sosyalizm bayrağını daha da yükseklere çekti.

Merkez Komitesi tarihsel öneme sahip bu iki gün dolayısıyla bu yılı partili yılı ilan etti. Bundan ötürü parti toplumsal yaşamın her alanında şimdiye kadar olduğundan daha fazla çeşitli eylemler yaygınlaştıracak.

Partinin kuruluşunun 60. yıl dönümü dolayısıyla partimiz KPD Merkez Komitesi, Brezilya Komünist Partisi Merkez Komitesi'ne bir kutlama mesaji gönderdi. Bu mesajda şöyle denilmektedir: "Her iki partide, emperyalizme,sosyal emperyalizme, özellikle de iki süper devlete, ABD ve Sovyetler Birliği'ne karşı, devrimin, sosyalizmin ve komünizmin zaferi için mücadelede birbirine sıkı sıkıya bağlıdırlar. Bunun için biz Marksizm-Leninizmin öğretilerine ve proletarya enternasyonalizmi ilkesine dayanan kardeşçe ilişkilerimizin daha da pekişmesi temenni ederiz.

Bu iki tarihsel anma gününden ötürü size, tüm partinize, Brezilya sınıfına ve halkına özgürlük ve ulusal kurtuluş, demokrasi ve sosyalizm uğruna devrimci mücadelenizde yeni başarılar kaydetmenizi dileriz." ("60 Jahre KP Brasilien")

10 haziran'da Reagan'a ve NATO ya karşı yürüyelim!

Reagan'ın Almanya ziyareti ve NATO zirvesi dolayısıyla bir eylemin yapılması için evvelki hafta sonu Bonn'da düzenlenen toplantıya çeşitli parti, örgüt ve barış insiyatiflerinden 800 temsilci katıldı. Toplantıya katılanların ezici çoğunluğu 10 Haziran'da Reagan'a ve Bonn'da yapılması kararlaştırılan NATO zirvesine karşı bir eylemin konulması konusunda görüş birliğine vardılar. Bunun içinde 10 Haziran'da Bonn'da bir merkezi yürüyüşün yapılması kararlaştırıldı.

Kuşkusuz bu karar olumlu ve gerekli olan bir karardır. Federal Hükümetin girişimiyle önce Brüksel'de yapılması planlanan NATO zirvesi daha sonra Almanya'da yapılması kararlaştırıldı. Bu haber duyulur duyulmaz partimiz KPD bu provokasyonu güçlü bir kitle eylemi ile cevaplandırmak için hemen harekete geçti. Ve bunun içinde herhangi bir tarihi değil, tamda NATO zirvesinin Bonn'da başlayacağı gün olan 10 Haziran'ı belirledi.

Partimiz KPD imkanları dahilinde harekete geçerek bu günün Reagan'a ve NATO'ya karşı mücadelenin yükseltildiği bir gün olması için her türlü çabayı sarfedecektir.

10 Haziran'da Bonn'da yapılacak bu yürüyüşün talepleri ve hedefleri doğrultusunda çeşitli örgüt temsilcilerinin katıldığı toplantıda temel anlaşmazlıklar ortaya çıktı. Toplantıda yürüyüş için 37 örgüt tarafından hazırlanmış bir çağrı taslağı ileri sürüldü ki, bu taslakta Reagan üzerine bir tek kelime dahi geçmiyordu. Bu çağrıda, NATO'nun batılı ülkelerin savaş politikasının bir aracı olduğu üzerine bile açık seçik bir şey yer almıyordu. Zaten Batı Almanya'nın bu savaş paktına üyeliği üzerine ise hiç bir şey bahsedilmiyordu. Ayrıca Polonya ve Afganistan'a ilişkin ise bildiride, Sovyetler Birliği yönetiminin bile imzalayabileceği düşünceler yer alıyordu. Bunların yanı sıra çağrı taslağı tüm mevcut orta menzilli atom füzelerinin imha edilmesini ve yenilerinin üretiminin durdurulmasını iki süper devlet arasında Cenevre'de yapılan "silahsızlanma görüşmelerine" tabii kılmaktadır.

Partimiz KPD bu bildirinin içeriğini eleştirdi ve kendi görüşlerini ortaya koydu. Partimizin yanı sıra diğer konuşmacılarda, örneğin "Demokratik Sosyalistler"den milletvekili Hansen'de barışın korunmasının iki süper devlet arasındaki görüşmelere tabii kılınmasına karşı çıktı ve NATO'ya karşı daha sert tavrın belirlenmesini talep etti.

Yukarıdaki çağrı taslağına karşı 100 örgüt ve barış insiyatifi tarafından hazırlanmış bir alternativ çağrı taslağı ileri sürüldü (Göttingen Çağrısı). Tartışmalar için hangi çağrı taslağının temel alınması gerektiği üzerine yapılan oylamada ise toplantıya katılanların üçte ikisi "Göttinger Çağrısı"na karşı çıktı. Bu toplantıya DKP ve onun siyasi etkisi altında olan örgütler yoğun bir şekilde katılmıştılar. Bunun içinde daha sonra çağrı taslağındaki bazı noktalar değiştirilemedi ve sadece bir iki önemsiz nokta düzeltildi. İşte bunun içindirki, partimiz KPD bu çağrıyı imzalamadı. Gerçi çağrı taslağı üzerine bir görüş birliğine varılamadıysa da barış hareketi içerisinde yer alan tüm örgütler Bonn'da bir yürüyüşün yapılması için görüş birliğine vardılar.

Bonn'daki partilerin tümü bir tarafta yürüyüşçüler üzerine kışkırtma kampanyalarını sürdürürken, öbür tarafta ise yürüyüşün yerini değiştirmeye, hatta NATTO zirvesinden sonraki bir tarihe atmaya kalkışmaktalar. Bunun için bu yürüyüşe güçlü bir seferberlik yaparak ve barış üzerine olan siyasi görüşlerimizi net bir şekilde ortaya koyarak hem Reagan'a hem NATO elebaşılarına hemde Bonn Hükümetine barış hareketini geçmişte olduğu gibi şimdide karşılarında ciddi bir siyasi akım olarak görmeleri gerektiğini göstermeliyiz. Bunun için biz Türkiyeliler de bu yürüyüşe yoğun bir şekilde katılmalı ve eylemin görkemli bir eyleme dönüşmesi için çaba sarfetmeliyiz.

Gelecek sayımızda partimizin Reagan'a ve NATO'ya karşı yürüyüşün çağrı bildirisini niçin imzalamadığının ayrıntılarını ortaya koyacağız.



Haig'e karşı 80 bin kişi yürüdü. Şimdi görev Reagan'a ve NATO'ya karşı daha güçlü eylemin yapılmasını sağlamaktır.

Kosovalı işçilerin protesto eylemi:

UDB'li katiller cezasız bırakılmamalıdır!

BONN.--Kosova'dan gelen Arnavut işçiler 3 Nisan'da Bonn'da bir yürüyüş düzenlediler. Kosova'da sıkıyönetimin ilan edilişinin birinci yılı dolayısıyla düzenlenen eylemle aynı zamanda Yugoslav revizyonistlerinin ajan örgütü UDB tarafından Batı Almanya'da Kosova'lı yurtseverlere düzenlenen alçakca saldırılarda protesto edildi. Yürüyüşte Kosova'da ilan edilen sıkıyönetimin kaldırılması ve Kosova'ya federal bir cumhuriyet statükosunun tanınması talep edildi.

Yugoslav Hükümeti, geçen yıl Kosova'da ulusal baskı, sömürü ve zulme karşı sesini yükselten Kosova'lı Arnavutluların üzerine tankıyla, topuyla ve süngüsü ile saldırarak onlarcasını katletti,yüzlercesini tutukladı ve 1 ile 15 yıl arasında değişen ağır cezalar verdi. Ancak bununla yetinmeyen Yugoslav revizyonistleri ajanlarını yurtdışında da Kosova'nın özgürlüğü için mücadele veren işçilere saldırttı. Yugoslav Hükümeti kan ve vahşet estirerek Kosova halkının direnişini kırmak, sesini yükseltmesi önlemek istemektedir. Bunun içinde geçen yılın nisan ayında Kosova'da sıkıyönetim ilan etti. Aradan tam bir yıl geçmesine rağmen Kosova halkının haklı özgürlük istemini bastıramayan Yugoslav hakim sınıfları, sıkıyönetimlerini hala sürdürmekte, her gün yaşlı, genç, kadın, çocuk demeden, özgürlük istemini dile getirenleri hapishanelere tıkmaktadır.

İşte bundan ötürü ülkelerindeki azgınca sömürüyü ve ulusal baskıyı protesto etmek için Kosova'lı Arnavutlar 3 Nisan'da Bonn'da bir yürüyüş düzenlediler. Yürüyüşte dile getirilen taleplerin birinide, Yugoslav revizyonistlerinin ajanları tarafından Heilbronn yakınlarındaki Untergruppenbach'ta katledilen İsuf Gervalla, Bardosh Gervalla ve Kadri Zeka'nın katillerinin bulunup cezalandırılması oluşturuyordu.

Federal Hükümet üç Kosova'lı yurtseverin katilini bulmak ve Yugoslav ajanlarının eli kolu sallayarak dolanmalarını, yeni katliamlara girişmelerini önlemek ve faaliyetlerini yasaklamak yerine, Kosova'dan gelen siyasi ilticalar ve göçmenler üzerindeki baskısını artırmaktadır. Yugoslav ajanlarının Untergruppenbach'ta alçakça katliama girişerek üç yurtseveri katletmesinin ardından, sivil polis katilleri açığa çıkarmak yerine siyasi görüşlerinden ötürü göçmek zorunda bırakılan Kosava'lılara karşı tahkikat sürdürmektedir.

Kosova'lı ve Yugoslavya'nın diğer bölgelerinden gelen Arnavutlu işçiler; Federal Almanya'da yabancı, özelliklede Yugoslav ajan örgütünün yasaklanmasını, Yugoslav rejimine verilen maddi yardımların durdurulmasını, Yugoslav ajan örgütü ile Alman polisi arasındaki her türlü gizli ya da legal çalışmaya son verilmesini ve Federal Hükümetin Almanya'da girişilen katliamlar üzerine Yugoslav Hükümetini hesap vermeye çağırmasını talep ediyorlar. Bu talepleri partimiz KPD ve diğer demokratik örgüt ve kuruluşlarda desteklemekteler.

3 Nisan, Bonn'da düzenlenen eyleme 1500 emekçi, özellikle de Arnavut işçiler katıldılar. Yürüyüşte Arnavutluk'un milli bayrağı taşındı. Gerek yürüyüş gereksede mitingin yapıldığı esnada mücadeleci bir ortam mevcuttu. Daha sonra Bonn Münster platz'ta yapılan miting'te 2 Arnavut işçi ve bir Alman, yürüyüşün yapılmasının amacını açıkladı, Kosova'da Yugoslav rejiminin giriştiği katliamı lanetledi ve yurtdışında Arnavutlu göçmenlerin katledilmesine karşı Bonn Hükümetinden önlemlerin alınması talep etti ve Kosova'nın Fedaral Cumhuriyet statükosuna kavuşturulması gerektiğini vurguladılar.

Yürüyüş ve mitingin bitiminden sonra ayrıca Poppelsdorfer Üniversite kantininde bir gece yapıldı. Gece kültür programı açısından oldukça zengindi ve katılan kitlenin de beğenisi kazandı.

("Albanische Emigranten demonstrierten in Bonn")

Kanada Komünist Partisi/ Marksist-Leninist IV. Parti Kongresi

Yakın zamanda Kanada Komünist Partisi/Marksist-Leninist IV. parti kongresini yaptı. Parti Kongresi'nin resmi olarak kapanması ve Kanada Komünist Partisi-Marksist-Leninist'in kuruluşunun 12. yıl dönümü dolayısıyla 3 Nisan'da, Montreal'da enternasyonal bir toplantı düzenledi.

Bu toplantıya Arnavutluk Emek Partisi Merkez Komitesi üyesi Enver Halili yoldaşın yönetimindeki AEP Delegasyonu'nun yanı sıra Britanya,Danimarka, Dominik Cumhuriyeti, Ekvador, Hindistan, İrlanda, İslanda, Meksika, Portekiz, İspanya Trinidad ve Tobago ve Türkiye'den Marksist-Leninist parti ya da örgütlerden delegasyonlar katıldılar. İslanda ve Arnavutluk Delegosyunu hariç aralarında partimiz KPD'nin de bir delegasyonunun yer aldığı tüm yabancı delegasyonlar Parti kongresinin çalışmalarını izleme olanağınıda elde ettiler. Parti Kongresi, Kanada Komünist Partisi/Marksist-Leninist Başkanı Hardial Bainesyoldaş tarafından okunan Merkez Komitesi'nin siyasi faaliyet raporunu ve Denetleme Komisyonu'nun raporunu oybirliği ile kabul etti ve tüzükte bazı değişiklikler yaptı. Kongre daha sonra yeni Merkez Komitesi üyelerini ve Parti Denetleme Komisyonunu seçti. Hardial Baines yoldaş tekrardan parti başkanlığına seçildi.

’82 ücret turları:

İşverenler, ücretlerimizi daha fazla talan etmek istiyorlar!

Patronlar, toplu sözleşmelerin henüz imzalanmadığı alanlarda fiat artışlarının oldukça altında olan metal sanayiisindeki yüzde 4,2’lik ücret artışı anlaşmasından hareket etmekteler. İG Metall’ın, gerçek ücretlerin güvence altına alınması için hiç bir mücadeleci eyleme başvurmaksızın yaptığı yüzde 4,2’lik ücret artışı anlaşması, onun patronların önünde teslimiyet bayrağını çekmesi demektir ki, zaten İGM’nın bu yılki toplu sözleşmeler için ilan ettiği ücret politikasındaki dönüşümde buydu. Bunun içinde ücret turlarının devamı bu politikanın nereye doğru yöneldiğini gösteriyor: Patronlar ücretleri talan etme yönünde ileriye doğru bir adım attılar. Bundan ötürüde toplu sözleşmelerin henüz imzalanmadığı alanlarda ise daha düşük ücret artışı anlaşması yapmak istiyorlar.

Hiç kuşkusuz İG Metall’ın Krefeld’de yaptığı ücret artışı anlaşması işverenler cephesinde ve sendika düşmanlarında bu kadar övgü ve alkış toplamamıştır. İşverenler yapılan bu anlaşmaya duydukları memnuyeti dile getirmekten kendileri artık alıkoyamaz oldular.

DGB içerisinde en büyük sendika olan İG Metall’ın yaptığı toplu sözleşme anlaşması sadece metal sanayiisinde çalışan emekçilere değil, aynı zamanda tüm diğer alanlarda da çalışan işçi ve emekçilere yönelik adice bir ihanettir. Çünkü bu, işverenlerin eline toplu sözleşme görüşmelerinin henüz tamamlanmadığı alanlar için ücret zamlarını daha da düşük tutma silahını verdi. Nitekim çelik sanayiisinde yapılan ihanet anlaşması bunun bir belgesidir.

Genel Metall Başkanı Thiele, Krefeld’de imzalanan toplu sözleşme anlaşmasının ardından buna duyduğu sevinci ve memnuniyeti dile getirdi. O bunun işverenler için “ücret politikalarında bir adım daha ileri attıkları” anlamına geldiğini belirtti.

Bu konuda ekonomi dergisi “Capital”ın 12 Mart 1982 tarihli sayısında şöyle denilmektedir: “İşverenler, Krefeld’deki ücret zammı neticesi ile memnun olabilmelidirler… Kâr sağlayan ücret uzlaşması Alman İşveren Birlikleri Merkezi Birliği’nin gizli ön tespitleri ile tam bir uyum içerisindedir…” Ve Federal Başbakan Schmidt ise Loderer, Janssen, KarlHeinz Braeuer vb. gibi İG Metall sendika patronlarına kendilerinin “büyük bir göz tahmini” yaptıklarını bildirdi.

İşverenlerin, İG Metall’ın yaptığı ücret zammı anlaşmasına sevinmeleri, onların toplu sözleşme görüşmelerinin henüz sona ermediği diğer alanlarda daha fazla “kâr elde edebilmek” icin düşük bir ücret artışı anlaşması yapmalarının önünde hiç bir engel oluşturmamaktadır. Ve bunu bugün en açıklığı ile toplu sözleşme görüşmelerin henüz sürdüğü kamu hizmetleri dalında görmekteyiz.

İG Metall’ın hiç bir kayda değer direnişe geçmeksizin patronlarla yaptığı yüzde 4,2 ücret zammı anlaşması; aç gözlü, para hastası patronları işçi ve emekçilerin ceplerindeki son kuruşada göz dikmelerine teşvik etti. Çünkü onlar ileriye doğru bir adım attılar ve daha fazla ilerlemek istiyorlar.

Metall sektöründe yapılan bu anlaşmanın sancısını, bugün İGM yönetimine karşılık yönetimleri patronlarla “her an uzlaşmaya” hazır olan diğer alanlardaki sendika tabanı çekmektedir.

Patronlarla her an uzlaşmaya hazır olan sendika yönetimleri olarak İnşaat, Taş, Toprak sendikası yönetimini, Maden ve Enerji sendikası yönetimini, Tekstil ve Giyim eşyası sendikası yönetimini, İG Kimya yönetimini, gösterebiliriz. Ayrıca bu alanlardaki ücret talepleri İGM göre daha da düşüktür ki, İG Kimya yönetimi bir ücret artışı talebini dahi ileri sürmeyi redderek patronlara en iyi hizmeti sundu. Onun bu tutumu, sendikal cephenin arkadan hancerlemesi demektir.

DGB içerisinde ikinci büyük sendika olan ÖTV sendikası yönetimi ise daha talep tespitinde bile kapitalistlerin içinde bulundukları durumu “göz önünde” bulundurdu ve bunun içinde yüzde 6,5 ücret artışı talebini ileri sürdü.

Bonn Hükümeti kamu emekçilerinin ücretlerini yüzde 1 oranında kısıtlama girişiminde bulunarak özel sektör için öncülüğü sürdürmeye kalkıştıysada şimdilik başarılı olamadı. İçişleri Bakanı Baum’un ücretleri yüzde bir oranında kısıtlamaya kalkışması, ÖTV Başkanı Heinz Kluncker’i mücadeleci mevziye geçmeye zorladı ki, o böyle bir şeyi istemiyordu.

Inşaat sektöründe ise İG Bau Başkanı Sperner yapılacak yüzde 4’lük bir ücret zammı anlaşması ile de memnun olacağını açıkladı. Ama Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu onun yüzde 4’lük bir ücret zammı için uzlaşmaya gitmesini reddetti.

Elbette İnşaat Sendikası başkanının geçen yılki toplu sözleşmelerde yüzde 4’lük bir ücret artışı anlaşmasını imzalamaya kalkışmasının bu yılda belirli derecede etkisi vardı. Ancak o geçen yıl bunu başaramadı. Çünkü inşaat işçileri bu ihanete karşı baş kaldırdılar. Bunun içinde bu yönde yeni bir girişimde bulundu.

Kimya ve Tekstil dalına gelince; bu iki alanda da durum olağan üstü kötü. Bu iki alanda da sendika patronları tabanın hiç bir tepkisiyle karşılaşmadan ücret zamlarından vaz geçilmesi gerektiğini vaaz etmekteler. Buna karşı tabanın bir direnişinin olmaması, henüz bu alanda sınıf mücadeleci muhalefetin gelişmemiş olmasına ya da zayıf olmasına bağlanabilir. Veyahut Hamburg İG Kimya sendikasının yaptığı gibi sınıf mücadeleci muhalefet tasviye edilmiştir.

Öte yandan mağaza ve matbaa işçi ve emekçilerinin olağanüstü mücadele azimlerinden ötürü kapitalistler geniş bir saldırıya geçmeye henüz cesaret edememekteler. Gerçi gerek mağaza emekçilerinin sendikası, HBV yönetimi gereksede matbaa işçilerinin sendikası, İG Druck yönetimi gerçek ücretlerin garanti altına alınabilinmesi için tamamen tavizsiz bir tutum takınmamaktadır.

Ama basım işçilerinin son yıllardaki görkemli grevleri ve mağaza emekçilerinin de giderek mücadeleye atılmaları patronların yüreklerine korku salmakta ve bundan ötürüde onlar henüz açıktan açığa geniş cepheden bir saldırıya geçmeye yeltenememekteler.

Maalesef İG Metall Yönetiminin patronlara hizmet eden ücret artışı anlaşması ile bu yılki toplu sözleşmelerde bir yön kazanmıştır. Bu ihanet anlaşması, gerçek ücretlerin garanti altına alınması için tüm iş kollarında yaygın ve mücadeleci eylemlerin gelişmesini engelledi ve ücret anlaşmalarının yapılmadığı alanlarda yılgınlık tohumları ekti.

Fakat buna rağmen yılgınlığa kapılarak toplu sözleşmelerin henüz imzalanmadığı alanlarda yüzde 4’ün önünde veya altında bir ücret artışı anlaşması yapılmış olsun olmasın dememeliyiz. Aksine yüzde 4,2’ninde altında bir adım daha geri atmak demek patronların gelecek yıllarda toplu sözleşmelerde ücret artışlarını düşürmesine ve son tahlilde tamamen rafa kaldırmalarına hizmet eder. Bunun için mücadeleci mevzilerimizi terketmemeliyiz ve ücret taleplerimizi gerçekleştirme yönünde adım atmalıyız. Çünkü patronlar bir ipin ucunu tuttukları zaman onu sonuna kadar gitmeyi başarmak isterler.

(“Lohnrunde 82: Die Unternehmer haben Blut geleckt”)



El Salvador’da yeni tip seçim sandıkları(?!)

FMLN’nin El Salvador’daki seçimler üzerine açıklaması

Seçim mi, yoksa gövde gösterisi mi?

Tüm gericiler El Salvador’daki seçimler üzerine verilen haberleri, kurtuluş hareketinin gerçekte tecrit olduğu yalanını yaygınlaştırmak için kullandı ve seçilmiş olan partiler ile birlikte çalışmanın gerekli olduğunu vurguladılar. Federal Almanya’da seçimler öncesinde de faşistleri destekleyen CDU/CSU, seçimden sonra bunu El Salvador halkının tek kutuluş yolu olarak lansa etmeye çalıştılar. Ayrıca CDU ile aynı görüşü Bremen SPD’li belediye reisi Koschnick bile paylaştı. FMLN örgütü yaptığı bir açıklamada, bu seçimin komediden başka bir şey olmadığının altını bir kez daha çizdi.

El Salvador “Ulusal Kurtuluş Cephesi” (FMLN), seçim üzerine üç ayrı resmi açıklamanın yapıldığını belirtti. Seçimden bir gün önce, yani pazartesi günü seçmen sayısı 376 bin olarak gösterildi. Salı günü ise bu sayı iki katına çıkarıldı ve 747 bin olarak belirtildi. Ayrıca bunun yanı sıra El Salvador’un ABD’deki büyük elçisi ise seçime 1,2 milyon seçmenin katıldığını ileri sürdü ki, resmi olarak sadece 800.000 seçmen kartının basıldığı açıklandı.

FMLN örgütü ayrıca halkın zorla sandık başına götürüldüğüne işaret etmekte ve bunun yanısıra devlet dairelerinde ve bankalarda çalışan memurların Mart ayı aylıklarını ancak seçime katıldıklarını ispatladıkları zaman alabildiklerini vurgulamaktadır.

Batı Alman televizyonunda El Salvador’daki seçimler üzerine gösterilen seçmen kuyruklarına ilişkin ise FMLN örgütü bunu, bütün ülke çapında sadece 13 yöresel seçim sandığının olmasına bağlamaktadır.

El Salvador “Ulusal Kurtuluş Cephesi”, seçimi en tanınmış faşist ve kitle katili olan D’Abuisson’un kazandığını ve seçimin hemen ardından ABD emperyalizmin Büyük elçisinin yönetiminde çok partili bir hükümetin kurulması için görüşmelerin başladığını belirtmektedir.

İşte bu durumda FMLN yapılan seçimlerin sadece yurtdışında faşistlerin propagandasının yapılmasına hizmet ettiğinin altını çizmekte ve bunun El Salvador halkı açısından hiç bir değişikliğe yol açmayan bir seçim komedisi olduğunu vurgulamaktadır.

El Salvador “Ulusal Kurtuluş Cephesi” açıklamasında ayrıca ulusal kurtuluş mücadelesinin devam edeceğini ve geçmişte olduğu gibi şimdide kendilerinin samimi görüşmelerin yapılmasına hazır olduklarını belirtmektedir.

(“Wahlen in El Salvador: Eine gescheiterte Farce”)

Bir ÖTV Grubunun talebi:

Yabancılar ve Almanlar için eşit haklar!

Bremen’de ÖTV Gençlik Birliği’nin Batı semt bölümü 13 Ocak 1982’de yaptığı üye toplantısında “Yabancı ve Almanlara eşit haklar tanınmalıdır! adlı bir manifesto kararlaştırdı. ÖTV, GEW ve DGB yönetici organlarına, Bremen Senatosu’na gönderilen bu manifestodan aşağıda bazı bölümleri aktaracağız.

“Bremen Senatosu 14 Aralık 1981’de, ‘sosyal barışın korunması için’ aynı zamanda yabancıların sayılarının dondurulmasınıda kararlaştırdı; ayrıca Senato 1 Nisan 1982’den itibaren yabancılar kararnamesinin daha da sertleştirileceğini açıkladı.

Şimdi aileleri zorla bölme, zaten gerici olan yabancılar kanununun daha da sertleştirilmesi yönünde ileriye doğru atılan bir adımdır.

‘Savaş sonrası dönemin en derin krizinin yükü halkın sırtına bindirilmek isteniyor. Hükümetler, yayın araç ve gereçleri genç yaşlı diye, yabancı Alman diye bölücülüğe giderek sürekli şu şiarı izlemekteler: Böl ve yönet!

Örneğin bir tarafta Türkiye’den gelen ilticacılara karşı kışkırtmaya girişilir ve onlara ‘sözümona ilticalı ve ekonomi mültecileri’ diye sövüp sayılırken, öbür tarafta ise Türkiye’deki askeri faşist cunta açıkca para ile ve silahla desteklenmektedir!

Hükümetin ve eyaletlerin ‘tasarruf programları özellikle ağır bir şekilde yabancı aileleri etkilemekte; zaten ağır olan iş ve yaşam şartlarını (örneğin konut, eğitim, mesleki eğitim, sağlık sorunu v.b) günden güne daha da kötüleştirmektedir.-

(…)

Yeni yabancılar kararnameleri direnişle karşılaşmaktadır. Örneğin Berlin’de 10 bini aşkın insan; Bremen’de de Türkiye Çalışma Grubu-Yabancılar Sorunu adlı komitenin girişimi sonucu 24.12.1981’de yabancı ve Alman sendikacıları ‘gür bir şekilde senatonun kararnamesini’ protesto ettiler.

Faşistlerin ‘yabancıları durdurun Yabancılar dışarı’ sloganları hakim sınıfların somut politikasını dikte ettirmektedir.(…)

Bunun için biz, işyerinde, boş zamanlarda, okulda, meslekte ve sendikada kalıcı bir birlikte yaşamanın, ancak yabancıların ve Almanların eşit hakları temelinde mümkün olabileceği düşüncesindeyiz!

Bundan ötürü;

*** Yabancılar kararnameleri derhal geri alınmalıdır!**
*** Gerici yabancılar kanunu kaldırılmalıdır!**
*** Yabancılar ve Almanlar için eşit haklar!**
*** Doğuda ve batıda özgür ve bağımsız sendikalar!**
*** Askeri diktatörlükler desteklenmemelidir!**
(…)

(„Resolution einer ÖTV-Gruppe in Bremen: Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!“)